



Plenarprotokoll

83. Sitzung

Freitag, 20. Februar 2015

Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbe- dienstete nicht allein lassen

6935

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2691

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2736

Daniel Günther [CDU].....	6935
Thomas Rother [SPD].....	6938
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6941, 6959
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6944
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	6945
Lars Harms [SSW].....	6947
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	6949
Barbara Ostmeier [CDU].....	6954

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 18/2691 und des Än-
derungsantrags Drucksache 18/
2736 (selbständig) an den Innen-
und Rechtsausschuss.....

6960

Ernährungswirtschaft in Schles- wig-Holstein

6960

Antwort der Landesregierung auf die
Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2478

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	6960, 6978
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	6963
Heiner Rickers [CDU].....	6966, 6979
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6969, 6980
Oliver Kumbartzky [FDP].....	6971
Angelika Beer [PIRATEN].....	6975
Flemming Meyer [SSW].....	6977
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6981

Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 18/2478 an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	6982		
Hospize und palliativmedizinische Versorgung in Schleswig-Holstein ..	6982		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2481			
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	6982		
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	6983		
Birte Pauls [SPD].....	6984		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6986		
Anita Klahn [FDP].....	6987		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	6988		
Flemming Meyer [SSW].....	6989		
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/2481 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	6990		
Vierter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst - Vierter Gleichstellungsbericht (2009 - 2013)	6990		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2498			
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/2498 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	6990		
Gemeinsame Beratung			
a) Situation der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein	6990		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2667			
		b) Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013; Berichtsraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013 ..	6990
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2689 (neu)	
		Beschluss: Überweisung der Berichte Drucksachen 18/2667 und 18/2689 (neu) an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	6991
		Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	6991
		Drucksache 18/2718	
		Beschluss: Annahme mit Ergänzung..	6991
		Vierter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst - Vierter Gleichstellungsbericht (2009 - 2013)	6992
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2498	
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	6992
		Simone Lange [SPD].....	6992
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6993
		Anita Klahn [FDP].....	6994
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	6995
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	6995
		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	6996
		Gemeinsame Beratung	
		a) Situation der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein	6998
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2667	

b) Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013	
Berichtszeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013 (Abschlussbewertung)	6998
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2689 (neu)	
Volker Dornquast [CDU].....	6998
Martin Habersaat [SPD].....	6999
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7001
Christopher Vogt [FDP].....	7001
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	7002
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	7003

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des MinisterpräsidentenBritta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildungAnke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
MinisterpräsidentenStefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und TechnologieKristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie herzlich. Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Jes-Kruse-Skolen aus Eckernförde. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Der Abgeordnete Rasmus Andresen hat heute zum letzten Mal einen 20er-Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] werden vom Saaldienst Blumen überreicht - Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht allein lassenAntrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2691

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/2736

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Geiselnahme** am Heiligabend in der **Justizvollzugsanstalt Lübeck** hat Spuren hinterlassen. Noch immer sind drei Mitarbeiter dienstunfähig, gegen die damalige Anstaltsleiterin wird inzwischen strafrechtlich ermittelt wegen des Verdachts der Strafvereitelung, und auch strafrechtliche Ermittlungen gegen einen Mitarbeiter stehen mittlerweile im Raum. Weil es uns darum geht, aus der Geiselnahme zu lernen und entsprechende Konsequenzen auf den Weg zu bringen, hat die CDU-Fraktion einen Antrag mit Maßnahmen formuliert, über den wir heute miteinander beraten.

Im **Ausschuss am 7. Januar 2015** hat die Ministerin den Eindruck erweckt, alle Erkenntnisse zur Geiselnahme seien eindeutig. Sie hat den JVA-Be-

(Daniel Günther)

diensteten ihren Respekt ausgesprochen. Sie hätten in vorbildlicher Weise ihren Dienst verrichtet, indem sie besonnen und mutig reagiert hätten. Das gelte es, hier noch einmal ausdrücklich festzuhalten. - So ist es aus dem Protokoll der damaligen Sitzung ersichtlich. Auch der Anstaltsleitung, Frau Mauruschat, bescheinigte sie damals professionelles Handeln. Sie habe alles richtig gemacht. Eine Motivation von Frau Mauruschat, die Ermittlungsbehörden bewusst nicht einzuschalten, schloss die Frau Ministerin kategorisch aus. - Frau Ministerin, an diesen Worten werden wir Sie weiter messen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der Eindruck, den Sie in der Öffentlichkeit aufrecht erhalten wollen, die Geiselnahme sei regelkonform und ohne weitere Vorkommnisse beendet worden, deckt sich nicht mit dem, was mittlerweile über die Medien das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat. Wenn jetzt die Staatsanwaltschaft auch gegen einen Mitarbeiter der JVA ermittelt, weil er einen bereits überwältigten Geiselnahmer verletzt haben soll, dann macht es umso mehr deutlich, wie wichtig und notwendig eine sofortige Beweisaufnahme vor Ort gewesen wäre.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die **Informationspolitik** des **Justizministeriums** zeigt, wie berechtigt es war, dass wir uns im Landtag und in den Ausschüssen so intensiv mit den Abläufen und den Fehlern befasst haben, die im Zusammenhang mit der Geiselnahme gemacht worden sind.

(Zurufe SPD)

Eines lässt sich schon vor Bekanntwerden der jüngsten Details definitiv nicht vom Tisch wischen: Alle von uns erhobenen Vorwürfe waren richtig, und es war richtig, sich nicht durch die Vorhaltungen der Regierungskoalition beirren zu lassen.

(Beifall CDU)

Es ist für uns schlicht unvorstellbar, dass zwischen dem 24. Dezember 2014 und dem 7. Januar 2015, dem Tag der Ausschusssitzung, dem Justizministerium nicht bekannt gewesen sein soll, dass ein Geiselnahmer schwer verletzt war und es angebracht gewesen wäre, alle nötigen Spuren zu sichern. Die Frage drängt sich auf: Welche Erkenntnisse besaß die Justizministerin im Zeitraum zwischen Heiligabend und der Ausschusssitzung? Genau darauf zielt unsere **Akteneinsicht** ab.

Frau Ministerin, Sie haben dankenswerterweise schon vorab Ihr Redemanuskript veröffentlicht.

Darin lese ich den erstaunlichen Satz, dass Sie der Opposition und auch mir namentlich unterstellen, wir hätten vertrauliche Unterlagen durchgesteckt.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Es gilt das gesprochene Wort! - Weitere Zurufe SPD)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Überlegen Sie sich gut, ob Sie solche Sätze nachher im Landtag wirklich sagen sollten,

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

denn ich erkläre hier sehr klar, dass niemand, auch ich selbst nicht, irgendein Dokument an die Presse gegeben hat, das in irgendeiner Weise als vertraulich oder als Verschlussache deklariert war. Das weise ich in aller Entschiedenheit von mir, dass so etwas gemacht worden ist.

(Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten sich entschuldigen!)

Meine Damen und Herren, der Vorfall am Heiligabend war schlimm. Er zeigt, wie wichtig es ist, die Mitarbeiter vom allgemeinen Vollzugsdienst bis zur Anstaltsleitung noch besser auf eine solche Situation vorzubereiten, nicht nur in Bezug auf die JVA in Lübeck, sondern mit Blick auf alle Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein und alle Mitarbeiter, die kritischen Situationen ausgesetzt sind. Die Landesregierung darf die Justizvollzugsbeamten nicht länger im Regen stehen lassen. Die Vorkommnisse in Lübeck haben gezeigt, wie notwendig es ist, diese Debatte heute zu führen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

In diese Debatte gehört auch die Frage, ob eine weitere **Liberalisierung** des **Strafvollzugs**, wie ihn die Justizministerin vor Augen hat, der richtige Weg ist. Sicherheit und Resozialisierung dürfen keinesfalls aus dem Gleichgewicht geraten. Frau Ministerin, ich hoffe, dass Sie die Sorgen der Justizvollzugsbeamten endlich ernst nehmen. Diese haben sich bereits besorgt zu Wort gemeldet und moniert, die Ministerin würde - ich zitiere - „einen liberalen Strafvollzug auf Kosten der Sicherheit der Bediensteten“ forcieren. Das haben nicht wir gesagt, sondern das sagen die Bediensteten selbst. Angesichts der Veränderungen, die Sie im Strafvollzug planen, ist diese Sorge mehr als berechtigt. Frau Ministerin, wenn Sie nachher hier am Rednerpult stehen, dann erwarte ich auch mit Blick auf die Justizvollzugsbeamten von Ihnen eine Antwort auf die Frage, was Sie als Ministerin ganz konkret aus der Geiselnahme in Lübeck gelernt haben.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

(Daniel Günther)

Ich erwarte von Ihnen auch, dass Sie sagen, welche fachlichen Konsequenzen Sie daraus ziehen. Schließlich haben Sie Ihren Entwurf für die Reform des **Landesstrafvollzugsgesetzes** noch vor der Geiselnahme in Lübeck verfasst. Diesen Gesetzentwurf wollen Sie ja noch im Frühjahr im Landtag einbringen.

Auch die Justizbeamten interessiert, wie es jetzt weitergehen soll. Die Neuregelungen, die Sie bislang planen, sind ein rosarotes Wunschbild vom Strafvollzug. Wie Sie dieses Wunschbild mit der Realität in Einklang bringen wollen, dazu schweigen Sie.

(Beifall CDU)

Die Neuregelungen schaffen vor allem eines: zusätzliche Sicherheitsrisiken. Sie verabschieden sich von einem **Musterentwurf** von **zehn Bundesländern**, an dem auch Schleswig-Holstein beteiligt gewesen ist, um jetzt einen Alleingang zu gehen. Es waren übrigens keine Hardliner-Bundesländer, mit denen Schleswig-Holstein das gemeinsam unter Justizminister Schmalfuß gemacht hat, sondern da waren Bremen und auch Berlin dabei. Davon haben Sie sich verabschiedet, weil Ihnen dieser Strafvollzug wohl zu konsequent gewesen ist.

Ins Gesetz gegossene Idealvorstellungen, mit denen die Justizvollzugsanstalten überfordert werden, werden am Ende auch keinen positiven Einfluss auf die Resozialisierung haben. Das Gegenteil ist der Fall. Was wir brauchen, sind Veränderungen im Strafvollzug, die die Wirklichkeit im Blick haben, und insbesondere die Sicherheit der Gefangenen selbst, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit muss ein Leitgedanke gesetzlicher Regelungen sein. Ihre Sicherheit muss an oberster Stelle stehen.

(Beifall CDU)

Diese Angelegenheit ist sehr wohl zeitkritisch; das kann man nicht auf die lange Bank schieben. Es hat mich darum nicht nur erschüttert, dass der Ministerpräsident von der Geiselnahme erst aus der Zeitung erfahren hat, sondern noch mehr erschüttert hat mich, dass die **Justizvollzugsbeamten** auch fünf Wochen nach der Geiselnahme noch keinerlei **Hilfsangebote** erhalten haben. Wer Opfer einer solchen Gewalttat wird, muss sofort professionelle posttraumatische Betreuung in Anspruch nehmen können.

(Zurufe SPD)

Wenn das im Dienst passiert, dann ist der oberste Dienstherr dafür verantwortlich, dass ein entsprechendes Angebot gemacht wird.

(Beifall CDU)

Wenn Sie selbst, Herr Ministerpräsident, Justizvollzugsbeamte mit Straßenschildern vergleichen, um die Sie sich nicht kümmern müssten, dann macht dies nur deutlich, mit welchem Menschenbild SPD, Grüne und SSW in diesem Land regieren.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Kollegin Barbara Ostmeier hat uns deutlich vor Augen geführt: **Gewalt ist in Gefängnissen keine Ausnahme. Drogen- und Alkoholmissbrauch** auch innerhalb der Hofmauern führen zu einem erheblich degenerierten Sozialverhalten. Die Gefahr, Opfer von Angriffen zu werden, ist für die Beschäftigten, aber auch für Gefangene allgegenwärtig, und sie stellt an die Arbeit im Justizvollzug damit hohe psychische und physische Anforderungen.

Die Schaffung eines gewaltfreien Klimas in der JVA ist für den allgemeinen Vollzugsdienst und für die Anstaltsleitung eine Herkulesaufgabe. Wenn Mitarbeiter aus dem Vollzug um Hilfe rufen, wenn sie davon sprechen, dass sie Angst hätten, dann stimmt etwas nicht. Das Land hat als Dienstherr dort eine Fürsorgepflicht für die Beamten.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vollzugsbeamte müssen besser **auf kritische Situationen vorbereitet** werden. Wenn Mitarbeiter davon sprechen, dass sie Angst hätten, dann fühlen sie sich überhaupt nicht vorbereitet. Regelmäßige psychologische Schulungen sind deshalb ebenso unerlässlich wie das Training in körperlicher Selbstverteidigung. Nicht nur der Leib, sondern auch die Seele müssen dabei vorbereitet sein.

Eine **Behandlung** wiederum muss im Nachgang unmittelbar eingeleitet werden können. Auch hier brauchen wir Handlungsanweisungen, die betroffenen Kollegen und Vorgesetzten helfen, schnell die erforderlichen Schritte einzuleiten. Es reicht nicht, den Betroffenen ein Telefonbuch mit den Nummern von Psychologen in die Hand zu drücken. Es bedarf Mechanismen, die lückenlos ineinandergreifen. Das ist das Ziel unseres Antrags. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir die Beratung fortsetzen, möchte ich noch etwas nachholen. Wir

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

haben einige Krankmeldungen. Frau Dr. Marret Bohn, Herr Dr. Andreas Tietze und der Abgeordnete Sven Krumbek sind erkrankt. Wir wünschen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, Herr Kollege Günther, gehört zur **Fürsorgepflicht des Dienstherrn** natürlich auch der **Schutz der Beamtinnen und Beamten** bei ihrer Tätigkeit. Der Vorfall in der Justizvollzugsanstalt Lübeck vom Heiligenabend des vergangenen Jahres hat deutlich gemacht, dass diese dienstrechtliche Verpflichtung natürlich auch mit Leben zu erfüllen ist. Das gilt allerdings nicht nur für die Bediensteten in den Gefängnissen unseres Landes, sondern für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Denn immer dort, wo Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen erfahren, Ansprüche abgelehnt werden oder Leistungen gar nicht erst gewährt werden, kann sich der Zorn der Betroffenen entladen.

Das gilt natürlich besonders für den Polizeivollzug - auch darüber haben wir hier schon des Öfteren gesprochen -, aber auch in Gerichten gibt es mittlerweile Personenkontrollen, und Notfallknöpfe gehören dort zur Standardausstattung in den Büros, genauso wie in vielen Jugend- und Sozialämtern. An den Mord in einem Finanzamt im vergangenen Jahr können wir uns sicherlich alle noch erinnern.

Der Antrag der CDU-Fraktion greift nun diesen Themenkomplex auf. Er ignoriert dabei allerdings, welche Maßnahmen des Dienstherrn es bereits gibt, und vermischt das mit dem **Referentenentwurf zum Strafvollzugsgesetz**. Herr Günther, ich gehe davon aus, das erfolgt in der Absicht, die bei Konservativen zwar unbeliebte, aber in der Fachwelt doch unbestrittene Modernisierung des Strafrechts als Sicherheitsrisiko zu diskreditieren. Es ist jedoch alles andere als das.

(lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber ich hatte, wie bei vielen anderen Presseäußerungen von Herrn Günther auch, den Eindruck, dass er sich weder mit dem Gesetzentwurf, der sich zurzeit im Regierungsanhörungsverfahren befindet, dem Referentenentwurf, noch mit dem eigenen CDU-Antrag allzu intensiv befasst hat. Sonst hätte

die Rede sicherlich auch ein bisschen anders ausgesehen.

Deshalb haben wir Ihren Antrag aufgrund unserer Kritik in eine Form gebracht, die der Realität sehr viel besser entspricht und den Anspruch an ein modernes Strafvollzugsgesetz kurz und präzise beschreibt. Im Einzelnen:

Die Justizministerin hat den Vorfall in der JVA Lübeck vom 24. Dezember 2014 verantwortungsvoll und korrekt aufgearbeitet. Sie hat hierzu Rede und Antwort im Landtag sowie im Innen- und Rechtsausschuss gestanden und über alle Vorgänge, auch über die dienst- und strafrechtlichen Ermittlungen, umfassend berichtet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das konnte in der Tat aufgrund von Schutzvorschriften nicht immer in öffentlicher Sitzung geschehen. Aber ich glaube, selbst dann, wenn alle Informationen in öffentlicher Sitzung vorgetragen worden wären, wäre dies völlig egal gewesen; denn die schärfste Kritik an den Äußerungen der Ministerin kam ja von denjenigen, die nicht eine einzige dieser Sitzungen persönlich verfolgt haben.

(lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das! Unglaublich!)

Die ganze Scheinheiligkeit der CDU-Fraktion offenbart sich dann, Herr Günther, tatsächlich darin, dass Sie aus taktischen Gründen mit wesentlichen Teilen des **Notfallplans der JVA Lübeck** ein Dokument öffentlich gemacht haben, das einem besonderen Vertrauensschutz unterliegt. Dem unterliegt es derzeit, um auch die Sicherheit der Bediensteten dort zu gewährleisten, die Sie damit in Gefahr gebracht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Das macht deutlich, dass man Ihnen niemals eine Position übertragen sollte, die Verantwortungsbewusstsein erfordert, weil Sie solches offenkundig gar nicht besitzen. Sie gefährden die Sicherheit der JVA, nicht jedoch ein vermeintlicher Personalmangel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es scheint der CDU-Fraktion, der ja einiges zugezogen wird, nicht zugezogen worden zu sein, dass die **Vorbereitung auf Krisensituationen** im Voll-

(Thomas Rother)

zungsdienst ein fester Bestandteil von **Aus- und Fortbildung** der Bediensteten ist. Die Ausbildungsbestandteile werden regelmäßig überprüft und nachgebessert. Bei Ihnen scheint wie auch bei den „Kieler Nachrichten“ offenkundig noch das Berufsbild des Schließers oder Wärters vorzuherrschen. Die gibt es aber nicht einmal mehr im Zoo. Gut ausgebildete Vollzugsbeamte, wie es sie bei uns gibt, sind Fachkräfte, die in Psychologie, Pädagogik, Kommunikationstechniken und Methoden der Konfliktbewältigung ausgebildet sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Frau Ostmeier?

Thomas Rother [SPD]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Barbara Ostmeier [CDU]: Sehr geschätzter Herr Rother - das meine ich ganz im Ernst -, ich kann mich nicht erinnern, ein einziges Mal in irgendeiner Sitzung das Wort „Wärter“ oder „Schließer“ - -

(Zuruf Simone Lange [SPD])

- Nein, Frau Lange, ich persönlich habe das Wort!

(Peter Eichstädt [SPD]: Dann müssen wir im Wortprotokoll nachschauen!)

- Dann müssen wir im Wortprotokoll nachschauen. Das Wort „Wärter“ oder „Schließer“ habe ich nicht in den Mund genommen. Dem widerspreche ich. Dann kann das Wortprotokoll kommen. Aber das ist nicht so. Ich habe das Recht, das hier zu sagen. Ich schaue auch in Richtung der Justizministerin.

Wir haben immer gesagt - das sage ich auch als Ausschussvorsitzende -, dass alle im Ausschuss wissen, dass dieses Wort nicht gebraucht wird. Das ist nicht der Duktus im Innen- und Rechtsausschuss, weder von mir, noch von jemand anderem.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

In jeder Sitzung war es mir wichtig, das darzustellen.

Thomas Rother [SPD]:

Manchmal hilft genaues Zuhören tatsächlich. Ich habe von dem Berufsbild gesprochen, das Sie in Ihrem Antrag sehr eingeschränkt dargestellt haben. Das habe ich kritisiert, nicht, dass Sie solche Begriffe geäußert haben. Diese Begriffe haben die „Kieler Nachrichten“ leider geäußert, nicht Sie. Das zur Klarstellung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage oder Anmerkung? Nein, ich sehe, das hat sich schon erledigt, Sie dürfen weiter sprechen.

Thomas Rother [SPD]:

Diese Fähigkeiten zu mobilisieren ist anstrengender, als nur Türen auf- und zuzuschließen und aufzupassen. Das ist sicherlich ein Grund dafür, warum es in der Belegschaft an der einen oder anderen Stelle rumort; denn man muss sich natürlich auch über diese Aufgaben verständigen.

Genauso müsste der CDU-Fraktion das sogenannte **Kriseninterventionsteam** bekannt sein, das eine psychologische Betreuung und Behandlung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Vorfällen wie dem am 24. Dezember 2014 in der JVA Lübeck sicherstellt. Ich verstehe nicht, warum hier die Legendenbildung betrieben wird, dass dort nichts geschehen sei.

Natürlich gibt es auch dort Verbesserungsmöglichkeiten. Es ist sicherlich sinnvoll, hierbei von der Polizei zu lernen. Allerdings die Landesregierung aufzufordern, Dinge auf den Weg zu bringen, die es schon gibt, zeugt tatsächlich von wenig Sachkenntnis. An Verbesserungen können wir natürlich gern zusammen arbeiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der angestrebten **Neuregelung des Strafvollzugsgesetzes** sind vor allem die Themen familienfreundlicher Vollzug, Erweiterung des therapeutischen Angebots, bessere Entlassungsvorbereitung, mehr offener Vollzug und die Nutzung neuer Medien in den Blickpunkt gerückt worden. Die Sicherheit des Personals, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dabei an keiner Stelle zur Disposition gestellt worden.

(Thomas Rother)

Nach der missglückten Geiselnahme vom 24. Dezember 2014 und auch aufgrund anderer Vorfälle ist allerdings offenkundig geworden, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten zu gewährleisten. Dazu zählen gleichermaßen **Handlungsvorschriften** wie auch die Überprüfung der **Ausbildung der Beschäftigten zum Selbstschutz**. Das alles ist im Gesetz nicht detailgenau zu regeln. Aber im Vorfeld - darüber ist auch hier berichtet worden - ist die Ministerin bereits tätig geworden. Das Thema der Benachrichtigungs- und Informationskette war ein Schwerpunkt der Fragestunde und auch Gegenstand mehrerer Erörterungen im Innen- und Rechtsausschuss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Konkurrenz belebt zwar das Geschäft, führt manchmal aber auch zu einem Überbietungswettbewerb, der nicht mehr schön ist. In den Gefängnissen versuchen gleich drei Gewerkschaften, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Sie beklagen zu wenig Personal, auch wenn in Lübeck im Bundesvergleich und auch im Landesvergleich mehr Personal eingesetzt ist. Sie beklagen einen hohen Krankenstand in der JVA Lübeck, der allerdings niedriger ist als in anderen Landesjustizvollzugsanstalten.

Klar ist, es muss auch einmal Dampf abgelassen werde. Denn der Job ist wirklich hart. Nicht hinzunehmen ist es aber - Herr Schwarzstock hört sicherlich gut zu -, wenn ein vermeintlich zu **liberaler Vollzug** kritisiert wird. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Wasser und Brot haben noch niemanden zu einem besseren Menschen gemacht. Da streiten wir Sozialdemokraten uns auch gern einmal mit den Gewerkschaften.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich ist die Arbeitssituation der Beschäftigten in den Blickpunkt zu nehmen. Das darf aber nicht eine Verschärfung der Haftbedingungen zur Folge haben, sonst würde das Ziel der **Resozialisierung** der Strafgefangenen und des **Behandlungsvollzuges** aus den Augen verloren.

Lächerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es an dieser Stelle tatsächlich, wenn sich gerade CDU und FDP als Vertreter der Beschäftigten aufspielen.

(Regina Poersch [SPD]: Ja!)

Denn sie waren es doch, die die Tätigkeit der Beschäftigtenvertreter, der Personalräte durch Reduzierung der Zahl der Freistellungen und die Ein-

schränkung der Fortbildungsmöglichkeiten in ihrer Regierungszeit behindert und eingeschränkt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben das gleich zu Beginn dieser Wahlperiode korrigiert.

Am vergangenen Montag gab es ein Treffen der Mitglieder der Beiräte der Justizvollzugsanstalten im Justizministerium. Einige aus diesem Haus waren dabei. Ein Thema dieses Treffens war ein Bericht zu den vorläufigen Ergebnissen einer Befragung der Beschäftigten in den Vollzugseinrichtungen zum **betrieblichen Gesundheitsmanagement**. Alle aufmerksamen Abgeordneten haben in der Ausgabe Nr. 8 des Amtsblattes, das wir diese Woche in der Post hatten, sicherlich auch die Betriebsvereinbarung nach dem Mitbestimmungsgesetz zum Gesundheitsmanagement zur Kenntnis genommen.

Auch wenn es noch keine abschließende Aus- und Bewertung der Befragung gibt, so ist es zum einen doch bemerkenswert, dass fast 80 % der Befragten eine Antwort abgegeben haben - normalerweise freut man sich bei solchen Befragungen schon über 40 % -, und zum anderen ist es noch sehr viel bemerkenswerter, dass viele zusätzliche Angaben in den Vollzugsanstalten gemacht wurden, die sich nicht auf das Kranksein an sich, sondern auf die Arbeitssituation bezogen haben. Kritik am Führungsverhalten, wenig Gestaltungsspielraum und geringe Wertschätzung der Arbeit durch die Vorgesetzten - das sind Stichworte, die auch uns in diesem Haus hellhörig werden und handeln lassen müssen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

- Vielen Dank, Frau Ostmeier. Vielleicht applaudieren Sie auch dann, wenn ich darauf hinweise, dass es gerade diese nun so arg kritisierte Landesregierung und diese nun so arg kritisierte Justizministerin gewesen sind, die genau diese Befragung auf den Weg gebracht haben und sich diesen Ergebnissen auch stellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Barbara Ostmeier [CDU])

Das heißt: Hier wird überhaupt nichts vertuscht. Hier wird aufgearbeitet und verantwortungsbewusst geführt. Hier werden Konsequenzen gezogen. Darüber wird zu gegebener Zeit auch im Innen- und Rechtsausschuss zu berichten sein.

Uns sollte allerdings auch nachdenklich machen, dass die Arbeitsbelastung für die Beschäftigten im

(Thomas Rother)

Landesdienst in einigen Bereichen fast unerträglich zu werden scheint. Dazu müssen wir uns verhalten. Diese Themen müssen wir aufgreifen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Aber es ist schon einmal ein wichtiger Schritt, dass die Staatskanzlei gemeinsam mit dieser Regierung endlich ein moderneres Personalmanagement auf den Weg gebracht hat und damit schon einmal Mut zum Handeln bewiesen worden ist. Alle Stellenplanentscheidungen liegen ja in unseren Händen.

Ich bitte daher um Zustimmung zum Antrag von SSW, Grünen und SPD. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ostmeier,

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

Sie versuchen mit dem vorliegenden Antrag wenigstens noch den Anschein zu erwecken,

(Barbara Ostmeier [CDU]: Das ist eine Unterstellung!)

als ginge es Ihnen um die Sache, zum Beispiel um die Sicherheit für unsere Strafvollzugsbediensteten oder um die Grundsätze für einen modernen Strafvollzug in Schleswig-Holstein. Tatsächlich offenbart der Inhalt des Antrags aber, dass die CDU vom Justizvollzug und der Wirklichkeit in unseren Haftanstalten herzlich wenig Ahnung hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein sehr beredtes Beispiel dafür hat hier gerade der Kollege Günther abgeliefert. Dazu aber später noch. Denn was der Kollege Günther im Zusammenhang mit der sogenannten Geiselnahmeaffäre in der JVA Lübeck in den letzten Wochen abgesondert hat, eifrig assistiert vom Kollegen Dudda

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Wie bitte?)

und aus der Ferne auch immer wieder grollend vom Kollegen Kubicki, das ist einfach unterirdisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Am Verhalten des Oppositionsführers Daniel Günther hat mich der Umstand am meisten geärgert - darauf wurde schon mehrfach hingewiesen, aber das kann man nur immer wiederholen -, dass er thematisch völlig ahnungslos ist. Er posaunt seine neuesten Erkenntnisse in die Welt hinaus, während er sich im Innen- und Rechtsausschuss nicht ein einziges Mal blicken lässt, wenn davon die Rede ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Ausschuss hätten Sie sich anhören können, was uns die Justizministerin nach bestem Wissen aktuell und ausführlich berichtet.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Stegner ist nie da! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Der hat auch nichts dazu gesagt!)

Wenn sich im Rahmen der laufenden Ermittlungen - jetzt hören Sie bitte genau zu - der Staatsanwaltschaft bestätigen wird, dass es Verantwortliche der CDU waren, welche den streng geheimen Alarmplan der JVA Lübeck an die Presse durchgestochen haben,

(Simone Lange [SPD]: Unfassbar!)

dann ist, wie der Kollege Kubicki sich ausdrücken beliebt, tatsächlich „der Bock fett“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Peters, da der Oppositionsführer hier vorhin so heftig vorgetragen hat und das als Vorwurf an die Ministerin formuliert worden ist, würde ich gern zitieren, was die „Lübecker Nachrichten“ in ihrer Ausgabe vom

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

28. Januar 2015 dazu geschrieben haben - ich zitiere wörtlich -:

„Das Justizministerium hielt ihn“ - den Alarmplan - „unter Verschluss. Die CDU machte ihn öffentlich.“

So viel zu Ihren Vorhaltungen, Herr Kollege Günther.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Ich habe der Presse auch entnommen, dass die Staatsanwaltschaft Lübeck in dieser Angelegenheit Strafermittlungen aufgenommen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Eines wird bei Ihrem Agieren überdeutlich: Es geht Ihnen überhaupt nicht um den Justizvollzug in Schleswig-Holstein. Es geht Ihnen nicht darum, wie man ihn verbessern könnte. Es geht Ihnen auch nicht um die Bediensteten und erst recht nicht um die Inhaftierten. Sie haben ausschließlich Interesse an Skandalisierung und Desinformation. Ihnen geht es einzig und allein darum, das Justizministerium und Anke Spoorendonk zu diskreditieren.

Meine Damen und Herren von der Opposition, diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Menschen im Land haben ein sicheres Gespür dafür zu erkennen, wann in einer Sachfrage ernsthaft um politische Positionen gerungen wird und wann lediglich ein Popanz aufgebaut wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Angesichts Ihres Umgangs mit den anstehenden Fragen in den letzten Wochen fragen sich die Leute völlig zu Recht: Haben die denn wirklich keine anderen Probleme?

Keine Frage: Eine **Geiselnahme** in einer Haftanstalt ist ein ernster Vorgang. Allerdings konnten die Täter überwältigt werden. Die ganze Aktion dauerte nur zehn Minuten. Dieser Vorgang muss in seinen Einzelheiten genau aufgeklärt werden, und es müssen Lehren und Konsequenzen daraus gezogen werden. Genau dies ist bereits geschehen, und das wird, nachdem die laufenden **strafrechtlichen Ermittlungen** Licht in die Gerüchteküche gebracht haben, auch weiterhin geschehen. Frau Spoorendonk macht ihren Job gut, und sie wird ihn auch weiterhin machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die anfangs nicht klar geregelte Frage, in welchem Zeitraum seitens der Anstaltsleitung eine Strafanzeige erfolgen muss, ist durch einen vorläufigen Erlass sofort geklärt worden. Der neue kommissarische Leiter der JVA Lübeck, Tobias Berger, ist ein erfahrener und bewährter Strafvollzugsspezialist, der genau weiß, um was es in Lübeck jetzt geht. Alles andere kann sinnvollerweise erst angegangen werden, wenn Kripo und StA Lübeck die diversen Unklarheiten des Falles durchleuchtet haben, zum Beispiel: Stellt die um 22 Stunden verspätete Anzeige des Geschehens durch die ehemalige Anstaltsleiterin den Versuch einer strafbaren Strafvereitelung dar? Welche Rolle spielte Alkohol bei dem Vorfall? Wurde in der JVA tatsächlich von Gefangenen Schnaps destilliert, oder handelte es sich nur um schwach alkoholhaltigen Aufgesetzten? Wer befreite die Geisel tatsächlich, andere Justizbeamte oder etwa Mitgefangene aus dem Rockermilieu? Wurde dem bereits überwältigten Geiselnehmer durch einen Vollzugsbeamten noch ins Gesicht getreten, und wurde er dabei verletzt? - Wilde Spekulationen auf völlig ungesicherter Faktengrundlage sind in diesem Zusammenhang völlig fehl am Platz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie sind auf dem Holzweg, wenn Sie einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordern. Ich kann Ihnen aus langjähriger beruflicher Befassung mit Strafgefangenen und Justizvollzugsanstalten versichern: Es gibt kaum einen Ort, an dem Gerüchte und Scheißhausparolen so sprießen wie in einer Haftanstalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Lassen Sie die Behörden ihre Arbeit machen, bevor Sie sich ein Urteil bilden. Sie vermischen Politik und Strafverfolgung. Polizei und Justiz brauchen Zeit und Nichteinmischung bei ihren Ermittlungen. Es gelten Objektivität und die Unschuldsvermutung.

Das passt der Opposition bei ihrem durchsichtigen Spiel aber nicht in den Kram. Sie will skandalisieren und möglichst schnell das Holz für einen hübschen Scheiterhaufen zusammensammeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Daniel Günther [CDU])

(Burkhard Peters)

Wir versichern Ihnen hier und heute: Dieses Spiel wird nicht funktionieren.

Jetzt komme ich zu der Frage, warum ich den **Antrag der CDU** auch in der Sache ablehne: Er hinkt in allen Punkten den Realitäten in unseren Haftanstalten hinterher.

Der **Umgang mit kritischen Situationen** im Dienst ist seit vielen Jahren integraler Bestandteil der **Ausbildung** unserer Justizvollzugskräfte. Alles andere wäre auch völlig fahrlässig. Eine Haftanstalt ist kein Mädchenpensionat. Dort werden auf engem Raum ganz überwiegend Männer gegen ihren Willen eingesperrt. Diese Menschen haben erhebliche Probleme mit einem angemessenen menschlichen Miteinander. Dies gilt gerade für Schleswig-Holstein; denn hier gibt es eine sensationell niedrige Haftquote. Auf 100.000 Erwachsene Einwohner kommen nur 48 Inhaftierte. Das ist bundesweit die niedrigste Quote. Sogar die meisten skandinavischen Länder haben eine höhere. Dies bedeutet aber auch, dass die Konzentration der harten Fälle in unseren Haftanstalten besonders hoch ist, insbesondere wegen der vielen Langstrafer in Lübeck. Darum ist es gut und wichtig, dass seit vielen Jahren in der Ausbildung von Justizvollzugskräften in SH mindestens ein Viertel der gesamten zweijährigen Ausbildungszeit darauf verwendet wird, die Vollzugskräfte auf kritische Situationen intensiv vorzubereiten. Die Stichworte sind: Gefahrenabwehr, Deeskalation und Selbstverteidigung.

Zum Punkt **Krisenmanagement**. Diesbezüglich suggeriert der CDU-Antrag, das Land lasse Strafvollzugskräfte, die eine seelische Extremsituation im Dienst erlebt haben, bisher im Regen stehen. Auch diese Unterstellung geht an der Wirklichkeit völlig vorbei. Seit 2003 gibt es im Justizvollzug das **Kriseninterventionsteam KIT**. Es sorgt mit Psychologen, Seelsorgern und kollegialen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern dafür, dass unverzüglich eine Erstintervention bei betroffenen Vollzugskräften stattfindet. Das ist besonders wichtig im Falle einer behandlungsbedürftigen Posttraumatischen Belastungsstörung; denn eine fachärztliche Behandlung kann wegen Ärztemangels in diesem Bereich oft erst später aufgenommen werden, als dies medizinisch wünschenswert wäre.

Daran kann das Justizministerium aber nichts ändern. Wenn Sie die Landesregierung „dringend“ auffordern, bei der Erarbeitung des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes „den Aspekt der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Öffentlichkeit zur Grundlage der gesetzlichen Ausgestaltung zu machen“ - so haben Sie es formuliert -

zeigt das nur, dass Sie auch in diesem Bereich nichts verstanden haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Strafvollzugsrecht ist per se Sicherheitsrecht. Es kommt vor allem darauf an, wie man den Begriff der Sicherheit in diesem Zusammenhang definiert. Eine Verengung der Vollzugssicherheit auf Pfefferspray, bauliche Hochsicherheitskonzepte und eine restriktive Handhabung von Vollzugslockerungen wird einem modernen Strafvollzug auf jeden Fall nicht gerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen haben wir die tatsächlich wichtigen Stichworte für einen der **Sicherheit verpflichteten Strafvollzug** benannt. Sicherheit steht nicht im Gegensatz zu einem auf die Resozialisierung ausgerichteten Vollzug, sondern bedingt ihn. Beratungsleistungen, soziales Training und Therapie, Arbeits- und Qualifizierungsangebote und familienorientierter Vollzug gewähren mehr Sicherheit in der Anstalt als der überwiegende Einschluss der Gefangenen. Sinnvolle Beschäftigung während der Haft und der Aufbau einer Entlassungs- und Lebensperspektive einschließlich eines funktionierenden Übergangsmangements mit allen beteiligten sozialen Trägern reduzieren die Rückfallquote. Erst dadurch wird Sicherheit für die Gesellschaft geschaffen.

Solange Daniel Günther sich in dieser Angelegenheit derartig unsubstantiiert aufführt, fehlt uns der Glaube an Ihre Bereitschaft, die Dinge sachlich beraten zu wollen. Ich fordere Sie auf: Finden Sie den Weg zurück zu einer sachlichen Auseinandersetzung über das Thema Strafvollzug.

(Vereinzelter Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Jetzt sage ich noch etwas Schönes für Frau Ostmeier: Bei der Beratung des Jugendarrestvollzugsgesetzes in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode hat das doch erfreulicherweise funktioniert.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Ihren heute vorliegenden Antrag müssen wir ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Danke schön, Herr Präsident. - Ich finde es schön, dass die Regierungsfractionen schon klatschen, bevor ich meine Rede gehalten habe.

(Beifall FDP)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Geiselnahme in der JVA Lübeck am 24. Dezember 2014 sind Sachverhalte bekannt geworden, die Zweifel begründen, ob die Sicherheit der Justizvollzugsbeamten in dem Umfang gewährleistet ist, der nicht nur angemessen erscheint, sondern auch durch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn geboten ist.

In der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 7. Januar 2015 habe ich die Justizministerin gefragt, ob es zutreffend sei, dass in der JVA Lübeck in jüngster Zeit geprobt worden sei, den Betrieb in einzelnen Häusern, speziell im Haus E, mit nur **zwei Bediensteten** bei **60 Inhaftierten** aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, dass uns aus dem Kreis der Mitarbeiter mitgeteilt worden sei, unter den Bediensteten gebe es wegen solcher geplanter beziehungsweise teilweise schon erprobter Änderungen im Strafvollzug ein hohes Maß an Verunsicherung.

Im Protokoll der Sitzung wird auf Seite 20 die Antwort der Ministerin wiedergegeben. Ich zitiere wörtlich:

„Ministerin Spoorendonk antwortet, sie könne durchaus nachvollziehen, dass es eine Verunsicherung bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebe. Das habe aber nichts mit dem konkreten Vorfall zu tun, sondern mit den gerade durchgeführten und auch schon angesprochenen Organisationsveränderungen allgemein. Diese Verunsicherung werde auch ernst genommen, aber solche Prozesse seien immer schwierig.“

Die Zuschrift, die mir Anlass gegeben hat, die erwähnte Frage zu stellen, enthält zu dem Thema die folgende Aussage - auch das lese ich vollständig vor -: Warum wird im E-Haus der Dienst mit über 60 Gefangenen auf drei Etagen mit nur zwei Bediensteten geprobt? Wie soll so Sicherheit garantiert werden? Wie sollen diese beiden Bediensteten im Alarmfall helfen, wenn beide zunächst über 60 Gefangene versperren müssen, das Haus ab-

schließen müssen und dann erst zur Hilfe laufen können? Weihnachten hatten wir Glück! Es waren genug Kollegen im E-Haus, und es waren Kollegen aus dem E-Haus, die die Kollegen aus dem D-Haus gerettet haben. Im Hafthaus genau gegenüber! Wären nur zwei Kollegen im Haus gewesen, hätten diese nicht helfen können! Wichtige Minuten wären verstrichen. Wie ist die weitere Planung nun? Weiterhin die Erprobung, das Hafthaus mit nur zwei Bediensteten zu fahren, damit die Gefangenen Anschluss bekommen? Zulasten der Sicherheit von uns Kollegen!

Ich meine, dadurch wird eindeutig belegt, dass die Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lübeck nicht bloß, wie es die Frau Ministerin im Ausschuss gesagt hat, mit allgemeinen Organisationsveränderungen zusammenhängt, sondern dass sehr wohl ein konkreter Bezug zu der am vorigen Weihnachtstag erfolgten Geiselnahme besteht. Das ist evident.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, in der Ausschusssitzung am 7. Januar 2015 ergänzte der Justizstaatssekretär die Antwort auf meine Frage mit der Bemerkung, es sei möglich, dass es Überlegungen gebe, nur zwei Bedienstete im Früh- oder Spätdienst einzusetzen. Zitat:

„Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber kündigt an, das zu klären.“

Ob diese Klärung erfolgt ist, und worin ihr Ergebnis gegebenenfalls besteht, ist uns seit dem 7. Januar 2015 nicht mitgeteilt worden. Ich habe dazu keine Informationen vom Ministerium erhalten. Ich wäre Ihnen dankbar, Frau Ministerin Spoorendonk, wenn Sie dazu gleich noch etwas sagen würden.

(Beifall FDP)

Ich möchte vor dem Hintergrund des Dargelegten Folgendes feststellen: Es darf nicht sein, dass Änderungen in der **Organisation des Strafvollzugs**, speziell im Hinblick auf den personellen Einsatz, auf Kosten der **Sicherheit der Bediensteten** erfolgen. Solche hätten mit einem liberalen Strafvollzug auch nicht das Geringste zu tun.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Solche Änderungen und solche Formen der Durchführung des Strafvollzugs wären schlicht und ergreifend fahrlässig und verantwortungslos. Ich meine, diese Lehre sollte man aus der Geiselnahme vom 24. Dezember 2014 doch ziehen dürfen, ohne

(Dr. Ekkehard Klug)

von Ihrer Seite gleich einer Skandalisierung bezichtigt zu werden.

Natürlich wollen wir, dass der Strafvollzug auf bestmögliche Weise dem Ziel der Resozialisierung dient. Resozialisierung hat jedoch mit Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit bei der Aufsicht nicht im Mindesten zu tun.

(Beifall FDP und CDU)

Noch einmal: Die Sicherheit der Mitarbeiter darf auf gar keinen Fall gefährdet werden, weil zu wenig Personal eingesetzt oder weil der Betrieb der Haft Häuser unter nicht angemessenen Bedingungen durchgeführt wird.

Zu Recht spricht der Antrag der CDU-Fraktion auch Fragen der **Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter** an. Selbstverteidigungskurse sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Aus- und Fortbildung. Ich denke, im Innen- und Rechtsausschuss wird Gelegenheit sein, diese Frage zu klären, ob dies in hinreichender Weise gewährleistet und in welchem Umfang dieser Aspekt überhaupt bislang in der Aus- und Fortbildung berücksichtigt worden ist. Es geht um den Umfang und die Qualität der Ausbildung. Das betrifft die Selbstverteidigung, aber natürlich auch alle anderen einschlägigen Punkte wie Krisenprävention und so weiter. Alle Punkte, die in diesem Zusammenhang in den Anträgen angesprochen worden sind, sind natürlich wichtig. Das möchte ich unterstreichen.

Es ist unabdingbar, zu prüfen, welche Schlussfolgerungen aus der Geiselnahme vom 24. Dezember 2014 im Hinblick auf die Organisation des Strafvollzugs gezogen werden müssen. Wir werden das allgemeine Thema im Zusammenhang mit der angekündigten Reform des Strafvollzugs hier noch grundsätzlich debattieren.

Auch ich stelle an die Landesregierung die Frage, weshalb sie sich nicht an dem **Musterentwurf** der zehn Länder orientiert hat. Das ist vorhin schon von Herrn Günther zu Recht gefragt worden.

Ich möchte mit der Anregung schließen, die Anträge dem Ausschuss zu überweisen. Für den Fall, dass sich die Mehrheit des Hauses einer Ausschussüberweisung verweigert, kündige ich an, dass wir dem Antrag der CDU zustimmen werden. - Danke.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke beiden Antragstellern für die Anträge, aber nicht, weil die Anträge jeweils für sich so gut sind, sondern weil man aus beiden Anträgen etwas Vernünftiges machen könnte, wenn man vernünftig und ruhig debattieren würde. Insofern wünsche ich mir wesentlich unaufgeregtere und weniger polarisierende Diskussionen.

Ich werde nur insofern auf die Geiselnahme eingehen, als dass ich sage, dass die Automatismen, die eigentlich greifen müssten, um einen traumatisierten Beamten zu betreuen, hier nicht gegriffen haben. Dass sie nicht gegriffen haben, ist nicht allein an Frau Ministerin Spoorendonk und Herrn Staatssekretär Schmidt-Elsaëber zu adressieren, sondern das ist auch an diejenigen zu adressieren, die seit Jahren die Entwicklung verschlafen haben, die seit Jahren - auch Vorgängerregierungen - nicht dafür gesorgt haben, dass unsere Justizvollzugsbeamten im Vollzug unterstützt werden. Die Begrifflichkeiten „Schließer“ und „Wärter“ sind absolut verboten. Es gibt jetzt die Gelegenheit, einmal festzustellen, was diese Menschen leisten, die unter bedrückendsten Umständen arbeiten. Wer schon einmal in einer JVA war, der weiß, wovon ich rede. Diese wollen und müssen mit multiethnischer Kompetenz und Sozialkompetenz arbeiten. Sie wollen mehr sein als nur diejenigen, die die Tür auf- und zuschließen. Sie wollen mehr sein als nur diejenigen, die oben im Wachturm sitzen und schauen, dass keiner abhaut. Das machen sie auch gut.

Ob die **Ausbildung** hierfür ausreichend ausgestaltet ist, oder ob man mehr Kompetenzen vermitteln kann, das sind Fragen, die sich nicht erst seit dieser Legislaturperiode stellen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig festzustellen, dass das, was wir jetzt erleben, nicht das Resultat von zwei Jahren Spoorendonk ist, sondern von 20 Jahren Verschlafen auf der ganzen Ebene.

(Beifall PIRATEN)

Dazu gehört auch, dass ich berechtigte Zweifel daran habe, ob diejenigen in der Leitungsspitze des Hauses - damit meine ich ausdrücklich nicht Frau Spoorendonk und nicht Herrn Schmidt-Elsaëber -, die Verantwortung getragen haben, auch diejenigen sind, die in der Lage sind, die Dinge zu verbessern. Daran habe ich erhebliche Zweifel, insbesondere vor dem Hintergrund des Berichts, den Sie genannt haben, Herr Rother, was die Befragung angeht.

Mir ist eine Mail aus der **Lenkungsgruppe** zugegangen. Darin geht es um die **Befragung in Schles-**

(Wolfgang Dudda)

wig. Die ist so verheerend ausgefallen - das muss ich wörtlich wiedergeben -, dass wörtlich geschrieben worden ist - ich nenne aber nicht den Namen -: Ebenfalls zur Vermeidung weiterer Gerüchte teile ich noch einmal mit, dass Herr ... in der letzten Lenkungsgruppe anwesend war und hinsichtlich des Ergebnisses von einem Softbericht gesprochen hat, der dann anlässlich des Ergebnisses herausgegeben werden soll. - Wir brauchen keine Softberichte. Wir brauchen Klartext.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen habe ich Zweifel daran, dass alle in der Leitungsspitze des Hauses verstanden haben, worum es hier geht. Wenn aber schon bei der Analyse der Status quo nicht schonungslos ermittelt wird, wie soll dann begonnen werden, eine zeitgemäße Führungskultur zu schaffen, die modernen Ansprüchen genügt? Die Skepsis der Beschäftigten kann ich nur zu gut nachvollziehen, die sich nicht auf ein **Gesundheitsmanagement** einlassen wollen, weil sie ihm nicht vertrauen, weil dort offensichtlich nach ihrem Eindruck hässliche Dinge schöngeredet werden. Ohne gegenseitiges Vertrauen und ohne echte Wertschätzung, ohne Schulung der Leitungsebene wirkt ein aufgesetztes betriebliches Eingliederungsmanagement sogar kontraproduktiv.

Die Beschäftigten brauchen und verdienen unsere Wertschätzung und unseren Respekt. Sie brauchen entsprechend eine echte Fürsorge. Darum soll es in den beiden Anträgen gehen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Etwas anderes ist übrigens angesichts des demografischen Wandels unverantwortlich, wenn wir einen funktionierenden Vollzug in den nächsten 10 bis 20 Jahren aufrechterhalten wollen, weil das Berufsbild sonst so leidet.

Die Folgen von **posttraumatischen Belastungsstörungen** wurden nicht nur in der Justiz, sondern überall unterschätzt. Auf Bundesebene hat man erst vor 14 Jahren damit begonnen, das vernünftig zu betreuen. Man weiß aus der Wissenschaft, dass sich eine nicht betreute traumatische Belastungsstörung manifestiert, je länger das Ereignis von der Betreuung entfernt ist. Deswegen ist es wichtig, dass hierbei etwas geschieht.

Ich habe erfahren - vielen Dank, Herr Dr. Schmidt-Elsaesser -, dass auch hierbei die richtigen Schritte eingeleitet wurden, um durch ein Modul zusammen mit uns, wie ich es verstanden habe, die Dinge auf den Weg zu bringen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das ist zwar viel zu spät, aber immerhin. An vielen Stellen wurden Dinge auf den Weg gebracht, die schon lange hätten auf den Weg gebracht werden sollen.

Ich erinnere daran, dass die GdP 2009 bereits ange mahnt hat, derartige Dinge einzurichten. Ich zitiere aus deren Zeitung „Der Schlüssel“ aus 2009, dass sich ein Justizvollzugsbediensteter erst nach 3 Monaten wieder zum Frühdienst hat einteilen lassen, weil er bei der morgendlichen Lebendkontrolle einen erhängten Gefangenen gefunden hatte.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, Herr Dr. Schmidt-Elsaesser, ausdrücklich danken, dass Sie uns heute Morgen über den Vorgang in Lübeck in der vergangenen Nacht unterrichtet haben. Das ist der richtige Weg. So können wir miteinander vernünftig und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Aber es gilt, diese posttraumatische Belastungsstörung ebenso aufzuarbeiten wie die Fähigkeiten in der **waffenlosen Selbstverteidigung** aus- und fortzubilden. Ich höre auch, dass Dinge in diesem Zusammenhang auf den Weg gebracht worden sind. Ich frage mich angesichts der Personalknappheit infolge von Krankheit, ob solche Dinge überhaupt im Moment umgesetzt werden können und nicht zulasten eines sicheren Vollzugs gehen. Solche Dinge sind wünschenswert, gehen aber erst dann, wenn tatsächlich genug Personal vorhanden ist.

Ich sage es immer wieder gern: Ich wünsche mir einen Strafvollzug, der Entlassene produziert, die ich mir gut als meinen Nachbarn vorstellen kann. Das hört sich zwar semantisch an, muss aber das Ziel eines vernünftigen Strafvollzugs sein. Das wird aber nur möglich sein, wenn nicht im übernächsten Haus ein unbetreuter dauerkranker Justizvollzugsbediensteter seinem Dienst fernbleiben muss, weil er ihn nicht mehr aushält. Darum müssen wir uns kümmern.

Beide Anträge enthalten vernünftige Ansätze. Ich würde sie gern beide im Ausschuss beraten und zusammenführen sowie zu einer etwas unaufgeregteren Diskussion zum tatsächlichen Wohl der Fürsorge unserer Justizbediensteten kommen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben dem Umgang mit kritischen Situationen geht es im Antrag der CDU um die Fürsorgepflicht der Ministerin gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten.

Da die Union nun einen Fragekatalog zum Umgang mit kritischen Situationen vorgegeben hat, wäre die **Fürsorgepflicht** nach eigenen Vorstellungen seitens der CDU also erfüllt. Unter einer Fürsorgepflicht verstehen wir vom SSW jedoch etwas anderes. Für uns ist eine Fürsorgepflicht vor allem an das **Vertrauen** in die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geknüpft.

„Vertrauen“ heißt für uns auch, dass sich der Dienstherr schützend vor seine Mitarbeiter stellt, sofern sie Kritik ausgesetzt sind. Ob diese Kritik berechtigt ist, sollte dann natürlich überprüft werden, doch an erster Stelle steht das allgemeine Vertrauen in die Leistungen der Mitarbeiter.

Ein generelles Köpferollen wollen wir nicht, und das entspricht auch nicht unserer Arbeitskultur. Da mag es natürlich Unterschiede geben, und das unterscheidet uns möglicherweise auch von anderen.

Denn es ist mittlerweile offensichtlich, wofür sich die Opposition interessiert, nämlich für ein Köpferollen - am besten noch am laufenden Band. Lieber Kollege Günther, Sie schreien laut. Sie werfen mit Fehlinformationen und Unterstellungen um sich - immer in der Hoffnung: Es wird schon irgendeinen Menschen treffen, dem man dann den Kopf abschlagen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch CDU)

Meine Damen und Herren, fußballerisch gesprochen, treten Sie auf die Knochen und nicht gegen den Ball. Wir halten zu einer solchen Haltung ganz klar Abstand.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne die Ministerin schon sehr lange, deshalb sage ich: Wir vom SSW nehmen von unserer menschlichen Grundhaltung nicht Abstand. An dieser menschlichen Grundhaltung, dass man sich schützend vor seine Mitarbeiter stellt, dass man mit ihnen spricht und dass man gemeinsam Dinge entwickelt, werden wir festhalten, egal welche Vorwürfe da aus der Opposition kommen.

Feststellen lässt sich aber auch, dass nicht nur Ministerinnen und Minister eine besondere Fürsorge-

pflicht gegenüber den Angestellten zu tragen haben, sondern die Fürsorgepflicht ist mehr als eine dienstliche Fürsorgepflicht. Auch Abgeordnete haben eine gewisse Fürsorgepflicht für die Landesbediensteten zwischen Flensburg und Wedel.

Das heißt natürlich auch, dass man in diesem Fall die Justizvollzugsangestellten nicht unnötig in Gefahr bringen sollte, etwa durch die Veröffentlichung von internen Papieren. Dessen hat sich die CDU gerade gerühmt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau! Ermittlungsverfahren!)

Auch könnte man über eine Überprüfung nachdenken, ob eine solche Veröffentlichung wirklich eine gute Idee war oder ob diese möglicherweise strafbewehrt ist. Denn es ist eindeutig: Die dort tätigen Menschen wurden durch die Veröffentlichung des Alarmplans tatsächlich in Gefahr gebracht. Das, meine Damen und Herren, ist eigentlich unverantwortlich und viel unverantwortlicher als alles, was Sie irgendjemandem in der Regierung vorwerfen könnten.

(Beifall SSW, SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gut, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt!)

Die Verantwortung gegenüber dem Justizvollzugspersonal obliegt demnach nicht nur einer einzelnen Person, sondern es handelt sich vielmehr um eine breit aufgestellte Verantwortung, die unter anderem auch das Parlament und einzelne Abgeordnete wie Fraktionen mit einschließt.

Kritiker bemängeln im Zusammenhang mit dem Lübecker Vorfall vom 24. Dezember 2014 die angeblich fehlende Transparenz durch die Ministerin. Feststellen lässt sich, dass es sowohl einen Informationsaustausch in öffentlicher als auch in vertraulicher Sitzung im zuständigen Ausschuss gegeben hat, an dem ein bekannter Protagonist niemals teilgenommen hat.

Darüber hinaus wurden Pressekonferenzen sowie eine Fragestunde im Parlament abgehalten. Immerhin war dann der Oppositionsführer da. Dabei wurde logischerweise immer vom **aktuellen Stand der Informationslage** berichtet. Der Austausch mit dem Parlament war engmaschig ausgelegt, und er war vor allen Dingen freiwillig. Dazu musste die Ministerin nicht aufgefordert werden. Das wird auch in Zukunft so sein.

(Lars Harms)

Inwieweit man aus den gegebenen Informationen Schlüsse ziehen kann, obliegt unmittelbar dem jeweiligen Gegenüber. Natürlich wird von dem einen oder anderen versucht, aus den gegebenen Informationen sein Süppchen zu kochen.

Das sei noch zur Kenntnis genommen: Nichtsdestotrotz bleibt das Prinzip der Aufklärung ein wichtiges und in dieser Sache ordnungsgemäß praktiziertes Gut. Ich bin froh, dass die Ministerin das so gehandhabt hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Mit ausdrücklicher Freude.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, Sie konnten die Zwischenbemerkung von Herrn Günther nicht hören. Deswegen möchte ich das hier öffentlich machen, damit Sie eine Chance haben, etwas dazu zu sagen.

Herr Günther hatte mehrmals bemerkt, es sei nicht die Aufgabe von Fraktionsvorsitzenden, in Ausschüsse zu gehen; andere täten das auch nicht. Aber die reden dann möglicherweise nicht die Unwahrheit über das, was da stattgefunden hat, als sie nicht dabei gewesen sind.

- Das Problem, lieber Kollege Stegner, ist genau das. Ein Abgeordneter kann hingehen, wo er will, denn er ist ein freier Abgeordneter und muss sein Mandat frei ausüben können. Das ist völlig klar. Aber wenn man sich intensiv und nicht nur ab und zu für seine Fraktion äußert und aus Sitzungen berichtet, an denen man selbst nicht teilgenommen hat und wenn man sich dann als Speerspitze der Bewegung sieht,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

aber dann mit Unkenntnis gespickt ist, ist das ein Problem.

(Tobias Koch [CDU]: Wie albern!)

Wir alle im Innen- und Rechtsausschuss sind sowohl in der öffentlichen als auch in der nicht öf-

fentlichen Sitzung durch die Ministerin hervorragend informiert worden.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Dies dann als Oppositionsführer zu leugnen, passt eben nicht in die Welt. Ich finde: Da sollten wir besser miteinander umgehen. Dann gäbe es auch ein besseres Bild von Politik in der Öffentlichkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, zu einer transparenten Vorgehensweise gehört eben nicht, dass man staatsanwaltschaftliche Untersuchungen torpediert, sondern es muss ein klarer Abstand eingehalten werden, der durch die Ministerin eingehalten wurde.

Ich komme zurück zum Antrag, in dem die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Vollzug eingefordert wird. Bekannt ist, dass ein solches Gesetz schon angekündigt wurde. Bekannt ist auch, dass Gesetzentwürfe natürlich jederzeit von Fraktionen ins Verfahren gegeben werden können. Es ist vor allem nicht so, als dass die CDU an irgendetwas gehindert werden würde. Selbstverständlich: Wenn Sie Wünsche und Ideen haben und diese formulieren können, können Sie diese als einen Gesetzentwurf vorlegen. Das tun andere Fraktionen in diesem Hohen Haus auch. Ich finde nicht, dass es notwendig ist, bei einem solchen Thema einen Antrag einfach nur so hinzuklirren und dann zu meinen, etwas werde sich schon bewegen. Wir erwarten vielmehr von der größten Oppositionspartei, dass sie es zumindest genauso gut wie die beiden anderen Oppositionsparteien macht und das, was sie will, in Worte fasst und dies auch in Gesetzesform gießt. Das ist leider nicht so.

Das ist das eigentliche Trauerspiel der CDU.

Aber nehmen wir diesen Antrag, in dem über den einen möglichen Gesetzentwurf geredet wird. Der **Gesetzentwurf** soll nach Ihren Angaben den Aspekt der **Sicherheit der Öffentlichkeit** als Grundlage beinhalten. An dieser Stelle ist aus Sicht des SSW vor allem eins wichtig, nämlich die Forcierung der jetzigen Gesetze zur Etablierung eines modernen Strafvollzuges. Mit einem Wegsperrern allein ist es nicht getan, sondern es muss auf Therapie, Bildung, die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme und die Pflege von sozialen Kontakten gesetzt werden. Das Leben nach der Zeit in der JVA ist mindestens genauso wichtig wie die Zeit im Vollzug, wenn nicht sogar am bedeutsamsten; denn nur ein gesellschaftliches Auffangnetz für die Zeit nach der Haft kann Sicherheit für die Öffentlichkeit ermögli-

(Lars Harms)

chen. Ohne dieses Netzwerk steht es um die öffentliche Sicherheit meiner Meinung nach deutlich schlechter. Eine Rückkehr in die Kriminalität darf keine Alternative für die Insassen sein. Deswegen muss die Gesetzlage den Rahmen für das rechtzeitige Aufzeigen von möglichen Alternativen hergeben. Diese Menschen haben eine zweite Chance nötig. Wir tragen die Verantwortung, genau diese zweite Chance zu ermöglichen. Dies ist mit Sicherheit die größte Herausforderung. Ich bin froh, dass das Ministerium und das Parlament diese Herausforderung erkannt haben und in naher Zukunft angehen wollen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hingegen schon angegangen worden ist, ist die sachliche Ebene bezüglich der Ereignisse in der Lübecker JVA. Ein entsprechender **Erlass** wurde von der Ministerin sofort in Auftrag gegeben und muss nun noch mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt werden. Ebenso hat sich die Ministerin umgehend für eine schnellere Aufnahme der **psychologischen Hilfe für Justizvollzugsbeamte** eingesetzt. So wurde etwa eine Vereinbarung mit dem Dienstleister getroffen, die eine zeitige Behandlungsaufnahme ermöglicht. Diese Details befanden sich jahrelang in einer Schiefelage und wurden nun von der Nicht-Juristin Spoorendonk aus dem Weg geräumt.

Ein im Antrag gefordertes **Fortbildungsprogramm** ist ebenfalls in vollem Gang. Im vergangenen Herbst hat man sich zur Vorbereitung von Unterrichtseinheiten zum Thema Konfliktmanagement, Kommunikation und anderen relevanten Themenbereichen zusammengefunden, um weitere Schritte zu erarbeiten. Der Ministerin war es in dieser Hinsicht wichtig, eine Regelmäßigkeit für diese Fortbildungsmaßnahmen zu schaffen. Was sich vorher oftmals als lose Enden darstellte, wird nun quasi zu einem Trainings- und Weiterbildungsnetzwerk zusammengebunden. Auch das hat die Nicht-Juristin Spoorendonk in Gang gesetzt.

Letztendlich lässt sich deshalb feststellen, dass sich viele der angeprangerten Forderungen schon im Ausarbeitungsprozess befinden oder sogar schon praktiziert werden. In die Sicherheit der Angestellten und Beamten in den Vollzugsanstalten wird viel investiert. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Es reicht jedoch nicht, das Augenmerk auf die Bediensteten zu richten, sondern zur Sicherheit gehört auch die sichere Verwahrung der Häftlinge sowie der Einsatz für ein Leben nach der Haft. In diesem Punkt haben wir als Gesellschaft zweifelsfrei noch einen langen Weg vor uns. Hier bedarf es inhaltli-

cher Diskussionen, denen sich die CDU immer wieder verweigert. Marktschreierium mit Äußerungen, dass sich hier die Balken biegen, lieber Kollege Günther, hilft niemandem. Dass diejenigen, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten eingeschränkt haben, nun das Hohelied der Mitarbeiterschaft singen, ist durchsichtig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nichts zu bieten, und das wissen Sie mittlerweile, meine Damen und Herren. Wir allerdings tun etwas. Das haben wir schon aus den Reden der Koalition gehört. Vor allem stellt sich unsere Ministerin vor ihre Mitarbeiter, und sie informiert uns und die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend, und dabei - darauf können Sie sich verlassen - wird es auch bleiben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Dann hat jetzt die Frau Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort für die Landesregierung.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann hätte ich mir gewünscht, dass heute die rechtspolitische Sprecherin der CDU geredet hätte. Das hätte ich mir wirklich gewünscht. Liebe Frau Ostmeier, ich kann Ihnen das nicht ersparen. Ich muss sagen, dass es in der CDU ein Problem gibt.

(Zurufe CDU)

Ich sehe nämlich nicht - -

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist Aufgabe der Ministerin, so etwas zu beurteilen? - Weitere Zurufe)

- Nein, ich lasse keine - -

(Zurufe CDU)

Ich interpretiere, was ich heute beobachtet habe. Ich sehe nämlich nicht, dass eindeutig geklärt ist, wer bei der CDU eigentlich für Rechts- und Justizpolitik zuständig ist.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das steht Ihnen gar nicht zu, Frau Ministerin! - Weitere Zurufe CDU)

Meine Damen und Herren, lieber Herr Günther - -

(Zurufe CDU)

- Darf ich vielleicht fortsetzen?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Stegner redet auch zu dem Thema! - Weitere Zurufe - Glocke Präsident)

- Ich fand eigentlich, dass mein Einstieg richtig freundlich war.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen FDP - Volker Dornquast [CDU]: Anmaßend!)

Ich wollte netterweise hinzufügen, dass es gut ist, dass die CDU mit ihrem Antrag wieder zur Sachpolitik zurückkehren möchte. Denn sie hat nach vielen unsachlichen und haltlosen Verlautbarungen und Vorwürfen zum Vorfall in der JVA Lübeck anscheinend selbst erkannt, dass sie auch inhaltlich wieder einmal etwas liefern muss.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Doch leider - auch das kann ich Ihnen nicht ersparen -: Chance vertan; denn stattdessen hat der Fraktionsvorsitzende der CDU hier wiederholt, was ich gefühlt in ganz vielen Innen- und Rechtsausschusssitzungen alles widerlegt habe. Anscheinend hat er immer noch nicht begriffen, dass ich den Abgeordneten nur in nicht öffentlicher Sitzung mitteilen oder sie darüber informieren konnte, dass ein Ermittlungsverfahren gegen einen Bediensteten aufgenommen worden ist. Ich habe die Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden noch hier liegen, ich werde sie jetzt nicht vortragen, weil mir dort wirklich vorgeworfen wird, dass ich das eigentlich nur aus anderen taktischen Gründen täte. Ich fand, das war schon ziemlich heftig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Er versteht es einfach nicht!)

Jetzt liegt uns also dieser **Antrag** mit seinen Forderungen zum Umgang mit kritischen Situationen in unseren Gefängnissen und dem Bewältigen der Folgen für Bedienstete vor. Ich kann nur sagen: Weniger gut ist hier, dass dieser Antrag dem aktuellen Stand der Aus- und Fortbildung weit hinterherhinkt. Gar nicht gut ist, dass die CDU in ihrem Antrag auf höchst bedenkliche Weise unterstellt, mit dem geplanten **Strafvollzugsgesetz** würden zusätzliche Sicherheitsrisiken für JVA-Bedienstete und Öffent-

lichkeit entstehen. Darum sage ich ganz klar: Wir lassen unsere Vollzugsbediensteten nicht allein, und wir nehmen unsere Fürsorgepflicht sehr verantwortlich wahr.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie das geschieht, erkläre ich Ihnen gleich gern. Wenn es ein bisschen wie Nachhilfeunterricht daherkommt, dann bitte ich jetzt schon im Vorwege um Nachsicht.

Ich möchte aber etwas anders beginnen; denn am Anfang möchte ich mit einem Missverständnis aufklären, nämlich mit dem Begriff des sogenannten **liberalen Strafvollzugs**. Es gibt keinen liberalen Strafvollzug. Es gibt kein Laissez-faire im Justizvollzug, wie mit diesem Begriff suggeriert wird. Wir haben auch keinen liberalen Strafvollzug nur für die Abgeordneten der FDP-Fraktion - das tut mir leid, das haben wir nicht.

Was wir schon lange betreiben, ist ein **moderner Strafvollzug**. Diesen modernen Strafvollzug, dessen Zuständigkeit uns durch die Föderalismusreform übertragen wurde, schreiben wir mit dem künftigen Landesstrafvollzugsgesetz fort. So ist das. Wir besitzen im Land einen modernen Strafvollzug, den wir im Hinblick auf Praxis und Maßnahmen hier mit unserem künftigen Strafvollzugsgesetz zeitgemäß feinjustieren werden. Das werden wir durch bauliche Maßnahmen, personelle und organisatorische Regelungen sowie soziale, behandlungsfördernde Strukturen und Qualifizierungsangebote tun.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden so den Strafvollzug optimieren, ohne die **Sicherheitsbelange** zu vernachlässigen. Wer den Gesetzentwurf kennt - Sie kennen ihn ja -, wird auch wissen, dass wir an herausragender Stelle des Entwurfs stehen haben, wie wir Sicherheit normieren. Ich werde das jetzt nicht weiter ausführen. Sie können das nachlesen. Das ist etwas, was wir ganz bewusst an erster Stelle oder mit an erster Stelle im Gesetzentwurf stehen haben. Was mich daher irritiert, ist der durchsichtige Versuch, unseren bestehenden, modernen Strafvollzug in die Nähe eines extremen Sicherheitsrisikos zu rücken und bei den Menschen Ängste zu schüren. Das klingt mir - auch das muss ich sagen - wirklich nach sehr frühem Wahlkampfgetöse. Moderner Strafvollzug und Sicherheit sind kein Gegensatz, im Gegenteil.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherheit ist die Voraussetzung für einen modernen Strafvollzug, und dieser ist gut für unsere innere Sicherheit.

Lieber Herr Günther, wir haben einen **eigenen Gesetzentwurf** auf der Grundlage des **Musterentwurfs**, den Sie vorhin erwähnten, entwickelt, weil wir weitere Schwerpunkte bilden wollten. Zum Beispiel schreiben wir in unserem Gesetzentwurf fest, dass der **Täter-Opfer-Ausgleich** im Vollzug verbindlich sein soll. Das machen wir, weil auch dadurch Sicherheit generiert wird. Denn jede verhinderte Straftat führt zu mehr Sicherheit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen mit unserem Strafvollzugsgesetz den **Behandlungsansatz** weiterentwickeln, indem wir auch einen familienorientierten Ansatz haben. Es gibt zentnerweise Studien dazu, wie wichtig es ist, dass Resozialisierung nicht nur in der Perspektive von Ausbildung und Berufsmöglichkeiten gesehen wird, sondern auch im Zusammenhang mit dem familiären Hintergrund von Gefangenen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für Resozialisierung. Auch da gilt: Jede verhinderte Straftat stärkt die Sicherheit in unserem Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hören in der jüngsten Diskussion - die Kleine Anfrage der CDU hat das noch einmal verstärkt - immer wieder vorwurfsvoll **Zahlen**. Es hat in den vergangenen fünf Jahren acht Entweichungen und neun gescheiterte Entweichungen in den Justizvollzugsanstalten gegeben. Die Presse spricht von Ausbrüchen, obwohl alle Fluchten außerhalb von JVA-Mauern im offenen Vollzug beziehungsweise bei Zuführungen erfolgten. Ich will hier eine Vergleichszahl nennen: Im Fünfjahreszeitraum von 1985 bis 1989 gab es insgesamt **80 Ausbrüche, Entweichungen** und gescheiterte Versuche. Das ist fast das Fünffache von heute. Erst seit 2000 sinken die Zahlen signifikant.

Noch ein Vergleich: In den 80er- und 90er-Jahren lag die Zahl der getätigten **Anzeigen** in allen Justizvollzugsanstalten des Landes zusammen bei etwa drei Anzeigen jährlich. Dagegen wurden 2014 in allen Gefängnissen rund 75 Anzeigen erstattet. Nun ist aufgrund der wenigen Anzeigen wohl kaum anzunehmen, dass das Leben in den Justizvollzugsanstalten früher gewaltfreier und reibungsloser ver-

lief. Heute soll alles angezeigt werden. Hier gilt die Linie der Null-Toleranz. Auch das ist im Sinne eines modernen Strafvollzugs und der Sicherheit der Gefangenen, der Bediensteten und der Öffentlichkeit.

Beide Trends zeigen mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte betonen, dass wir sachlich und ehrlich mit dem Thema Justizvollzug und Sicherheit umgehen. Gefängnisse sind und bleiben - der Abgeordnete Peters sagte es schon - immer gefährliche und gefährdete Einrichtungen, zumal die Klientel problematisch ist und bleiben wird.

Daher möchte ich Sie an dieser Stelle aktuell darüber informieren, dass ich heute Morgen die Nachricht erhielt - Sie wissen es bereits -, dass es den Suizid eines Häftlings in der JVA Lübeck gegeben hat. Näheres wird zurzeit ermittelt. Schon diese traurige Nachricht zeigt, dass diejenigen, die dort ihren schweren Dienst versehen, unseren hohen Respekt verdienen.

(Beifall)

Sie brauchen die bestmögliche Ausbildung und stetige Fortbildung, damit sie ihre Aufgabe verantwortungsvoll und selbstgeschützt wahrnehmen können. Unsere JVA-Bediensteten werden gut ausgebildet. Die zweijährige **Ausbildung** für den allgemeinen Vollzugsdienst umfasst einen fachtheoretischen Teil von sieben und einen Praxisteil von 17 Monaten. Die fachtheoretische Ausbildung erfolgt an der Justizvollzugsschule Neumünster, zwei Monate Einführungslehrgang, fünf Monate Abschlusslehrgang.

Die Auszubildenden sind in ihrer übergroßen Mehrzahl Personen, die bereits eine vorherige Berufsausbildung abgeschlossen haben und Berufserfahrung mitbringen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Während der Ausbildungszeit wird neben **rechtlichen Fächern** ein umfangreicher **sozialwissenschaftlicher Teil**, unter anderem mit den Disziplinen Sozialpädagogik, Psychologie, Kriminologie und Pädagogik, unterrichtet. Dieser Unterricht ergänzt sich mit den fächerübergreifenden Konzepten „Kommunikation - Konfliktmanagement - Gesundheitsförderung“ und waffenlose Selbstverteidigung sowie Eigensicherung. Die Konzepte werden fortlaufend aktualisiert und geben Deeskalation und Umgang mit kritischen Situationen breiten Raum. Die gesamte Ausbildung ist intensiv und anspruchsvoll. Die Absolventen besitzen damit ein sehr gutes Rüstzeug für die Praxis.

Einen breiten Raum nimmt das Themengebiet „Umgang mit Krisensituationen“ ein. Die Anwärter-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

rinnen und Anwärter werden auf Situationen wie Gefahr von Übergriffen von Gefangenen, Entweichungen oder auch Geiselnahmen vorbereitet.

(Unruhe)

2014 wurde eine weitere **Unterrichtseinheit zur Deeskalationsstrategie** entwickelt, um potenzielle Gewaltsituationen frühzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Das Erlernen verbaler Deeskalationstechniken und nonverbaler Techniken wird in Rollentrainings vertieft. Bei nicht möglicher Deeskalation oder einem unvermittelten Angriff eines Gefangenen müssen sich JVA-Bedienstete verteidigen. Dafür lernen sie Techniken der Selbstverteidigung, um unmittelbaren Zwang ohne Hilfsmittel anwenden zu können. Zusätzlich wird der Umgang mit Hilfsmitteln des unmittelbaren Zwangs und Körperschutzausstattung trainiert. Der Umgang mit kritischen Situationen umfasst etwa ein Viertel der gesamten fachtheoretischen Ausbildung, knapp 300 Unterrichtsstunden. Die Ausbildung ist konzeptionell gut auf das Bewältigen krisenhafter Situationen und die Sicherheit fokussiert.

Meine Damen und Herren, die Konzepte werden immer wieder überprüft und an die Gegebenheiten angepasst. So haben wir 2014 das Konzept der waffenlosen Selbstverteidigung um die genannten Deeskalationstechniken erweitert. Zudem werden die Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung auch mit dem **Kriseninterventionsteam** und Möglichkeiten der Hilfen bei Verletzungen vertraut gemacht. Gegenwärtig wird geprüft, ob hierzu ein eigenes Unterrichtsmodul gestaltet wird. Auch während der fachpraktischen Ausbildung in den Justizvollzugsanstalten sollen die Anwärterinnen und Anwärter ihre Kenntnisse und Fertigkeiten wiederholen und festigen. Ab April werden sie daher während der fachpraktischen Ausbildung im Zweimonatsrhythmus eintägig an der Justizvollzugsschule unterrichtet.

Meine Damen und Herren, dies alles erfolgt auch im Bereich der **Fortbildung**, etwa im Bereich **waffenlose Selbstverteidigung**. Sie ist seit Jahren fester Bestandteil des Fortbildungsprogramms. So fanden 2014 zwei zweitägige Auffrischungsfortbildungen und vier eintägige Veranstaltungen zu Spezialthemen statt, etwa Selbstverteidigung auf engem Raum oder Selbstverteidigung speziell für weibliche Bedienstete. Darüber hinaus werden in der JVA Lübeck auch anstaltsinterne Schulungen angeboten, 2013 beispielsweise sechs Auffrischkurse zur waffenlosen Selbstverteidigung und 2014 mit den Schulungsschwerpunkt Verhalten im Alarmfall.

(Anhaltende Unruhe)

Wir sind hier noch einen Schritt weiter gegangen. Schon im November 2014, also bereits vor dem Vorfall in der JVA Lübeck, ist in Abstimmung mit den Anstaltsleitungen beschlossen worden, die bisher freiwillige Teilnahme an Fortbildungen zur waffenlosen Selbstverteidigung weiter auszudehnen. Diese **Teilnahme** wird jetzt zur **Pflicht**, und zwar für alle JVA-Bediensteten und alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Gefangenen unmittelbar zu tun haben. Ein Aus- und Fortbildungskonzept für waffenlose Selbstverteidigung liegt vor. Es umfasst Techniken der Selbstverteidigung, der Deeskalation und der Gesprächsführung. Das Konzept befindet sich im Moment im Mitbestimmungsverfahren, und ich gehe davon aus, dass das Konzept zügig beschlossen wird. Die Ausbildung soll im Frühjahr beginnen und zentral in Neumünster stattfinden.

(Anhaltende Unruhe)

- Es mag sein, dass dies nicht sehr spannend ist, aber es ist notwendig, einmal zu erfahren, wie die Ausbildung unserer Bediensteten organisiert ist und aus welchen Modulen sie besteht.

(Beifall SPD, Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darum sage ich noch einmal: Mir ist natürlich bewusst, dass die **Gewerkschaften** vielleicht nicht hundertprozentig zufrieden sind. Es ist auch ihre Aufgabe, weiter zu drängen, weitere Themen anzusprechen.

Da bin ich bei dem, was der Kollege Dr. Klug vorhin ansprach. Es gab einen Erlass aus dem Jahr 2008, der besagte, dass man in den **Hafthäusern bis zu drei Bedienstete** haben könnte. Wir haben diesen Erlass zurückgenommen, weil zwar der Erlass von den Mitbestimmungsgremien beschlossen wurde, die Änderung, von der Sie sprachen, aber nicht durch die Mitbestimmungsgremien gedeckt gewesen ist. Diese Änderung also haben wir zurückgenommen. Der kommissarische Leiter der JVA Lübeck hat dies dem Personalrat vor ein paar Tagen mitgeteilt. Ich sehe das Problem genau wie Sie. Notwendigerweise sehe ich auch, dass es wichtig ist, dass man in Lübeck gemeinsam weiter vorankommt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen - das muss ich auch noch einmal loswerden -, dass wir - anders als die CDU-geführte Vorgängerregierung - schon ganz viele Initiativen ergriffen haben, um die Be-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

diensteten besser auf kritische Situationen vorzubereiten. Neben den praktischen Fortbildungen gibt es Seminare zur Gesprächsführung in Krisensituationen, 2014 etwa Erstsprecherschulungen bei Geiselnahmen, Kommunikation bei Stresssituationen, Eigensicherung und Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen.

Lassen Sie mich daher nochmals betonen: Nur durch bestens ausgebildetes Personal ist ein Höchstmaß an Sicherheit im Vollzug überhaupt erreichbar. Daher werden wir unser Personal in Schulungen und Fortbildungen stetig für die Bewältigung von Krisensituationen trainieren. So stellen wir sicher, dass die Bediensteten in der Lage sind, situationsgemäß zu reagieren.

Auch für die Betreuung und Versorgung von Bediensteten, die infolge krisenhafter und extremer Situationen sofortige Hilfe auch in Form einer professionellen psychologischen Hilfe benötigen, bestehen Handlungskonzepte. Seit 2003 gibt es im Justizvollzug das sogenannte **Kriseninterventionsteam** - Sie hörten es bereits -, das Vollzugsbedienstete nach beruflich besonders belastenden Ereignissen betreut. Es besteht aus einer Fachgruppe von Psychologen, Seelsorgern sowie kollegialen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern aus allen Justizvollzugsanstalten des Landes. Hier ist klar geregelt, wer und wie nach einem besonders belastenden Ereignis die Bediensteten unterstützt und wie die Überleitung in eine eventuell erforderliche therapeutische Behandlung erfolgt.

Lieber Herr Dudda, das Kriseninterventionsteam wurde auch in Lübeck nach dem Vorfall am Heiligen Abend tätig. Das wissen Sie. Die kollegialen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind von der Fachgruppe ausgebildet und stehen ihren Kolleginnen und Kollegen - wie ich vorhin sagte - in der belastenden Situation zur Seite. Sie werden bei einem Vorkommnis hinzugezogen und sind für die Erstbetreuung zuständig. Sie rufen bei Bedarf einen Psychologen oder eine Seelsorgerin des KIT, die nicht automatisch und sofort vor Ort sind. Die Anstaltsseelsorger ebenso wie die Psychologen des KIT stehen den Bediensteten als Gesprächspartner zur Verfügung.

Eine Therapie wird aber nicht von ihnen, sondern von externen Psychotherapeuten durchgeführt. Für eine solche **therapeutische Hilfe** gibt es regionale Listen von Therapeuten. Man wird einem Therapeuten zugewiesen. Lieber Herr Dudda, Sie wissen, dass es ein Problem gibt und Wartezeiten nicht ganz ausgeschlossen sind. Das ändern wir jetzt. Wir wollen nämlich für unsere Bediensteten im Falle ei-

nes traumatisierenden Vorfalls eine zeitnahe psychologische Betreuung durch qualifizierte Therapeuten sicherstellen. Darum führt man jetzt Kooperationsgespräche - ich glaube, Sie erwähnten das - mit der Unfallkasse Nord durch. In einer entsprechenden Vereinbarung könnte dann die Aufnahme von fünf Sitzungen einer Erstbehandlung binnen einer Woche garantiert und, falls erforderlich, die Fortführung der Therapie sichergestellt werden. Aufgrund dieses Angebots werden wir in Vertragsverhandlungen eintreten. Mein Wunsch ist, dass das nicht freiwillig ist, sondern dass diejenigen, die so einen Vorfall erlebt haben, sich so einer Behandlung „stellen“ müssen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, dies alles zeigt: Wir sind auf einem guten Weg. Da aber jede Arbeit verbessert werden kann, besteht selbstverständlich die Bereitschaft, die vorgehaltenen Maßnahmen kritisch zu überprüfen und zusätzliche Maßnahmen einzuleiten. Das tun wir gern. Das wollen wir auch. Wir haben gute Konzepte und überprüfen diese laufend auf Möglichkeiten zur Erhöhung der Standards, insbesondere der Sicherheitsstandard im modernen Vollzug und für die dort Beschäftigten. Wir nehmen - ich sagte es bereits, aber ich wiederhole es gern - unsere Fürsorgepflicht sehr ernst und sehr verantwortungsbewusst wahr. Dies ist im Interesse der JVA-Bediensteten, und das ist auch im Interesse unserer Sicherheit im Land.

Hätte ich noch einen Wunsch frei, würde ich mir wünschen, dass jetzt überall begriffen wird, wie wichtig es ist, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich sage das ein bisschen in Richtung Gewerkschaften. Ich bitte diejenigen von Ihnen, die zusätzliche Gespräche mit den Gewerkschaften führen, mitzuteilen, dass es nur so laufen kann. Wir führen schon gute Gespräche im nicht öffentlichen Raum. Leider habe ich in der Vergangenheit erlebt, dass Informationen nicht nur in diesen Gesprächen zur Tagesordnung gehörten, sondern immer wieder aufgegriffen und veröffentlicht wurden. Ich will das gar nicht problematisieren. In den letzten Wochen war ein zusätzliches Problem, dass so viele anonyme Mails überall hinkamen, dass alles durchgestochen wurde. Ich will gar nicht weiter über den Alarmplan reden.

Mein Wunsch ist - da bin ich bei dem Anliegen der Frau Abgeordneten Ostmeier -, dass wir jetzt gemeinsam sehen, wie wir die Sicherheit der Bediensteten stärken können, wie wir einen modernen

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Strafvollzug für Schleswig-Holstein entwickeln können. Ich finde, wir sind auf einem guten Weg. So soll es auch sein.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 13 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zu, beginnend mit der CDU-Fraktion. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Ich will die Gelegenheit nutzen, neue Gäste zu begrüßen. Wir haben Gäste der Grund- und Gemeinschaftsschule Stecknitz, Berkenthin. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgangsbasis der heutigen Debatte ist der Antrag der CDU-Fraktion „Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht alleinlassen“. Es scheint so, als komme dieser Titel so an, als unterstelle er etwas. Das geht aus dem Text - das stellt man fest, wenn man ihn liest - nicht hervor. Ich hoffe, wir werden im Weiteren auf die Inhalte des Antrags zu sprechen kommen.

Ich möchte auch betonen, dass es nun einmal Aufgabe der Opposition ist, die Landesregierung zu kontrollieren. Das ist etwas, was ich seit 2000 gelernt habe. Ich finde es ein bisschen bedenklich, dass Anträge, die gestellt werden, die appellieren, etwas zu verbessern, oder die Aussage treffen, dass wir etwas anders machen würden, oder Fragen von mir bereits als Angriff empfunden werden. Dann bewegen wir uns von dem gemeinsamen Weg eines guten parlamentarischen Miteinanders weg.

(Beifall CDU und FDP)

Das darf ich hier so sagen. Ich finde das auch überhaupt nicht lustig.

(Zurufe SPD)

Gerade eben sind von meinem Kollegen Peters Begriffe gefallen wie: „Wir sammelten das Holz für den Scheiterhaufen“. Und wenn Herr Harms sagt, es gehe uns um ein allgemeines Köpferollen,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja!)

kann ich das aus unserem Antrag überhaupt nicht herauslesen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich kann das aus dem, was vorliegt, überhaupt nicht ersehen.

Sie können mir glauben, dass es nach dem, was jetzt wieder alles an Neuigkeiten auf uns zugekommen ist, eine Gratwanderung war, diesen Antrag hier sachlich, vorwärtsgerichtet miteinander zu diskutieren. Ich bin gleich fertig. Herr Dr. Dolgner macht auch immer so lange Sätze. Ich freue mich sehr, dass die Ministerin am Ende doch noch das Tor für gemeinsame Beratungen geöffnet hat, in die wir einsteigen können, um zu gucken, was zu verbessern ist. So, ich habe fertig.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie erlauben eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Ostmeier, man möchte fast mit Anke Spoorendonk sagen: Wenn man sich etwas wünschen könnte, dann sollten Sie einmal mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden sprechen.

(Zurufe)

Seine Rede hatte mit dem, was Sie hier erfreulicherweise und netterweise gesagt haben, nichts zu tun. Das war das krasse Gegenteil davon. Man darf sich nicht wundern: Wenn man in den Wald hineinruft, dann kommt gelegentlich etwas zurück. Das war Punkt eins. Zweitens. Frau Ostmeier, ich darf daran erinnern: Ihre Frage gestern war keine Frage, das war eine Unterstellung.

(Zurufe CDU)

Wenn die Ministerin hier sagt, dass die Aktion, über die wir gestern so leidenschaftlich diskutiert haben, nicht von ihr ausgegangen sei, Sie sie dann aber fragen, ob sie wirklich ausschließen könne, dass das aus ihrem Ministerium von irgendjemandem gekommen sei, dann ist das nicht nur eine Frage mit einem Fragezeichen, sondern dann ist das eine Unterstellung mit Fragezeichen. Das wollte ich Ihnen hier gesagt haben. Das passt

(Barbara Ostmeier)

nicht zu Ihren ansonsten sehr freundlichen Worten.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

- Erstens. Zu unserem Fraktionsvorsitzenden und der Frage, warum er heute geredet hat, komme ich am Schluss.

(Zuruf SPD: Da sind wir gespannt!)

Zweitens. Ich habe gestern nicht zweimal gefragt, ich habe einmal gefragt. Mittlerweile bewegen wir uns leider auf dem Weg, dass wir Pressezitate lesen und vom Hörensagen und der Frage, habe ich das gesagt, habe ich das nicht gesagt, reden.

Gestern habe ich ein Zitat der Ministerin formuliert, in dem sie dies sagt, und ich kann es leider nur sinngemäß wiedergeben, weil es mir nicht vorliegt. Es stand in den „Kieler Nachrichten“. Sinngemäß lautete es, sie könne zu hundert Prozent sicherstellen, dass das niemand aus ihrem Hause initiiert habe. Ich habe die Frage gestellt, weil das wichtig ist; denn offensichtlich hat die Presse auch hier darüber berichtet, was sie gehört hat. Ich habe nur die Frage gestellt, ob sie das so wiederholt und dazu steht, mehr nicht. Herr Dr. Stegner, das war eine Frage. Ich weiß nicht, was Sie daran als Unterstellung empfinden.

(Beifall CDU)

Die Ministerin hat darauf geantwortet, auch das würde sie heute für ihr Haus so sagen. Das hat sie gestern gesagt. Damit habe ich mich zufriedengegeben. Ich habe eine Frage gestellt, sie hat geantwortet. Sie haben das missverstanden, das tut mir leid. Ich hoffe, wir haben das jetzt geklärt.

(Beifall CDU)

Jetzt möchte ich gern auf unseren Antrag zurückkommen. Ich vergesse jetzt einmal so etwas wie „Holz sammeln für Scheiterhaufen“. Der Antrag enthält an erster Stelle die Aufforderung, in enger Abstimmung mit der Jugendarrestanstalt Moltsfelde, der Jugendanstalt Schleswig sowie den jeweiligen Personalvertretungen ein Konzept zu erstellen, um den Umgang mit kritischen Situationen im Dienst ausreichend vorzubereiten. Sie haben hier viele Maßnahmen aufgezählt, die Sie schon ergriffen haben. Wen überrascht dies auch, denn diese wurden in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage dargestellt. Sie alle haben Gespräche geführt; dennoch ist Ihnen allen nicht entgangen, dass Einzelmaßnahmen, die beiden, denen sie zugutekommen sollen, offensichtlich im Moment nicht die Wahrnehmung finden und dort auch offensichtlich nicht

die Wirkung entfaltet haben, die sein sollte. Das haben uns zumindest viele so erzählt. Ich sage nicht, dass diese schlecht sind. Es sind viele Einzelmaßnahmen.

Unser Antrag enthält die Bitte, sich mit allen zusammenzusetzen und zu gucken, ob es hier Verbesserungen gibt. Wenn das etwas ist, was Sie selbstverständlicherweise tun, dann sehe ich kein Problem darin, dass wir darüber jetzt gemeinsam sprechen und dass Sie uns alle bei dem, was sie alles tun, mitnehmen, auch die Opposition. Ich finde, es ist an der Zeit, dass wir darüber im Ausschuss gemeinsam mit allen Beteiligten reden. Ich finde es nicht so schlimm, dass wir dies jetzt hier beantragen. Es ist in mehreren Reden schon angedeutet worden, auch vom Kollegen Rother, dass er sich durchaus mögliche Verbesserungen vorstellen könne.

Der zweite Teil unseres Antrags richtet sich darauf, ein Konzept zu entwickeln, um Traumata und Stresswirkungen nach solchen exzessiven Übergriffen entgegenzuwirken. Darüber haben wir im Ausschuss bis jetzt so noch nicht gesprochen. Wenn hier schon so viel passiert ist, dann lassen Sie uns im Ausschuss darstellen, was es schon alles gibt.

(Zuruf SPD: Das hat sie doch schon getan!)

- Das hat sie gerade eben getan. Entschuldigen Sie bitte, aber der Antrag ist Anlass dafür, dass wir heute darüber reden. Sie hat es gerade eben getan, super. Also war der Antrag doch gar nicht so schlecht.

(Beifall CDU)

Sie sagen, das habe sie gerade gemacht. Dafür bin ich sehr dankbar, denn dies war nicht Gegenstand der Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage. Ich nehme das heute zur Kenntnis, und ich unterstelle auch gar nicht, dass Sie irgendetwas Falsches gesagt hätten, aber es ist doch wohl Aufgabe des Innen- und Rechtsausschusses, im Nachgang dieser ganzen Ereignisse weiter darüber zu sprechen, was wir besser machen können.

(Beifall CDU)

Es ist vielleicht vergleichbar mit dem, was wir im Zusammenhang mit der Polizei auch schon gemacht haben. Ich gebe dem Kollegen Dudda durchaus recht. Das ist vielleicht etwas, auf das wir vielleicht in den letzten 20 Jahren kein rechtes Augenmerk gehabt haben.

Herr Peters, ich habe Sie gesehen. Ich möchte ein Letztes sagen: Dass wir sehr offen damit umgehen,

(Barbara Ostmeier)

zeigt auch, dass unsere Kleine Anfrage den Zeitraum von fünf Jahren in Augenschein nimmt und eben nicht nur die zwei Jahre mit der jetzigen Landesregierung. Ich finde, das ist die Bereitschaft zu sagen, wir schauen nicht nur darauf, was diese Landesregierung vielleicht an Fehlern gemacht haben könnte. Nein, wir sehen fünf Jahre zurück, also auch in die Zeit, in der wir teilweise Regierungsverantwortung getragen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich finde, das ist anerkennenswert, weil es die Grundlage dafür sein soll, über eine vernünftige Basis zu reden. Ein letzter Satz dazu: Es wird immer gesagt, die Zahlen skandalisierten. Die Zahlen sind nur die Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage; nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall CDU und FDP)

Warum hat dies so viel Presseaufmerksamkeit nach sich gezogen? Ich habe Anrufe mit der Frage bekommen, ob die Zahlen belegbar seien. Ich habe gesagt: Ja, das ist die Antwort der Landesregierung. Das sind nicht meine Zahlen, ich habe sie nicht erfunden, und ich habe sie auch nicht skandalisiert. Für das, was die Öffentlichkeit daraus macht, kann ich nichts. - Herr Peters, ich hoffe, Sie haben nicht den Faden verloren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Ostmeier ist bereit, sich Ihnen zuzuwenden, Herr Abgeordneter Peters. Herr Abgeordneter, Sie dürfen jetzt das Wort ergreifen.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie wissen, dass wir in sehr kurzer Zeit einen umfangreichen Gesetzentwurf im Ausschuss haben werden. Sie wissen, wie überlastet unser Ausschuss durch die vielen Themen ist. Ich meine den Innen- und Rechtsausschuss. Halten Sie es nicht für sinnvoll, wenn wir all diese Fragen, die auch heute diskutiert worden sind, gebündelt und zusammen mit dem Gesetzentwurf diskutieren? - Das halte ich für sehr viel sinnvoller, als dies auszusondern und vorab gesondert darüber zu diskutieren.

Barbara Ostmeier [CDU]:

- Darüber muss ich kurz nachdenken. Grundsätzlich ja. Wir müssen aber erst einmal so weit kommen, beide Anträge an den Ausschuss zu überweisen. Das habe ich gerade eben nicht so verstanden.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In das Gesetz einarbeiten!)

- In das Gesetz einarbeiten? - Wissen Sie, der Gesetzentwurf kommt. Ich glaube, wir werden ihn ausführlich beraten müssen. Ich weiß nicht genau, was wir tatsächlich noch gemeinsam auf den Weg bringen können. Ich kann nicht erkennen, ob es nicht doch den einen oder anderen Punkt in unserem Antrag gibt, der vielleicht doch zeitkritisch ist, und das meine ich nicht polemisch. Daher wäre ich sehr dankbar dafür, wenn wir uns diese Konzepte erst einmal angucken, um dann zu sehen, was im Rahmen des Strafvollzugsgesetzes vielleicht erforderlich sein wird. Dann werden wir auf das Thema qualifizierte Ausbildung kommen. Ich mache jetzt erst einmal einen Punkt, dann dürfen Sie sich wieder setzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, kann ich das zur Gelegenheit nehmen, eine Frage oder Anmerkung des Herrn Abgeordneten Rother an Sie heranzutragen?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja.

Thomas Rother [SPD]: Frau Kollegin Ostmeier, ich folge Ihnen fast in jedem Punkt. Warum schreiben Sie das nicht in Ihren Antrag? - In Ihrem Antrag steht in den beiden ersten Absätzen, dass zu beiden Punkten jeweils ein Konzept erstellt werden soll. Die Ministerin hat berichtet, dass es diese Konzepte bereits gibt. Dass diese Konzepte weiterentwickelt und verbessert werden müssen, das stelle ich gar nicht in Abrede. Im Prinzip sind Ihre ersten beiden Punkte nach den Ausführungen der Ministerin doch erledigt.

- Entschuldigen Sie bitte, sie sind ausreichend vorzubereiten. Ich kann nach dem heutigen Bericht, den ich vielleicht im Gegensatz zu Ihnen heute zum ersten Mal gehört habe, gar nicht beurteilen, ob dies ausreicht. Ich würde das gern mit den Betroffenen, denen das wichtig war, diskutieren. Deshalb sind sie alle hier genannt. Das habe ich mir doch nicht aus den Fingern gesogen.

(Beifall CDU)

Es mag Ihnen nicht gefallen, dass die Gewerkschaften jetzt auch mit der CDU sprechen, aber jeder ist entwicklungsfähig. Das ist doch kein Problem. Das macht es nicht schlechter. Die Ministerin hat heute berichtet. Ich würde gern das, was wir hier heute

(Barbara Ostmeier)

diskutiert haben, mit den Betroffenen absprechen, bevor ich unseren Antrag einfach für erledigt erkläre. Das tut mir leid.

(Beifall CDU und FDP)

Ihr eigener Antrag endet:

„Der Landtag bittet die Landesregierung, über die bestehenden Angebote hinaus zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten für Bedienstete für eine verbesserte Vorbereitung und Nachsorge in Bezug auf den Umgang mit Krisensituationen über die bestehenden Angebote und Ziele hinaus sinnvoll erscheinen.“

Herr Rother, ich kann das nur so verstehen, dass wir beide Anträge in den Ausschuss überweisen und dann miteinander darüber beraten. Auch Ihr Antrag eröffnet es doch gerade, auch über unseren Antrag weiter miteinander zu reden und die ganze Thematik mit den Betroffenen abzugleichen. Das war der Wunsch.

Nun noch einmal zurück zu unserem Antrag. In unserem Antrag steht sogar noch der Passus, doch einmal zu überprüfen, welche Berufsgruppen im Landesdienst außerdem noch betroffen sein könnten, für die wir Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Das ist ein längerfristiges Projekt, das hier ganz unter den Tisch fällt. Das ist auch gar kein Vorwurf, sondern es ist einfach nur der Wunsch, einmal zu überprüfen, in welchen Bereichen wir denn auch schon länger Versäumnisse haben könnten.

Nun zum **Strafvollzugsgesetz**. Hierzu haben wir, wie ich finde, aufgrund der zahlreich geführten Gespräche die legitime Bitte in unseren Antrag aufgenommen, dass auch der Aspekt der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl innerhalb der Haftanstalten als auch außerhalb der Haftanstalten weiterhin im Gleichgewicht mit der Resozialisierung zu beachten ist. Dies ist ein legitimer Aspekt, den wir, weil der Entwurf ja noch in der Beratung ist, einfach mit auf den Weg geben wollen.

(Beifall CDU)

In keiner Weise ist von uns der Satz gekommen, wir würden Ihnen einen Laissez-faire-Vollzug vorwerfen. Im Gegenteil: Wir finden, dass wir einen sehr modernen Strafvollzug haben, der schon vieles zulässt. Wir sind darüber hinaus offen für weitere Verbesserungen. Ich weiß nicht, warum es hier deswegen so tumultartig zugeht, aber ich finde, in der Auseinandersetzung, in der Beratung zum Jugend-

strafvollzugsgesetz - die Frau Ministerin und auch Herr Peters haben es angesprochen - haben wir bereits miteinander einen Grundstein gelegt, bei dem auch die CDU durchaus gezeigt hat, dass sie an einem modernen Strafvollzug unter allen Aspekten interessiert ist.

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Das klang bei Herrn Günther aber anders!)

- Zu Daniel Günther werde ich gleich noch Stellung nehmen.

Das neue Strafvollzugsgesetz mit seinem familienfreundlichen Vollzug - darüber haben wir neulich gesprochen - wird natürlich auch eine besondere Qualifizierung und vielleicht auch zusätzliches Personal für unsere Haftanstalten erfordern. Wenn wir darüber sprechen, dass wir es Kindern von Familien möglich machen sollen, dass sie ihre Väter oder Mütter in der Haftanstalt besuchen können, dann halte ich das alles für sehr richtig. Aber was das letztlich für die Kinder bedeutet - auch das ist keine Unterstellung -, das müssen wir uns noch ein wenig genauer ansehen. Deshalb möchte ich, dass auch die Familienzuführung in der Haftanstalt begleitet wird und dass das auch nachher noch begleitet wird. Ich mache diesen Aspekt nicht schlecht; aber wir müssen doch auch das begleiten können. Unsere Justizvollzugsbeamtinnen und Justizvollzugsbeamten müssen doch in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe selbstbewusst wahrzunehmen. Nur dann werden wir insoweit erfolgreich sein können.

(Beifall CDU)

Die Beamtinnen und Beamten in den Strafvollzugsanstalten setzen doch tagtäglich ihre Ideen um; das wissen auch Sie. Aber deswegen kann doch auch das neue Strafvollzugsgesetz mit guten Ideen weitere Anforderungen an die Ausbildung stellen. Welche dies sein könnten, müssen wir uns angucken.

Ich verahre mich dagegen, dass die CDU rückwärtsgerichtet sein soll und in alte Zeiten zurückwill nach dem Motto: Alle wieder wegschließen! Wir haben, Frau Ministerin, sehr viele Grundsteine gelegt, um konstruktiv für die **Justiz** zu arbeiten. Wir haben in konstruktiven Gesprächen das Thema „Selbstverwaltung der Justiz“ miteinander beraten. Dieses ist mit Rückendeckung der gesamten CDU-Fraktion geschehen. Dass es letztlich doch gescheitert ist, hat sicherlich nicht an uns gelegen. Dies ist vielmehr auf anderer Ebene passiert.

Wir haben auch über das Jugendarrestvollzugsgesetz sehr konstruktiv miteinander beraten und sind dabei auch gemeinsam zu einem guten Ergebnis ge-

(Barbara Ostmeier)

kommen. Es ist mir auch nicht schwergefallen, mich für die gute Beratung und dafür zu bedanken, dass auch Aspekte von uns eingeflossen sind.

Jetzt komme ich auf unseren Fraktionsvorsitzenden Günther zu sprechen. Sie mögen von ihm ja nun halten, was Sie wollen. Aber er fordert Herrn Dr. Stegner ja immerhin mal heraus. Jetzt haben wir einen Fraktionsvorsitzenden auf Augenhöhe. Sie und Herr Günther haben sich beide gestern Nachmittag in nichts nachgestanden, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf SPD)

- Ja, aus Ihrer Sicht war Herr Stegner besser, das mag stimmen. Aber uns Fraktionsvorsitzender war sicher auch nicht schlecht.

(Beifall CDU)

Jetzt kommt das große Aber, das Sie sicherlich nachvollziehen können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Ihre 13 Minuten sind jetzt um. Sie müssen zum Schluss kommen.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluss. - Aber es ist schon etwas Besonderes, dass der sicherlich von mir initiierte Antrag - das dürfen Sie zur Kenntnis nehmen - von dem Fraktionsvorsitzenden vorgetragen wird, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass dieser vorwärtsgerichtete Antrag für uns von ganz besonderer Bedeutung ist.

(Beifall CDU)

Auch Herr Dr. Stegner hält doch zum Beispiel bildungspolitische Reden oder energiepolitische Reden, weil dies nun einmal die Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich weiß, Herr Dr. Stegner, Sie sind fleißig.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben die Möglichkeit, noch eine Frage zu beantworten.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Es ist aber eine gewisse Symbolik, dass unser Fraktionsvorsitzender zu einem Antrag, der von mir initiiert worden ist, eine Rede hält. Darüber freue ich mich, weil die CDU-Fraktion auf dem Weg ist, et-

was gemeinsam mit Ihnen für die Justiz zu erreichen. Aber Sie wollen ja nicht.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ostmeier, gestatten Sie eine Frage oder Anmerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Ostmeier, ich finde es hervorragend, wenn der Fraktionsvorsitzende der Union anfängt, sich für solche Themen zu interessieren.

- Genau, dann machen wir jetzt Schluss.

Wenn die Inhalte und die Form seiner Rede dies auch zum Ausdruck bringen würden, dann wäre das eine Steigerung, Frau Kollegin.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Ostmeier, wenn Sie noch die zweite Anmerkung oder Frage der Frau Abgeordneten Midyatli beantworten wollen, dann können Sie das jetzt noch tun.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr gerne. Die Einlassung von Herrn Dr. Stegner war ja nur eine Bemerkung, zu der ich nichts mehr sagen musste.

Serpil Midyatli [SPD]: Auch ich habe nur eine Anmerkung oder eine Feststellung zu machen. Kann der Grund dafür, dass sich hier einige besonders aufregen, darin liegen, dass der Kollege Daniel Günther nicht im Ausschuss gewesen ist, aber so tut

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- ich bin noch nicht fertig, Herr Kollege Arp -, als wäre es das Normalste von der Welt - das wird ja hier so dargestellt -, einer Sitzung fernzubleiben, sich dann aber über die Inhalte, egal ob in öffentlicher oder in vertraulicher Sitzung, auslässt?

(Zuruf Daniel Günther [CDU])

(Barbara Ostmeier)

- Ich bin noch nicht fertig, Kollege Daniel Günther. - Wenn das so ist, dann möchte ich bitte einmal daran erinnern, dass an einer Finanzausschusssitzung auch die Kollegin Midyatli nicht teilgenommen hat, was der Kollege Daniel Günther zum Anlass genommen hat, sich in der Presse vehement dahingehend zu äußern, dass es eine Unverschämtheit sei, dass die Abgeordnete Midyatli nicht im Finanzausschuss anwesend gewesen sei, als es um die Schließung des Eckernförder Finanzamts ging. Wer ein solches Fass so weit aufmacht, dass er andere Kolleginnen und Kollegen in der Presse diffamiert, die nach seiner Ansicht an den Ausschusssitzungen teilnehmen müssten, um sich dort einzubringen und um dort Fragen zu stellen, damit sie sich hinterher an der Diskussion beteiligen könnten, der braucht sich nicht zu wundern, wenn das genauso wieder auf ihn zurückfällt.

(Beifall SPD)

- Das war zwar keine Frage. Aber ich möchte trotzdem die Möglichkeit haben, darauf zu antworten. Bleiben Sie deshalb bitte am Mikrofon stehen, Frau Midyatli.

Sie alle haben offensichtlich eine Rechnung mit unserem neuen Fraktionsvorsitzenden offen. Das muss man dann wohl an anderer Stelle austragen, wenn Sie der Meinung sein sollten, hier darlegen zu müssen, was er wann wo in welchen Ausschüssen gesagt und an welchen Sitzungen er teilgenommen hat oder nicht. Ich finde jedenfalls, er hat unseren hier in Rede stehenden Antrag super verstanden und die Inhalte gut vorgetragen in enger Abstimmung mit seiner Fraktion.

(Beifall CDU)

Ich fand auch, dass der Ton heute angemessen war, wenn es darum ging, dass auch der Fraktionsvorsitzende dazu Stellung nimmt. Das hat auch die Ministerin gemacht. - Ich habe jetzt auch fertig.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Ostmeier, heißt das, dass Sie jetzt eine weitere Anmerkung der Frau Abgeordneten Midyatli nicht mehr hören wollen?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ach, sie wollte darauf noch einmal antworten. Bitte, gerne.

Serpil Midyatli [SPD]: Ich bin nicht sicher, ob Sie mich gerade richtig verstanden haben. Es ging nicht darum, dass ich ihn angegriffen habe, sondern er mich angegriffen hat.

(Zurufe CDU)

Er hat also ein Problem damit. Aber wenn man selbst solche Maßstäbe setzt, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass man solche Reaktionen auslöst. Aktion und Reaktion sollte man nicht verwechseln.

- Ich meine, das müssen Sie mit ihm klären, nicht mit mir. Ich gebe meinen Kopf ja nicht an Daniel Günther ab.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt gibt es noch eine weitere Anmerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Klug. Bitte schön.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Frau Kollegin Ostmeier, würden Sie mir zustimmen, wenn ich als eines der drei dienstältesten Mitglieder dieses Landtags feststelle, dass sich eine Abgeordnete, die Mitglied eines Ausschusses ist, auch dort einbringen sollte und dass sich die Kollegin Midyatli insofern an die eigene Nase fassen sollte?

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja, dem stimme ich zu. - Danke.

(Beifall CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Lesen Sie einmal die Pressemitteilung!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir haben noch weitere Dreiminutenbeiträge. Zunächst spricht der Abgeordnete Burkhard Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Ostmeier, ich habe mich noch einmal gemeldet. Sie wissen, dass wir davon überzeugt waren, dass es heute zu einer Abstimmung über die Anträge kommen und keine Ausschussberatung stattfinden soll. Wir haben das gerade noch einmal beraten und sind zu

(Burkhard Peters)

dem Ergebnis gekommen, dass es besser wäre, es doch zu tun. Wir wollen also der Ausschussüberweisung zustimmen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Ich muss Ihnen sagen, warum wir vorher so negativ dazu eingestellt waren: Das lag allein am Ton des Kollegen Günther hier.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe CDU: Oh!)

- Ja, in der Tat. Die Besonderheit war, dass er während einer laufenden Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses, an der er hätte teilnehmen und dann hören können, worum es geht, draußen auf dem Flur herumwuselte, um die Presse in seinem Sinne zu informieren. Das ist uns ungeheuer sauer aufgestoßen.

(Zuruf CDU: Das ist doch albern!)

Wenn wir heute entscheiden, dass wir damit in den Ausschuss gehen wollen, dann ist das das Angebot an Sie, wieder auf die sachliche Ebene zurückzukommen. Ich weiß von Ihnen, Frau Kollegin Ostmeier, dass wir das im Innen- und Rechtsausschuss gut machen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Den Kollegen Günther möchte ich bitten, die unendlich falsche Behauptung zurückzunehmen, Ministerin Spoorendonk hätte in diesem Zusammenhang irgendwann einmal gelogen. Das ist nach wie vor nicht wahr. Ich bitte Sie, das zurückzunehmen. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, den Antrag in der Drucksache 18/2691 sowie den Änderungsantrag in der Drucksache 18/2736 als selbstständigen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Die Beratungen werden dann im Innen- und Rechtsausschuss fortgesetzt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2478

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD, danke für die Große Anfrage, die ein 116 Seiten umfassendes Konvolut an Zahlen, Daten und Fakten, ein Kompendium des Wissens über die Ernährungswirtschaft und die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellt. Erlauben sie mir, gleich ein paar Daten und Zahlen herauszugreifen, aber auch die allgemeinen strategischen und politischen Linien der Landesregierung hier mit zu erläutern.

Lieber Daniel Günther, danke für den Gastbeitrag in der „shz“ am Sonntag. Vielleicht haben Sie ein bisschen Zeit, diese Debatte zu verfolgen. Frau Ostmeier hat ja gesagt, wir sollen sachlich und vorwärtsgerichtet diskutieren. Sie haben mir vorgeworfen, ich betriebe ideologisch geführte Kampagnen, Jubiläumswahn und reine Konfrontation. Wenn Sie jetzt 70 Minuten Zeit aufbringen, dann können wir die reine Konfrontation aus der Debatte herausnehmen und Sie vielleicht ein paar Grundlagen der agrarpolitischen Diskussion verinnerlichen, sodass wir in der Sache weiterkommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Günther, wenn Sie allerdings nicht zuhören wollen, dann würde ich darum bitten, dass Sie Ihre Worte in Zukunft ein bisschen mäßigen und sich auch, bevor Sie sagen, was alles falsch läuft, noch einmal mit der Geschichte Ihrer Regierungsbeteiligung befassen.

Sie sagen, man müsse die Labelung der schleswig-holsteinischen Produkte vornehmen. Im Jahr 2007, also unter einer CDU-geführten Regierung, wurde das Gütezeichen Schleswig-Holstein von „hergestellt“ auf „geprüft“ umgestellt, und zwar, weil sich die EU-Beihilferichtlinie geändert hatte. Insofern wäre ein wenig Beschäftigung mit der Geschichte

(Minister Dr. Robert Habeck)

Ihrer Partei und Ihrer Regierungsbeteiligung in der Sache hilfreich gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Damit wären wir bei der Sache. Die ernährungs- und landwirtschaftspolitische Diskussion prägt das Land und auch die politische Öffentlichkeit, und zwar zu Recht und nicht aus Versehen. Kaum ein Gegenstand ist uns so nah und so vertraut wie das Essen und das Trinken. Wir alle essen, wir alle ernähren uns. Wir alle sehen vor allem das Land Schleswig-Holstein und **Landwirtschaft**. Das politische Umfeld von Landwirtschaft prägt Identität und Heimat. Das, was wir essen, entscheidet auch zu einem großen Teil darüber, wie wir uns fühlen, uns wahrnehmen und in welcher Identität wir leben. Insofern ist die Debatte über Landwirtschaft und **Ernährungswirtschaft** eine der zentralen Debatten in Schleswig-Holstein. In einem Land, das so stark von der Landwirtschaft geprägt wird, ist sie zwingend immer wieder zu führen.

22.000 Menschen arbeiten in der Ernährungswirtschaft. 45.000 Menschen arbeiten in der Landwirtschaft. Die Bruttowertschöpfung beträgt in beiden Branchen zusammengenommen 4 %, etwa zu gleichen Teilen aufgeteilt. Das ist nicht so viel, wie man den Eindruck hat, dass Schleswig-Holstein eigentlich produziert, vor allem bezogen auf die Arbeitsplätze.

Das hat einen Grund. Dieser Grund wird im Fachjargon Strukturwandel genannt. Das besagt im Klartext, dass sich die Zahl der Betriebe und der arbeitenden Menschen in der Landwirtschaft im Durchschnitt alle 23 Jahre halbiert. Alle 23 Jahre verlieren wir die Hälfte der Betriebe in Schleswig-Holstein und in der Regel auch die Hälfte der Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein. Das ist einerseits bedauerlich und andererseits eine ökonomische Grundkonstante, die man sich bei allen weiteren Debatten vergegenwärtigen müsste.

Es entspricht der volkswirtschaftlichen Logik, dass sich der Wohlstand einer Gesellschaft daran bemisst, wie günstig die primären Bedürfnisse des Lebens erfüllt werden können. Dazu gehören nun einmal Essen und Trinken. Das heißt, wenn wir 100 % unseres Einkommens für Essen und Trinken ausgeben, haben wir natürlich keine Mittel für Luxus, aber auch nicht für Bildung, Gesundheitsleistungen, Kultur oder Freizeit.

Das heißt, der Wohlstand dieser Gesellschaft, von Deutschland, von Schleswig-Holstein, ist maßgeblich daran geknüpft, wie günstig die Landwirte pro-

duzieren. So hat es die Gesellschaft gewollt. So sind die Richtlinien aufgestellt worden. So haben wir die Landwirte in die **Marktwirtschaft** getrieben. So ist der **Strukturwandel** zu erklären, dass immer größere Investitionen, immer größerer technischer Fortschritt, immer intensiveres Wirtschaften erforderlich sind, damit Deutschland heute eines der fünf Länder ist, in denen am wenigsten Geld für Lebensmittel ausgegeben wird.

Gleichzeitig stockt einem der Atem, wenn man es sagt: Die Billigkeit der landwirtschaftlichen Produkte entscheidet über den Wohlstand eines Landes. Das muss man den Bauern einmal sagen. Das heißt ja: Die Entwertung ihrer Arbeit ist die Bedingung dafür, dass wir reich sind. - Das ist weder grün noch schwarz noch rot noch gelb; es ist die volkswirtschaftliche Logik, die wir hier seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben und die Erklärung für so vieles.

Ich verstehe sehr gut, dass die **Bauern** sagen: Das will die **Gesellschaft**. Ihr wolltet diese intensive Wirtschaftsform. Wir haben uns dem gestellt und uns dem angepasst. Jetzt werden wir in der politischen Debatte für das, was eigentlich politisch gewollt wird, „vor den Knoten geschoben“.

Herr Günther, wir müssen aus dieser tatsächlich konfrontativen Debatte herauskommen. Wir müssen allerdings die Veränderung gesellschaftlicher Formen in diese politische Debatte einpreisen. Zu sagen, so ist es, und jeder, der etwas anderes will, der soll etwas anderes kaufen - das unterschreitet und unterschätzt den Raum des Politischen bei Weitem.

In den 70er-Jahren wurden 19 % des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung in Deutschland für **Lebensmittel** ausgegeben. Heute sind es 11 %. Seit 1950 haben sich die Löhne vereinfachend zwanzigfach, die Brotpreise verzehnfacht, aber die Getreidepreise sind unverändert geblieben. Ein Arbeiter konnte vor 60 Jahren nur halb so viel Brot für seine Arbeitsleistung kaufen. Der Verdienst des Landwirts hat sich in dieser Zeit, in der sich der Brotpreis für den Arbeiter halbiert hat, nur um 6 % gesteigert. 1970 musste man für ein Kilo Rindfleisch 72 Minuten arbeiten. Heute sind es 30 Minuten. Für ein Kilo Schweinefleisch musste man damals 96 Minuten arbeiten. Heute sind es 23 Minuten. Von dieser Grundlage müssen wir ausgehen, wenn wir miteinander diskutieren.

Nun tauchen andere Probleme auf, die die Diskussion so kompliziert machen, etwa die Intensivierung. Die Diskussion darüber möchte ich nicht führen, in-

(Minister Dr. Robert Habeck)

dem mit dem Finger gezeigt wird, schon gar nicht individualisiert auf Landwirtschaft, ebenso wenig wie mit dem Fingerzeig auf die Verbraucher, die alle unehrlich seien, über Ökologie redeten, aber in Wahrheit bei Aldi einkauften. Gleichwohl: Durch die Struktur, die aufgebaut wurde, haben wir extreme Probleme beim Gewässer- und Meeresschutz, bei Tierschutz, bei Klimaschutz und beim Thema Biodiversität.

Es ist nun einmal so, dass die Landwirtschaft, eben weil sie diese große Bedeutung hat, das Land prägt, im Guten wie im Schlechten. Da, wo **Knicks** entstanden sind, haben die Landwirte sie gemacht, da, wo sie weg sind, haben die Landwirte sie weggenommen. Da, wo Gewässer intakt und renaturiert sind, gibt es landwirtschaftliche Flächen, die den Gewässern mehr Raum geben, da, wo die Gewässer kanalisiert und drainiert sind, gibt es sie nicht.

(Heiner Rickers [CDU]: Steht leider alles nicht in dem Bericht!)

- Bitte?

(Heiner Rickers [CDU]: Das steht leider nicht in dem Bericht!)

- Den Bericht können Sie ja lesen. Deswegen rede ich ja zu dem Bericht.

(Heiner Rickers [CDU]: Aha!)

Die Landwirtschaft prägt den Raum. Dementsprechend muss die Politik die Diskussion über den Raum aufhängen an der Frage, wie wir im Raum wirtschaften. Das ist eine **politische Frage** und nicht, wie Herr Günther es geschrieben hat und wie man es so manches Mal hört, allein **Aufgabe des Verbrauchers**, der über seinen Konsum - Stichwort: Preis - entscheidenden Einfluss nehmen kann. Dieser Einfluss wird überschätzt. Damit unterschätzt man den Raum des Politischen und überbewertet - darf ich das sagen? - unsere moralische Integrität. Wir sind widersprüchliche Wesen. Wir sind müde, wir sind gestresst, wir sind manchmal genervt, und wir orientieren uns am Preis. Wir sind als Menschen, als Verbraucher widersprüchlich. Das spricht aber nicht dagegen, dass wir Ideale haben, dass wir politische Verantwortung übernehmen und als Bürger eine intakte Umwelt, Tierschutz und faire Preise für die Landwirte haben wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das heißt, es wird nie etwas werden, wenn man die Moral individualisiert. Das gilt für alle Richtungen.

Dann kommen wir aus dieser Debatte niemals heraus. Wenn man sagt, dass nur Änderungen im privaten Bereich erforderlich sind, dann können wir diesen Landtag im Grunde auflösen. Es ist eine politische Aufgabe, das, was als gesellschaftlicher Konflikt erkannt worden ist, in einem Regelwerk umzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dabei darf selbstverständlich niemand überfordert werden. Ich bin der Letzte, der das will. Wir dürfen aber auch nicht sagen: Wieso? Hier ist doch alles chico; das regelt sich von alleine. - Das wäre eindeutig zu wenig.

Strategie dieser Landesregierung in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft ist der Versuch, diesen Prozess sowohl hinsichtlich der Probleme, die wir haben, als auch hinsichtlich der Möglichkeiten der Umsteuerung abzubilden, und zwar sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Ernährungswirtschaft. Das heißt, wir müssen die Werte, die die **Gesellschaft als Werte** erkannt hat, so umsetzen, dass diese Werte als geldwerte Vorteile bepreist werden können. Konkret heißt das: weniger Geld pauschal in die erste Säule, mehr Geld in die zweite Säule. Das haben wir im Zuge der letzten **Agrarreform** probiert, häufig gegen den Widerstand der CDU. Konkret heißt das, die Förderung so umzustellen, dass die regionalen Wertschöpfungsketten gestärkt werden.

Dabei geht es auch um die **Exportabhängigkeit**. Wir sind ein starkes Agrarland. Wir exportieren und produzieren für den Weltmarkt. Das heißt aber auch, dass wir Risiken des Weltmarktes einkaufen. Die Höhe der Getreidepreise richtet sich nicht nach der Tüchtigkeit und der Ausbildung der Landwirte in Schleswig-Holstein, sondern die Getreidepreise werden an der Börse gebildet und sind beeinflusst durch die Wetterlage in Mittelamerika. Das ist das Problem. Das einfach laufen zu lassen, erscheint mir fahrlässig zu sein. Daher ist die Politik der Landesregierung darauf ausgerichtet, Sicherheitsnetze zu bilden, alternative Verkaufsformen zu finden und die Einpreisung dieser Werte, die als externe Kosten der Lebensmittelproduktion nicht bepreist sind, hinzubekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für die Ernährungswirtschaft heißt das, dass wir darauf abzielen, die hohe **Qualität der landwirtschaftlichen Produkte** - ich betone: die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte - hervorzuheben,

(Minister Dr. Robert Habeck)

und zwar durch Marken und Begriffe. Es geht dabei um die Prägung der **Identität des Landes**. Die Identität des Landes prägen auch große landwirtschaftliche Betriebe. Wir alle kennen große Bierfirmen, die das Bild von Schleswig-Holstein maßgeblich geprägt haben. Die Detlev-Buck-Werbung dürfte den echten Norden wirklich geprägt haben. Wer an Lübeck denkt, denkt auch an Marzipan aus Lübeck, und auch die Konfitüre aus Bad Schwartau kennt jeder, der morgens lecker frühstücken möchte.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Lars Winter, das ist auch schön. - Dahinter steht ein Wert, den der Absatz alleine nicht darstellen kann. Das haben wir erkannt, und darauf setzen wir. Im Bereich der Ernährungswirtschaft haben wir die Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ aufgelegt, um für den Bereich der Ernährungswirtschaft Fachkräfte bereitstellen zu können. Und wir wollen das vorhandene Kompetenznetzwerk foodRegio und das Kompetenzwerk Ernährungswirtschaft unter Federführung der Wirtschaftsförderung in Lübeck möglichst unter einem Dach zusammenfassen.

Vor allem wollen wir aber - das ist indirekt Thema der Großen Anfrage - die **Verarbeitungstiefe** im Land stärken. In den Gesprächen, die ich mit Vertretern der Landwirtschaft und Vertretern der Ernährungswirtschaft geführt habe, ist deutlich geworden, dass sie zwar voneinander wissen, aber sich nicht strategisch abstimmen. Wenn eine Ernährungswirtschaftsfirma die Idee hat, in zwei Jahren eine Marmelade herauszubringen, die mit Erdbeeren und nicht mit Orangen, die hier schlecht wachsen, bestückt ist, dann wäre es ja durchaus sinnvoll, dies dem Bauernverband mitzuteilen. Möglicherweise wollen die Bauern lieber Mais, Getreide oder Gerste und nicht Erdbeeren anbauen; möglicherweise ist dem aber auch nicht so. Wenn eine Bierfirma damit wirbt, dass sie mit Küstengerste braut, dann ist es möglicherweise keine schlechte Idee, die nächste Produktlinie rechtzeitig vorzustellen. So können wir die Verarbeitungstiefe im Land halten.

Das betrifft allemal auch die **Schlachtstrukturen** in Schleswig-Holstein, die uns in großem Umfang wegbrechen. Es geht darum, die verschiedenen Branchen und Betriebe stärker zu verzahnen. Das habe ich mir fest vorgenommen. Letztlich ist das ein freier Markt. Das können die Verantwortlichen nur selbst entscheiden. Aber sie alle an einen großen Tisch zu bringen, das soll eine Konsequenz der Großen Anfrage sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese stehen nun auch allen Fraktionen zu. Zunächst hat für die Fragestellerin der Großen Anfrage, die SPD-Fraktion, Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ernährungswirtschaft und Schleswig-Holstein, das gehört zusammen, seit Generationen. Lebensmittel aus dem echten Norden haben einen guten Ruf und sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Das bestätigt auch die Antwort auf unsere Große Anfrage zur Ernährungswirtschaft, für die ich mich bei der Landesregierung, bei Minister Habeck und den beteiligten Häusern ausdrücklich bedanke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Mit vielen Ortsnamen assoziieren wir herausragende Produkte des Landes: Lübeck, Silberstedt, Elmsborn, Flensburg, Böklund, Hamfelde, Ahrensburg.

(Zuruf SPD)

- Ja, man kann die Reihe beliebig fortsetzen. Auch Neumünster ist mit der Ernährungswirtschaft verbunden: das Landeslabor, das Milchtrocknungswerk, die Mühle Rosenkranz, Edeka Nord, die Regionalen Berufsbildungszentren und das Lebensmittelinstitut KIN.

Zur Ernährungswirtschaft gehören alle Wirtschaftsbereiche, die sich mit der Produktion, der **Verarbeitung** von und dem **Handel mit Lebensmitteln** befassen. Das sind in Schleswig-Holstein zahlreiche Betriebe und Unternehmen in unterschiedlichster Größe und Ausrichtung. Wir haben Netzwerke, Initiativen und Erzeugergemeinschaften, in denen die Akteure ihr Fachwissen und ihre Ideen zusammenbringen. Da ist Potenzial vorhanden. Wir haben zahlreiche Ausbildungsgänge im dualen System mit engagierten Ausbildungsbetrieben und guter beruflicher Bildung. Der Minister hat die Fachkräfteinitiative erwähnt. Wir haben Forschung und Entwicklung mit Studiengängen an mehreren Hochschulen, Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie Kompetenzzentren.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Vor dem Hintergrund der vielschichtigen Debatte über gesunde Ernährung und nachhaltige Produktion müssen wir uns die Frage stellen, ob unsere Ernährungswirtschaft zukunftsfähig aufgestellt ist. Der Konzentrationsprozess und der Strukturwandel setzen sich fort. Lebensmittel werden in Deutschland immer billiger. Gleichzeitig wollen Verbraucher Lebensmittel aus der Region, aus einer Produktion, die umwelt- und tiergerecht ist. Zunehmend sind Verbraucherinnen und Verbraucher bereit, für **nachhaltig produzierte Lebensmittel** mehr Geld auszugeben. Regionale Vermarktung spielt dabei ebenso eine Rolle wie der insgesamt wachsende Markt für Bioprodukte.

Das Leibniz-Institut betrachtet in einem Sammelprofil die Wertschöpfungskette Umwelt - Mensch - Ernährung - Gesundheit. Das beschreibt für mich sehr umfassend die Vielschichtigkeit der Ernährungswirtschaft.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökonomie, Ökologie und soziales Miteinander im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft zu denken und zu entwickeln, das ist die Herausforderung. Ob der gesellschaftlichen Bedeutung und der sich daraus ergebenden Herausforderungen an Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik gründete die Fraunhofer-Gesellschaft die Allianz „Food Chain Management“. Ein Management der Wertschöpfungskette in der Ernährungswirtschaft von der Urproduktion über die Verarbeitung und den Handel bis hin zum Verbraucher - das ist der Ansatz, den wir auch in Schleswig-Holstein verfolgen müssen.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zukunft gestalten heißt auch, die Bewertungsskala neu zu justieren. Heute reicht es nicht mehr, permanent Vergleiche von Bruttowertschöpfung oder nackten Arbeitsmarktzahlen vorzunehmen. Wir müssen genauer hinschauen und genauer hinhören, um zu erfassen, was Menschen beschäftigt, wie sie ihr Leben gestalten wollen, was sie unter Lebensqualität verstehen. Diese Frage ist deshalb im Zusammenhang mit der Bedeutung der Ernährungswirtschaft für unser Land so wichtig, weil die **Qualität der Ernährung** ein Faktor für **Lebensqualität** ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Produkte aus Schleswig-Holstein sind schon heute vielfach echte Qualität. Das Gütesiegel der Land-

wirtschaftskammer existiert in diesem Jahr seit 50 Jahren. Das Zeichen hat Tradition, ist bekannt und soll sich weiterentwickeln zur geprüften Qualität aus dem echten Norden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei müssen wir uns mit unserem Qualitätsbegriff auseinandersetzen. Qualität kann sich nicht nur aus der Abwesenheit von Schadstoffen herleiten. **Qualität** bei Lebensmitteln hat viel mit der **Produktionsweise** zu tun. Die zunehmende gesellschaftliche Diskussion um die Art und Weise, wie wir uns ernähren und wie wir Lebensmittel produzieren, ist für Schleswig-Holstein eine Chance und Herausforderung zugleich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier im Land produzieren verantwortungsbewusste Landwirtinnen und Landwirte hervorragende Lebensmittel. Diese müssen wir bei einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Produktionsweise unterstützen und ihnen den notwendigen Raum für wirtschaftliche Entwicklung geben, auch indem wir Leitplanken formulieren, die überprüfbar sicherstellen, dass sich alle an die Regeln halten. So können wir unsere Kulturlandschaft erhalten, der Natur den nötigen Raum geben und unser Wasser schützen.

Bei meinen Terminen vor Ort erlebe ich viele gut ausgebildete Landwirtinnen und Landwirte, die sehr wohl eine Vorstellung und eine Idee von einer nachhaltigen und tiergerechten Landwirtschaft haben.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Für sie ist „wachse oder weiche“ keine Option. Sie sprechen sich aber auch gegen eine Agrarwende aus. Es kann keine Wende im Sinne einer Umkehr sein. Der Minister hat es beschrieben. Es darf nicht um ein Zurück gehen. Wir brauchen eine neue Richtung, einen gemeinsamen anderen Weg.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dazu gehört für uns auch, den **ökologischen Landbau** weiter zu fördern. Hierbei hilft der „Zukunftsplan Öko“, den der Bundeslandwirtschaftsminister jüngst vorgestellt hat, mit dem ein Flächenanteil beim ökologischen Landbau von 20 % erreicht werden soll. Ein größeres Angebot an regionalen Bioprodukten bedeutet auch größere Artenvielfalt auf unseren Äckern. Hierbei ist die europäische Öko-Verordnung für die Zukunft des ökologischen

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Landbaus entscheidend. Dies dient auch dem Schutz unserer Ökobauern.

Dabei geht es für uns nicht darum, konventionelle Landwirtschaft und Öko-Landbau gegeneinander zu stellen. Beide Bewirtschaftungsformen werden durch EU-Gelder aus der ersten Säule gefördert, und für beide müssen wir aus der zweiten Säule Unterstützung, Innovation und Forschung zuverlässig sichern.

Erinnern wir uns an die öffentliche Hochschultagung der CAU mit dem deutlichen Hinweis, dass es gelingen muss, zwischen Grundlagenforschung und Praxis eine praxisorientierte Forschung zu etablieren, die den **Problemen einer nachhaltigen Landwirtschaft** auf den Grund geht und Lösungsansätze bietet.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das wachsende Bewusstsein bei den Verbrauchern, die Diskussionen um unseren Fleischkonsum - also nicht ob, sondern in welcher Menge wir Fleisch essen und produzieren - führt zu Reaktionen. Es gibt Labels und die Initiative Tierwohl. Aldi-Süd hat sogar erklärt, auf die Herkunft und Haltungsformen des Fleisches achten zu wollen. Das sind erste bescheidene Hinweise.

(Beifall Hauke Götsch [CDU])

Die Frage der Bedeutung und der Entwicklung der Ernährungswirtschaft ist eng verbunden mit der **Entwicklung der ländlichen Räume** in Schleswig-Holstein. Wir brauchen eine in den ländlichen Raum eingebundene Landwirtschaft mit regionaler Veredlung und Weiterverarbeitung. Schon jetzt sind Produkte aus Schleswig-Holstein zwar weltweit gefragt. Sie werden aber zu einem großen Teil als Rohware oder nur wenig weiterverarbeitet exportiert.

Unser Wunsch ist es, die **Wertschöpfungsketten** noch stärker innerhalb des Landes zu etablieren. Wir brauchen Wirtschaftszweige und Unternehmen, die die bei uns produzierten Rohstoffe verarbeiten. Wir brauchen Wirtschaftszweige, die ineinandergreifen und aufeinander aufbauen. Wir brauchen Tourismus und regionale Spezialitäten. Wir brauchen erneuerbare Energien und Gemüseanbau. Wir brauchen Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, damit kleine und mittlere Unternehmen durch Innovation glänzen. Dies gilt auch für unsere Hochschulen. Wir brauchen die Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens, um Ressourcen in Bewegung zu halten und Fachkräfte zu sichern.

Für all das kann die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein Bedeutendes leisten. Wenn Menschen in einem Bereich arbeiten, der mit dem Lebensumfeld räumlich und ideell verknüpft ist, stärkt das die Region insgesamt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist wichtig. Eine Stärke der Ernährungswirtschaft ist ihre **Bandbreite unterschiedlich qualifizierter Arbeitsplätze**. Gute Arbeit ist für Sozialdemokraten immer ein Kriterium. Das gilt für Erntehelferinnen und Erntehelfer ebenso wie für hoch qualifizierte Fachkräfte. Hier profitieren Menschen durch den gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden noch in diesem Jahr den Bedarf an Beratungsstellen für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermitteln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gute Arbeit bedeutet, dass wir Menschen Perspektiven bieten. Die Ernährungswirtschaft hat gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Schleswig-Holstein, die qualifizierte Arbeitskräfte brauchen.

Die Ernährungswirtschaft braucht Absatzmärkte, auf denen für hohe Qualität faire Preise gezahlt werden. Das ist der Markt vor Ort. Das sind Angebot und Nachfrage regionaler Produkte. Das müssen zukünftig verstärkt der Markt der Metropolregion Hamburg sein und - wie wir auf der Grünen Woche wieder erlebt haben - auch die anderen Bundesländer. Zu Dänemark und zu den Niederlanden unterhalten wir bereits heute sehr gute Handelsbeziehungen im Bereich der Ernährungswirtschaft. Der Ostseeraum muss hinzukommen. Da haben wir alle miteinander einen Job zu erledigen.

Die großen Themen Ernährung, Gesundheit und Umwelt brauchen Bewusstsein, brauchen Bildung, brauchen Haltung. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass in Schleswig-Holstein Lebensmittel und deren Produzenten wertgeschätzt werden, dass Nahrungsmittel nachhaltig produziert und verarbeitet werden, dass Ernährungswirtschaft im echten Norden für nachhaltige Qualität steht.

Aus der Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Ernährungswirtschaft ergibt sich eine Reihe von Herausforderungen. Sie alle haben damit zu tun, wie wir künftig leben wollen. Das wollen wir im Detail in den Ausschüssen diskutieren. Wir beantragen die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung

(Kirsten Eickhoff-Weber)

an den Umwelt- und Agrarausschuss. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rickers für die CDU-Fraktion das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich auf diese Debatte gefreut. Es ist eine spannende Frage, wie wir uns in der Ernährung und in der Landwirtschaft künftig ausrichten. Dafür haben wir einen Bericht bekommen. Das kann ich nur begrüßen. Ich habe mich auch auf diesen Bericht gefreut. Ich habe diesen Bericht auch gelesen.

Es sind 91 Fragen gestellt worden, die auf 116 Seiten beantwortet worden sind. Ich habe vorhin schon einmal dazwischengerufen, dass der Minister doch einmal auf den Bericht eingehen solle. Das hat er aber nicht gemacht. Er ist überhaupt nicht auf diesen Bericht eingegangen, sondern er hat nur agrarphilosophisch die Zukunft erklärt.

(Beifall CDU und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern bin ich gespannt auf den Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das ist in Ordnung.

Bei diesem Bericht hätte ich aber erwartet, dass nicht nur Arbeitsmarktzahlen dargestellt werden, sondern auch Fakten, die die Ernährungsbranche und die Landwirtschaft wirklich betreffen. Ich wundere mich. Die SPD-Fraktion hat diese Große Anfrage gestellt. Damit hat die SPD offenbar nicht nur ihr Herz für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume entdeckt, sondern auch - und das freut mich umso mehr - ihr Herz für die Ernährungswirtschaft.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Während ihr Minister Habeck zur Grünen Woche nach Berlin fährt - Frau Eickhoff-Weber und ich waren übrigens auch dort -, lobt die SPD-Abgeordnete und hierfür zuständige Sprecherin und zudem Fraktionsvizevorsitzende die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft über den grünen Klee. - Nun erklären Sie mir bitte einmal, in welche Richtung Sie tatsächlich wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich habe mich über mehrere Antworten gefreut, die ich zum Teil zitieren werde. Fast 80 % der Landesfläche sind ländlicher Raum. Hier leben und arbeiten fast die Hälfte der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Auch wird die Landwirtschaft als wesentliches Element für die **Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes** bezeichnet. Allein diese Aussage freut mich. Man hat also schon erkannt, dass der ländliche Raum äußerst wichtig ist und dass sich im ländlichen Raum sehr viel abspielt - nicht nur Wertschöpfung, nicht nur das wird erzeugt, was wir täglich essen, sondern auch - dazu komme ich noch - andere Wertschöpfungen. Ich werde versuchen, im Einzelnen zu erklären, worum es geht.

Grundstandort Schleswig-Holstein - Herr Minister, das kennen wir rauf und runter. Wir diskutieren das immer. Wir haben hier die Möglichkeit, auf 200.000 ha besten Ackerlandes 13 dt, also 130 Doppelzentner besten Weizens zu ernten - ohne Beregnung, weltweit Spitze! Etwas Vergleichbares mit so wenig Aufwand finden Sie nirgendwo auf der Welt.

Grundstandort - mehr als 400.000 Kühe werden in Schleswig-Holstein gehalten. Herr Voß, 400.000 Kühe geben jeweils 7 t Milch im Jahr. Das sind 2,8 Millionen t Milch oder 1.000 l pro Einwohner bei 2,8 Millionen Einwohnern. 1.000 l pro Einwohner werden im Jahr produziert, da ist es doch klar, dass wir das nicht alles trinken können. Diese Menge muss verarbeitet oder exportiert werden. Das Problem ist doch bekannt, also müssen wir Strukturen schaffen.

2,8 Millionen Mastschweine - Herr Minister, auch diese Zahl kennen Sie - werden jährlich hier erzeugt, jedoch nur 500.000 Schweine werden jährlich in Schleswig-Holstein geschlachtet. Das bedeutet: Pro Einwohner gibt es ein Mastschwein. Das essen wir nicht auf.

Nur 500.000 Schweine werden geschlachtet. Der Rest muss durch den Tunnel. All diese Schweine müssen Richtung Süden nach Westfalen, nach Mecklenburg und zum Teil nach Polen gebracht werden, damit sie dort verarbeitet werden. Verarbeitungsmöglichkeiten vor Ort fehlen; **Schlachthäuser** werden nicht gefördert.

500.000 Kälber werden jährlich geboren. Dabei ergibt sich die gleiche Problematik. Darüber hinaus haben wir das größte zusammenhängende Kohlanbaugebiet - die Dithmarscher kennen das - in Europa. Das größte zusammenhängende Kohlanbaugebiet Europas liegt in Schleswig-Holstein.

(Heiner Rickers)

(Beifall CDU und FDP)

13.500 Vollerwerbsbetriebe, 46.000 Beschäftigte allein in der Landwirtschaft und 23.000 Beschäftigte in der Verarbeitung gibt es. Dabei habe ich noch nicht einmal die Dienstleistungen, die Handwerksleistungen und die nachgelagerten Bereiche sowie, Herr Matthiessen, den gesamten Bereich der Erneuerbaren mitgerechnet. Damit kommen wir leicht auf über **100.000 Arbeitsplätze**. 80 % der Menschen leben im ländlichen Raum. 100.000 Arbeitsplätze von rund 700.000 Arbeitsplätzen insgesamt sind dort gebunden; das wissen Sie ja. Das bedeutet: Ein Siebtel der Arbeitsplätze finden wir allein im ländlichen Raum.

Nicht alles ist billig. Da komme ich zum Minister, der immer sagt, Wohlstand lasse sich daran messen, dass wir billig essen können. Natürlich, aber Sie müssen das immer in Abhängigkeit zum Einkommen sehen. Das haben Sie geschildert: Von 19 % auf 11 % oder vielleicht sogar 10 % des zur Verfügung stehenden Einkommens pro Person - so sind die **Ausgaben für Nahrungsmittel** gesunken.

Das heißt aber nicht, dass die Nahrungsmittel billig sind, sondern das könnte auch heißen, dass wir vielleicht in anderen Bereichen mehr verdienen. Im Grunde genommen ist der Ansatz nicht schlecht. Damit komme ich wieder zu Frau Eickhoff-Weber: Das ist doch das, was Sie wollen. Sie wollen doch, dass die Leute mit Top-Qualitäten - das haben Sie immer wieder bekräftigt - relativ kostengünstig ernährt werden. Wir streiten uns nur - da sind wir wieder bei der Agrarphilosophie -, wie wir den Weg in die Zukunft gestalten.

Ich habe noch mehr Zitate. Die Ernährungswirtschaft ist in Deutschland mit 21 % auf den **Export** angewiesen. 21 % der Produktion werden exportiert. Dann gibt es auch die Beantwortung einer Frage: Für die derzeitige Wirtschaftsstruktur der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft ist auch die **Ausweitung des überregionalen Exports** ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Entwicklungsstrategien. - Ausblick 2030 aus der Beantwortung der Fragen. Das heißt: Die Globalisierung geht weiter. Das haben Sie gar nicht so richtig aufgenommen. Wir werden mit den Mengen, die ich beschrieben habe, natürlich nicht ohne Lösungen weiterkommen, wenn wir nicht große Absatzströme schaffen.

Jetzt kommen wir zu den von Ihnen, Herr Minister, zumindest angerissenen Lösungen. Dazu gehört für mich natürlich die Frage: Wie geht es weiter mit der **Schlachthofstruktur**? Wir haben darüber be-

reits diskutiert: einmal geschlossen für fünf Wochen, wirtschaftlich immer noch in schwierigem Fahrwasser, vielleicht auch nicht die richtigen Konzepte, ein großer Schlachthof für den Rinderbereich unwahrscheinlich wichtig. Husum - auch den kennen Sie -, Itzehoe, Niebüll und dazu noch Kellinghusen - das sind vornehmlich die Schlachthöfe, die Rinder schlachten. Ein großer Schlachthof in Kellinghusen schlachtet auch ein paar Schweine. Das war es dann. Tiertransportzeiten, 500 Lkw jeden Tag, die Schweine transportieren, jeweils vollgeladen mit 200 Schweinen drauf. Von denen müssen mindestens 400 durch den Tunnel. Das bringt all die Probleme mit sich, die wir kennen.

Da würden wir sagen: Da muss man doch mit einem großen Hebel ran und darf nicht im Sinne eines Klein-Klein sagen: Wir fördern bis zu zehn Beschäftigte. Ein großer Hebel bedeutet auch, dass von den 2 Millionen produzierten Mastschweinen vielleicht nicht nur 500.000, sondern 1 Million hier geschlachtet werden oder gegebenenfalls mehr.

Darauf muss man Antworten finden oder darüber nachdenken, dass man einen Schlachthof so konzipiert und mit einer Förderung bauen kann, dass er einem gewissen Tierwohl nach Ihren Vorstellungen mehr als bisher entspricht.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wertschöpfungen in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie - auch darauf müssen wir versuchen, Antworten zu finden. Ich sehe beim Minister nicht besonders viel dazu. Ohne Zweifel ist die Nachfrage für Ökoprodukte vorhanden. Die Zuwachszahlen beim Absatz sind zum Teil sogar zweistellig. Das kann man nur begrüßen.

Aber - da streiten wir schon lange - was ist jetzt die Lösung? Sollen wir die **Ökolandbauprämie** so weit erhöhen, dass sie wieder an den Eigentümer durchgereicht wird? Das Problem kennen wir auch aus der ersten Säule; das haben Sie richtig beschrieben. Oder sollen wir irgendwie versuchen, den Absatz zu fördern? Wir stehen dafür, dass man den Absatz fördern muss. Wir müssen also versuchen, große Einheiten zu konstruieren, die den Absatz für Ökoprodukte wirklich fördern und **Absatzmöglichkeiten** schaffen, damit wir ein Ventil für die von mir beschriebenen Mengen haben.

Wir müssen aber auch versuchen, **Infrastruktur** im ländlichen Bereich so aufzubauen - das machen wir oft aufgrund kommunaler Initiative -, dass wir **Breitband** als Alltäglichkeit voraussetzen, dass wir aber auch Kernwege wieder in Angriff nehmen, also Wege mit Multifunktionalität, die der Landwirt-

(Heiner Rickers)

schaft und der Infrastruktur der Verarbeitung dienen. Wir müssen sehen, dass wir die **Landknappheit** in irgendeiner Form eindämmen. Da gibt es einen guten Ansatz.

Auch hierzu die Beantwortung einer Frage: Wie wollen Sie denn die Landknappheit beziehungsweise den **Ausgleich für die Versiegelung** in Angriff nehmen? Da gab es zumindest die politische Aussage, dass man 2020 in Schleswig-Holstein nicht mehr 8 ha pro Tag wie in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts verbrauchen will, sondern nur noch 3 ha. Diese Aussage finde ich hervorragend und kann sie nur unterstützen. Ich würde für 0 ha plädieren.

(Beifall Hauke Götsch [CDU])

Wir sollten darüber streiten, wie wir das hinbekommen.

(Minister Dr. Robert Habeck: Die A 20 als Erstes fertigstellen!)

- Die A 20 ist schon - -

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie auf der Regierungsbank bitte Zwischenrufe unterlassen.

Heiner Rickers [CDU]:

Die A 20 ist flächenmäßig schon abgearbeitet. Das Land ist angekauft, die Flächen stehen, der Ausgleich auch.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das gehört zu den 8 ha. Wir kommen zu den 2,5 ha.

Kaum erwähnt in dem Bericht - das vermissen wir, und ich hoffe auch, dass die Grünen das vermissen - sind die Erneuerbaren. Das ist auch ein Steckenpferd des ländlichen Raumes. Die **erneuerbaren Energien** werden im ländlichen Raum installiert. Der ländliche Raum lebt zum größten Teil von diesen erneuerbaren Energien. Das muss nicht immer Landwirtschaft sein. Es kann also auch Alternativen geben. Das wurde nicht erwähnt. Das wurde vielleicht auch nicht gefragt, aber jedenfalls nicht erwähnt. Ich sage immer: Ohne Stall und ohne Hallen im ländlichen Raum hätten wir keine **Photovoltaik**. Das ist doch ganz klar: Wer nicht baut, bekommt auch keine Photovoltaikanlage oben aufs Dach. Der kleine Mann mit einem Einfamilienhaus baut so eine Anlage nicht, weil sie sich im Vergleich zu dem,

was man Erlösen oder einsparen kann, einfach nicht lohnt. Also dürfen wir das Programm nicht abwürgen. Denn sonst hätten wir auf dem Lande keine Zuwächse in diesem Bereich.

Die **dezentrale Energieversorgung** ist schwierig. Wir können nicht nur in Wind machen. Vielleicht wäre auch darüber nachzudenken, andere Energien zu fördern. Gülle- und Biogasanlagen in kleinem Stil sind das, was wir brauchen, Herr Minister. Jeder, der irgendwo Mist und Gülle produziert, muss in der Lage sein, das noch besser zu verwerten.

Wir kommen immer auf die zweite Säule zurück. Ich habe mich intensiv bemüht, Ihre Programme abzufragen. Das Abfragen geht noch. Ich glaube: Sie sind noch nicht ganz so richtig in trockenen Tüchern, was das Recht angeht, das ist schwierig. Dafür kann man Ihnen nicht die Schuld geben. Das liegt vielleicht auch zum Teil mit an der EU.

Aber - das will ich noch einmal und vehement darstellen - die Landwirte, die so ein Programm in Anspruch nehmen, müssen eine gewisse Flexibilität erhalten. Pachtpreise sind gestiegen. Pachtverträge werden nur kurzfristig abgeschlossen. Und Sie wollen dann, dass man sich fünf Jahre lang an etwas bindet, was man vertraglich mit dem Landeigentümer vielleicht nur auf ein Jahr oder auf drei Jahre oder auf vier Jahre gestalten kann? Das macht es unwahrscheinlich schwierig bei der Akzeptanz.

Obendrauf kommen - das ist wirklich ein Problem - die **Tariftreue- und -vergabeordnung** und damit auch der Mindestlohn hier in Schleswig-Holstein. Denken Sie nur einmal an Ihre Ökobetriebe. Alle müssen mit relativ viel Bürokratie nachweisen, dass sie sowohl die Tariftreue- und -vergabeordnung einhalten, als auch, dass sie ihren Beschäftigten durchweg 9,18 € oder mehr bezahlen. Das führt zu riesigen Verwerfungen. Das führt auch dazu, dass ganz viele, die willig wären, Ihre Programme aus der zweiten Säule anzunehmen, diese einfach nicht annehmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war Unsinn, Herr Kollege! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn Sie das nicht verstehen, muss man Ihnen das erklären!)

- Das ist kein Unsinn; das können wir gern noch einmal diskutieren.

Sie haben von foodRegio gesprochen und davon, Fachkräfte besser auszubilden. Es ging auch darum, **Verarbeitungstiefe** zu verbessern. Das ist - ich sage das einmal so platt - Klein-Klein. Damit werden Sie kein Ventil schaffen. Damit werden Sie auch in

(Heiner Rickers)

der Fläche für die 46.000 Beschäftigten keine Akzeptanz schaffen. Das macht das Ganze nicht einfacher.

Wir fordern Sie deshalb auf: Diskutieren Sie all das, was ich angesprochen habe, mit uns im Ausschuss. Ich freue mich darauf. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass auch die CDU offen für Zukunftslösungen ist. Aber halten Sie sich an die Fakten. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich der Landesregierung für diese sehr umfassende Beantwortung. Sie belegt sehr eindeutig die **Bedeutung** der **Ernährungswirtschaft** in unserem Land. Dieser Bereich verdient unsere Aufmerksamkeit, und nicht nur aufgrund der im Bericht genannten Zahlen zu Beschäftigung, Export und Umsatz. Aber auch die vielfältigen Bildungslandschaften der Land- und Ernährungswirtschaft sind ein Ergebnis jahrzehntelangen Engagements sehr vieler Akteure hier im Land. Ohne die wäre überhaupt nichts gelaufen.

Ich will die Zahlen hier im Einzelnen nicht wiederholen. Sie sind im Grunde beeindruckend, aber es bleibt dabei: Hohe Umsatz- und Exportmengen allein - insbesondere auf Drittlandmärkten außerhalb der EU - sind nur eine Seite der Medaille. Es bleibt die Frage: Können wir mit unseren Erzeugungskosten, den Anforderungen an Arbeitseinkommen und Löhne, Tierwohl, Landschaft, Umwelt, Wasserschutz, Boden überhaupt dauerhaft mit den Erzeugungskosten anderer Mitbewerber auf internationalen Märkten mithalten? - Wenn ich immer wieder höre, dass wir als **Schleswig-Holstein exportorientiert** sind, dann sage ich: Das ist historisch bedingt. So wie wir bald 300 % Strom aus Schleswig-Holstein exportieren, exportieren wir fast - so muss man schon sagen - seit Jahrhunderten in der Größenordnung von 400 % unsere Milch. Das ist überhaupt nichts Neues. Ich denke, das Entscheidende ist wirklich, wohin wir exportieren. Manchmal habe ich bei der CDU den Eindruck, dass der Export schon außerhalb des Dorfes zählt und nicht der Export über die nationalen Grenzen und letztlich auch der EU hinaus auf Drittlandmärkte.

Der aktuelle russische Importstopp war nur das I-Tüpfelchen bei den international völlig übersättigten internationalen Märkten. Sind die einzelnen Erzeuger überhaupt in der Lage, bei verfallenden Preisen die Erzeugung an die Nachfrage der Märkte anzupassen? Und wie können sie in die Lage versetzt werden? - Die Haushaltsmittel für die ländliche Entwicklung können keine Reparaturkiste für die Verluste an ländlicher Wirtschaftskraft infolge übersättigter Märkte und letztlich einer ruinösen Preissituation sein.

Es stellen sich noch viele Fragen mehr: Ist überhaupt genug Fläche für die Erzeugung der tierischen Mengen da, die wir meinen, erzeugen zu müssen? Wie viel Importe von Futtermitteln und damit Nährstofffrachten sind für die Erzeugung hier im Land erforderlich? - Das sind Fragen, die wir im Blick behalten müssen und nicht isoliert sehen dürfen. Das sind Fragen, die mehr und mehr in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden und nicht nur jedes Jahr auf der Demo in Berlin.

Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung sind zentrale Punkte bei der öffentlichen Debatte um die Auswirkungen der aktuell verhandelten **Freihandelsabkommen**, und ich denke, das ist gut so; denn im Bereich der Ernährungswirtschaft haben wir es mit lebendigem Ausgangsmaterial zu tun, nämlich mit Tieren, mit Pflanzen, mit lebendiger Erde. Deshalb ist das mit der Frage des Tierschutzes, des Bodenschutzes, der Ernährungsweise und der Gentechnikfreiheit verknüpft. Daher können wir die Lebensmittelerzeugung auch nicht einfach betrachten, wie man andernorts zum Beispiel die Automobilherzeugung oder einen beliebigen anderen Bereich der industriellen Produktion betrachten würde. Würden wir die **Logik der billigsten Stückkosten** auf den Ernährungssektor übertragen, würde der Blick allein auf die Verbilligung der Ausgangsrohstoffe gerichtet sein, auf Rationalisierung, möglichst hohen Output, und dann geschähe dies auch konsequent zulasten der eben angesprochenen Bereiche, zulasten des Tierschutzes und der Bodenfruchtbarkeit - um wieder nur zwei Punkte zu nennen. Das kann nicht Ziel der Landwirte und der Verarbeitungsunternehmen sein, und es ist erst recht nicht Ziel dieser Landesregierung.

Wir lesen dann in dem Bericht die Zahl, dass heute nach ungefähr 50 Jahren 75 % der Betriebe verschwunden sind. Was belegt diese Zahl? - Man kann einmal sagen: Das ist eben der technische Fortschritt. Das ist nicht per se schlecht, vielleicht ist es sogar eher besser. Das steht aber auch dafür, dass in den vielen schwarzen Jahren, in denen die

(Bernd Voß)

CDU in Schleswig-Holstein entscheidend regiert hat, nicht annähernd Alternativen in der Wertschöpfungskette durch Diversifizierung und Vertiefung der Fertigung entwickelt wurden. Schauen wir uns die Zahlen zur Bruttowertschöpfung an, so entfällt auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei gerade einmal 1,8 %, auf die Lebensmittelverarbeitung 3,2 %. Aber das ist nur ein Teil.

Wir sehen zugleich, dass das **Bild des Landes** entscheidend davon geprägt wird, welche Landwirtschaft hier stattfindet und wie sie stattfindet. Bemerkenswert finde ich, dass die Entwicklung im Bereich der Direktvermarktung - Wochenmärkte und Hofläden - mittlerweile Tourismusmagnet ist und sogar den Kulturbereich überflügelt. Ich denke, das wird aber die kulturpolitischen Sprecher hier im Haus nicht marginalisieren.

Zum Stichwort **Ökolandbau**: Das Handelsvolumen ist hier bereits mehrfach angesprochen worden. Deutschlandweit hat sich das seit 2000, also in den letzten 15 Jahren, auf über 7 Milliarden € verdreifacht. Die Ökolandbaufläche hat sich hier im Land aber nur knapp verdoppelt. Das hat zur Folge, dass Importe von Bioprodukten überproportional zunehmen. Sie erreichen bei einigen Produkten, die auch bei uns angebaut werden, 50 %.

Die Marktentwicklung geht also zum Teil an unseren Erzeugern vorbei. Wir müssen uns fragen, woran das liegt, wenn wir sagen, dass wir uns bei der Ökolandbauförderung nicht mehr verstecken müssen wie bei der letzten schwarz-gelben Regierung, unter der wir deutschlandweit die rote Laterne trugen. Aber die Flächenförderung - ich denke, das ist klar - ist nicht alles. Das Ziel, mehr Ökolandbau in Schleswig-Holstein und bessere Marktchancen für Bioproduzenten aus Schleswig-Holstein zu schaffen, werden wir damit so nicht erreichen. Bei der Erschließung der Wachstumsfelder Lebensmittelwirtschaft regional, aber auch Bio haben wir trotz vieler mutiger Unternehmen hier im Land noch sehr großen Nachholbedarf.

Im Bereich der Ernährungswirtschaft und erneuerbaren Energien können wir - so denke ich - immer wieder feststellen, dass sie in vielfältiger Weise verbunden sind. Der Bau vieler Hallen und Ställe ist erst durch Solarstromerzeugung und Förderung aus unserem EEG möglich geworden. Wind- und Bioenergiepotenziale haben in der Fläche überhaupt erst sehr viel in Gang gesetzt. Wenn es hier zum Teil im Moment ein bisschen hängt, liegt das auch daran, dass die Instrumente zu zögerlich weiterentwickelt und zu schleppend die Herausforderungen angenommen werden, zum Beispiel die Konzentra-

tion auf Reststoffnutzung, Speicherfähigkeit, Systemintegration, Wärmenutzung, um nur ein paar Punkte zu nennen. Ich denke, hier liegen große Synergiepotenziale zwischen Energie- und Ernährungswirtschaft, die noch ganz anders genutzt werden können.

Im Bericht wird vielfältig dargestellt, dass diese Landesregierung alle ihre möglichen Instrumente nutzt, um Betriebe der Ernährungswirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung hier im Land zu halten oder zu neuen Investitionen zu motivieren. Es ist nun einmal so: Unternehmen investieren. Wenn ich dann ein paar Faktoren aufzählen soll, die das in den letzten Jahrzehnten verhindert haben, dann ist das einmal die erheblich bessere einzelbetriebliche Förderung aus dem **EFRE** und aus dem ländlichen Entwicklungsfonds in den **Förderkulissen** der neuen Länder, aber auch des Regierungsbezirks Lüneburg. Das wird bis 2020 fortgeschrieben werden. Zu verdanken haben wir diese Entscheidung gegen das Land Schleswig-Holstein der Bundeskanzlerin, die 2013 dafür gekämpft hat, dass diese Förderkulissen weiter so bleiben, wie sie sind.

Ich denke, gegen diese Rahmenbedingungen - das muss man sich einfach klarmachen - kann das Land überhaupt nicht anfordern. Die einzige Forderung kann nur Subventionsabbau lauten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ein weiterer Faktor sind die häufig großen Skaleneffekte sehr großer Verarbeitungsstätten. Da die volkswirtschaftlichen **Kosten** des **Lkw-Verkehrs** nicht annähernd in den Kosten des Produkts Niederschlag finden, werden zum Teil weite Transporte zu Verarbeitungsstätten in Kauf genommen und führen zu Verarbeitungsstättenabbau hier im Land, ich denke einmal im Gemüsebereich an den Fall Philipp, Wesselburen, und die Zuckerfabrik Schleswig - das ist alles lange her -, aber zugleich auch an Zahlen, die wir dem Schlachthofbericht entnehmen können, die im Grunde deutlich machen, dass bei den derzeitigen Transportzeitbegrenzungen der Transport über viele Hunderte Kilometer billiger ist als die Sicherung und der Zubau von Verarbeitungskapazitäten hier im Land.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor für die Ernährungswirtschaft sind die Lebensmittelüberwachung, die Lebensmittelsicherheit und die Herausforderungen an ihre Organisation. - Entscheidend auch für faire Wettbewerbsbedingungen sind Sicherheit und das Vertrauen in die Produkte. Jeder Skandal verursacht erhebliche Kosten, und auch für viele nicht

(Bernd Voß)

beteiligte Unternehmen führt es zu erheblichen Kosten und für Verbraucherinnen und Verbraucher zu erheblicher Unsicherheit. Daher ist das Mehr an Haushaltsmitteln unverzichtbar, das in den vergangenen Jahren von dieser Landesregierung und dieser Regierungskoalition in die Lebensmittelsicherheit gegeben wurde. Aber es bleibt nach wie vor eng.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich nenne einmal einige Punkte. Das sind der Ausbau und die Funktion der europäischen, internationalen, aber auch länderübergreifenden Frühwarnsysteme. Das ist das Problem der Exportzertifizierung, zuletzt intensiv aufgetreten 2013. Das macht deutlich, dass der Bund hier endlich eine koordinierende Funktion übernehmen muss. Das sind aber auch die Organisation und besonders die Zuständigkeit für die Kontrolle der großen, international agierenden Player der Ernährungsbranche. Last, not least ist es auch das Finden von Lösungen für handwerkliche, kleinere Unternehmen in der Ernährungswirtschaft. Ihre regionalen Anforderungen sind in den Hygienerichtlinien der EU vorgesehen, es wird sich aber teilweise sehr schwer damit getan, sie umzusetzen.

Zum Schluss ein Wort zur **Kennzeichnung**. Die Regierungskoalition hat in einem Antrag im vergangenen Jahr eine einfache, klare Kennzeichnung für Produkte eingefordert. Die Kennzeichnung des Eis mit der Drei macht deutlich, welche klaren, wirksamen Marktsignale durch solche Systeme sowohl für Verbraucher als auch für die Ernährungswirtschaft und Erzeuger gesetzt werden können. Für einen fairen Interessenausgleich aller Beteiligten der Lebensmittelkette bis hin zu Verbraucherinnen und Verbrauchern sind verbindliche Kennzeichnungen der Herkunft und Erzeugungsart unverzichtbar. Nur so können die Marktpartner der Ernährungskette im Land enger für den gemeinsamen Erfolg und insbesondere für den gemeinsamen Erfolg der Produkte am Markt zusammenstehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir die Aussprache fortsetzen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus Malmö im Kieler Landeshaus zu begrüßen, die begleitet werden vom Reichstagsab-

geordneten Leif Jakobsson. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky von der Fraktion der FDP das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank, liebe Frau Präsidentin Fritzen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Landtagsdebatte zur Ernährungswirtschaft zu Beginn der Fastenzeit, das passt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und in der Mittagspause!)

- Und dazu in der Mittagspause. Zunächst danke ich der Regierung für die schriftliche Beantwortung der Fragen. Herr Dr. Habeck, Ihnen möchte ich ganz herzlich für das Grußwort danken, das Sie eben gehalten haben.

Die vorliegenden **Antworten** sind eine gute Grundlage für weitere Diskussionen und anstehende Entscheidungen. Schließlich betrifft die Frage nach guter und gesunder Ernährung uns alle - jeden Tag. Ernährungspolitik und die Stärkung der Ernährungswirtschaft sind deshalb von zentraler Bedeutung.

Deswegen danke ich der SPD-Fraktion ganz herzlich für die Einreichung der Fragen.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich begrüße übrigens auch Teile Ihres **Positionspapiers zur Landwirtschaft**, zumal Sie dort in einigen Punkten deutlich auf Distanz zur Politik des grünen Umweltministers gehen. Weiter so!

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

- Auch Schärfe passt zur Ernährung. Ich dachte, dass wir heute über die Große Anfrage reden. Deswegen werde ich hier keine Predigt halten, wie es andere getan haben, sondern möchte konkret über einige Fragen sprechen, die hier beleuchtet werden.

Ich möchte ein paar Fragen zusammenfassend kommentieren, weil das da relativ gut geht. Die Fragen Nummer 10, 26, 28, 29, 30, 32 und 66 lassen sich zusammen kommentieren, weil es zu ihnen schlicht keine Antworten gibt.

(Heiterkeit - Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

(Oliver Kumbartzky)

Jetzt habe ich als Oppositionspolitiker folgendes Problem: Wem werfe ich das vor, der Regierung, die nicht geantwortet hat, oder den Fragestellern?

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Einigen wir uns darauf, dass die Abstimmung zwischen Ihnen deutlich verbesserungsfähig ist.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, in den ersten Punkten in der Großen Anfrage werden die Entwicklung der Betriebe, Existenzgründungen und die Ziele und die Visionen der Landesregierung für eine Ernährungswirtschaft 2030 näher beleuchtet. In den Antworten wird dokumentiert, dass es immer weniger Betriebe gibt - das haben wir schon gehört - und immer weniger Existenzgründungen. Das ist ein großes Problem. Es mangelt in unserem Land an einem gründerfreundlichen Klima, insbesondere in der Landwirtschaft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Mit keinem anderen Beruf wird von bestimmter Seite in der **Öffentlichkeit** so unfair umgegangen wie mit den **Landwirten**. Da wird von Agrarindustrie geredet, von Massentierhaltung und davon, dass man es „satt hat“. Ich habe diese pauschale Verunglimpfungen satt.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe Ihnen sehr gut zugehört, auch wenn es mir teilweise schwerfiel.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Das ist nicht schlimm, das gibt sich!)

- Ich meine nicht Sie, da können Sie sicher sein. - Natürlich fühlen sich junge Leute durch solche öffentlichen Angriffe demotiviert. Dabei haben wir in Schleswig-Holstein keine Agrarindustrie, sondern familiär geführte landwirtschaftliche Betriebe. Die leistungsbereiten Landwirte und die Landwirtschaft sind das Rückgrat des ländlichen Raums. Diese Landwirte brauchen keine von Verboten, Misstrauen und Kontrolle durchgezogene Politik, sondern sie brauchen die Freiheit, eigenverantwortlich handeln zu können.

(Beifall FDP und CDU)

Ich komme zu den Abschnitten **Vermarktung und Tourismus**. Natürlich lebt der Schleswig-Holstein-Tourismus von **kulinarischen Angeboten**. Es sind ja schon ein paar genannt worden, auch in der Antwort auf die Große Anfrage sind einige Highlights genannt worden. Ich habe allerdings das Dithmar-

scher Kohlosseum und die Deutsche Kohlstraße vermisst.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Das ist Ihr Job!)

- Es ist mein Job, das in die Große Anfrage zu schreiben?

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Das jetzt zu erwähnen!)

Zu den kulinarischen Angeboten zählt insbesondere die Möglichkeit, fangfrischen Fisch direkt vom Kutter zu kaufen. Da sind wir beim nächsten Problem: Gerade die Fischerei leidet sehr unter der momentanen Landesregierung. Auch dieser Beruf hat es deutlich schwerer, und mittlerweile gibt es sogar einen Hafen weniger, wo man frischen Fisch kaufen kann.

(Sandra Redmann [SPD]: Das sagt der Richtige! Das ist doch ein Scherz! Ihr habt das doch angeschoben! - Weitere Zurufe SPD)

- Das ist doch kein Scherz, das ist eine Tatsache. Wer hat denn den Hafen dichtgemacht? Wollen wir die Debatte neu aufmachen?

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die **Direktvermarktung**. Hier soll es laut Antwort der Landesregierung endlich Erleichterungen bei der Aufstellung von Werbeanlagen geben. Ein positiver Punkt, ein kleiner Lichtblick.

Interessant ist, was aus der **Dachmarke** wird. In der Antwort auf die Große Anfrage wird genau das noch einmal dokumentiert, was die FDP-Fraktion immer schon bemängelt hat, dass das neue, unsinnige Logo vom „Echten Norden“ nach dem Willen der Regierung überall draufgedruckt werden soll.

(Olaf Schulze [SPD]: Das ist doch vernünftig!)

Herr Schulze, bestehende, **etablierte Marken** wie beispielsweise „Schleswig-Holstein is(s)t lecker!“ sollen geopfert werden. Was soll denn daraus werden: „Schleswig-Holstein is(s)t echt lecker“?

(Zurufe SPD: Nicht schlecht! Kreativ! - Weitere Zurufe)

- Das ist wirklich nicht schlecht, Freunde. Jedes Printprodukt erhält jetzt den Stempel des Wirtschaftsministers mit dem Logo „Der echte Norden“,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Cool!)

(Oliver Kumbartzky)

nach dem Motto: „Kein Flyer ohne Meyer“. - Nein, Herr Dr. Stegner, ich finde das nicht cool. Ich finde, dass dieses Label die bekannten und etablierten Gütezeichen nicht ersetzen kann.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe)

- Herr Dr. Stegner ist auch überall bekannt, aber er kommt nicht überall gut an.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ähnliches gilt für Ihren Fraktionsvorsitzenden! - Zurufe)

Meine Damen und Herren, Themawechsel. Wir kommen zu dem Thema **Infrastruktur** und Frage 54. Dort wurde gefragt, welche Rolle die Fehmarnbelt-Querung, die Jütland-Route und die A 20 im Hinblick auf die Ernährungswirtschaft haben. Da wird in der Antwort tatsächlich zuerst betont, dass man die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene wolle. Wie das gehen soll, wird natürlich nicht gesagt. Dabei erfordert doch gerade die dezentral organisierte Ernährungswirtschaft eine gute Erreichbarkeit durch Landes- und Kreisstraßen. Wie die Regierung mit den Landesstraßen umgeht, wissen wir leider.

Wirklich putzig ist die Antwort der Landesregierung in Sachen A 20. Da steht: Die Wirtschaft verspreche sich durch die Planungen zum Weiterbau der A 20 eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Infrastrukturnetzes - durch die Planung! Das ist doch lächerlich. Die Wirtschaft erwartet den konsequenten Weiterbau der A 20.

(Beifall Anita Klahn [FDP] und Hauke Götsch [CDU])

Schade übrigens, dass auch in Sachen B 5 gar nichts geschrieben steht. Denn die B 5 ist die Lebensader an der Westküste, gerade für die Ernährungswirtschaft.

Auch sonst geht der Wunsch nach einer Verlagerung des Güterverkehrs gerade in der Ernährungswirtschaft an der Realität vorbei. Die von den Grünen immer favorisierten Wasser- und Schienenwege stehen dem Standortfaktor Frische und Qualität entgegen.

Ein anderes interessantes Thema sind die Einlassungen des MELUR im Kapitel „**Bildung, Ausbildung, Weiterbildung**“, ich meine insbesondere die Einlassungen zum KIN Lebensmittelinstitut in Neumünster. Das Lebensmittelinstitut - so schreibt es die Landesregierung selbst - ist die einzige Fachschule für den Bereich Lebensmitteltechnik. Dort

werden dringend erforderliche Fachkräfte ausgebildet. Doch leider scheint das Agrarministerium nicht zu wissen, was das Schulministerium gerade treibt.

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Die Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung ist insbesondere zulasten der privaten Schulen mit technischer Ausrichtung gegangen, darunter auch des Lebensmittelinstituts. In welchem Wahlkreis liegt das eigentlich?

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Vorsicht an der Bahnsteigkante!)

Die Mittelkürzung war völlig unnötig. Dadurch wurde die Schule in Bedrängnis gebracht. Daher erwarte ich, dass der Agrarminister seinen guten Einfluss bei seiner Kollegin im Bildungsressort geltend macht. Es ist ein Schildbürgerstreich erster Güte, wenn in Zeiten des Fachkräftemangels solche Schulen plattgemacht werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das nächste Kapitel, auf das ich gern eingehen möchte, trägt die Überschrift „Gute Arbeit in Ernährungswirtschaft“. Da geht es auch um den **Mindestlohn**. Leider wird in den Antworten verschwiegen, dass es zahlreiche negative Auswirkungen gibt. Um nur einmal ein Beispiel zu nennen: Der Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie - BOGK -, hat laut Bericht im „Bauernblatt“ letzte Woche, vom 14. Februar 2015, gesagt, dass die bürokratischen Dokumentationspflichten für den Mittelstand schädlich seien und unbedingt abgebaut werden müssten. Auch der Zentralverband Gartenbau fordert in dem besagten Artikel, dass insbesondere der erheblich höhere Verwaltungsaufwand durch die Aufzeichnungspflichten, die Einschränkungen bei den Arbeitszeitkonten und die nicht gelösten Fragen im Zusammenhang mit den mitarbeitenden Familienangehörigen dringend nachverhandelt werden müssten.

Die Forderungen werden meiner Meinung nach zu Recht erhoben. Schließlich arbeiten für die Ernährungswirtschaft in der Saison teilweise bis zu 100 Erntehelfer gleichzeitig. In großen Betrieben ist das sicherlich so. Zudem sieht die Ernährungswirtschaft die Stundenvorgaben und die Ruhezeiten kritisch. Auch das ist nachvollziehbar, denn schließlich richtet sich das Gemüse bei seinem Wachstum nicht nach den Wochentagen, sondern schlicht und ergreifend nach dem Wetter.

Die Landesregierung schweigt sich zu dem Thema leider aus. Der Mindestlohn ist in der Landwirtschaft aber ein großes Thema. Wir haben gestern

(Oliver Kumbartzky)

auch schon darüber debattiert. Der einzige, der sich aus der Deckung wagt, ist der SPD-Fraktionsvorsitzende, der via Twitter in seiner gewohnt zurückhaltenden Art diejenigen, die sich über den bürokratischen Aufwand beklagen, als „Trottel“ und „Ganoven“ beschimpft. Das kann es auch nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP)

Da sind wir wieder bei den Verunglimpfungen. Vielleicht passt das genau in das Bild. Bei Ihnen ist - das wird immer deutlicher - der ländliche Raum nicht mehr als der Vorgarten für die städtischen Milieus, die Sie eigentlich im Blick haben.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Nun ist es aber gut!)

- Dann mache ich folgendes Angebot, Frau Eickhoff-Weber. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit der Stärkung des ländlichen Raums, werden wir das in der Debatte um das Landesnaturschutzgesetz sehen. Das ist der nächste große Dollpunkt, der kommt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist ein großes Gesetzesvorhaben. Das werden wir gemeinsam diskutieren. Es befindet sich im Moment noch in der Verbandsanhörung. Wenn es vorliegt, wenn wir die Lesungen und die Anhörung haben, werden wir sehen, was daraus wird. Ich bin sehr gespannt, wie Sie mit dem Vorkaufsrecht, mit dem Betretungsrecht umgehen werden. Ich freue mich sehr auf die Debatte.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Abgeordneter Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kumbartzky, da Sie mich gerade so freundlich angesprochen haben, frage ich Sie, wo Sie es eigentlich hernehmen, wenn Sie sagen, es sei eine pauschale Unterstellung gegen die Wirtschaft oder den ländlichen Raum? Ich unterstelle keineswegs, dass sich jemand nicht an die Bestimmungen hält, sondern ich gehe davon aus, dass man sich, wenn man will, an die Bestimmungen halten kann. Dass Sie von vornherein voraussetzen, dass man es entwe-

der nicht kann oder nicht will, finde ich eine erstaunliche Verallgemeinerung, muss ich sagen. Ich tue das nicht. Ich finde, der Arbeitslohn gilt. Arbeitszeiten werden seit mehreren hundert Jahren aufgeschrieben. Wenn man das nicht kann - wie andere das tun -, finde ich das bedenklich. Wenn man das nicht tun will, mag das auch daran liegen, dass der eine oder andere, der das Arbeitszeitgesetz bisher missachtet hat, jetzt ertappt wird, weil er beim Mindestlohn die Zeiten aufschreiben muss. Das ist nämlich der Punkt. Ich habe nichts pauschal unterstellt. Ich habe gesagt: Man kann das. Wenn Sie sagen, man könne es nicht, ist das eine pauschale Unterstellung, die ich schwieriger finde als meine.

- Und die Wörter „Trottel“ und „Ganoven“ sind nur aus Versehen mitgetippt worden, oder?

(Heiterkeit bei FDP und CDU - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, ich fahre fort.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter - -

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Nein, jetzt nicht mehr.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das dachte ich mir!
- Anita Klahn [FDP]: Das ist manchmal gut!)

Ich war sowieso fast fertig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie haben noch eine Minute Zeit.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich formuliere einen Schlusssatz: Meine Damen und Herren, wir haben die Antwort auf die Große Anfrage, über die wir bald im Ausschuss beraten werden. Auf die Beratung freue ich mich.

Ich freue mich auch auf die nächsten Punkte, die kommen, also beispielsweise das Landesnaturschutzgesetz.

Fakt ist: Die Ernährungswirtschaft ist einer der größten Arbeitgeber hier in diesem Land. Sie verdient, dass man pfleglich mit ihr umgeht. Deswegen sollten wir das alle gemeinsam tun. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke mich bei den Kollegen der SPD, die die Große Anfrage eingereicht haben, und für die Antworten seitens des Ministeriums.

Bedauerlich finde ich - das will ich vorwegschicken -, dass, obwohl die Antworten auf die Große Anfrage ein schwer lösbares **Dilemma** deutlich machen, auf das ich gleich eingehen will, immer wieder ideologische Ausreißer verhindern, dass wir eine sachliche Diskussion führen, um dieses Dilemma gemeinsam zu lösen. Ich sehe das Dilemma darin, dass auf der einen Seite der vom **internationalen Marktgeschehen** ausgeübte Druck auf unsere Landwirte immer weiter zunimmt. „Wachse oder weiche“ ist schon seit vielen Jahren das große Thema. Auf der anderen Seite führt der **ökonomische Druck** dazu, dass die von der Agrarwirtschaft ausgehenden Umweltbelastungen immer weiter zunehmen. Wo früher sorgfältig aufeinander abgestimmte Fruchtfolgen das Landschaftsbild prägten, stehen heute immer häufiger große Monokulturen von geringem ökologischen Wert. Ähnlich ist es mit den Auswirkungen, die der Markt auf das Leben unserer Nutztiere hat. Sie werden zusehends auf ein Dasein als Produktionseinheit reduziert.

Zwar konnten sich über den Ausbau der **erneuerbaren Energien** einige Landwirte in Schleswig-Holstein ein weiteres wirtschaftliches Standbein aufbauen; die vielen **Biogasanlagen** sorgen allerdings für eine erhebliche Belastung der Böden und der Gewässer. Auch die Flächenpreise, die sich in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt haben, haben im Zuge des verstärkten Maisanbaus noch einmal kräftig zugelegt. Die Landwirtschaft wird damit kurioserweise zur Belastung für sich selbst. Die Zielkonflikte sind also vielfältig. An kaum einer politischen Stellschraube lässt sich drehen, ohne dass dies unerwünschte Effekte an der einen oder der anderen Stelle zur Folge hat.

Tun wir mehr für die Artenvielfalt, etwa indem wir die Knicks besser schützen, klagen die Landwirte über Eingriffe in ihr Privateigentum. Wollen wir mehr Tierschutz, dann sind es die internationalen Märkte, an deren Preisvorgabe niemand vorbei produzieren kann. Folgt man der reinen Logik des Marktes, der Logik des größtmöglichen Ertrages, müssten wir sagen: Tierwohl, Artenvielfalt und sau-

beres Grundwasser haben in unserer Landwirtschaft keinen Platz. - Wie absurd! Würden wir andersherum dem Wohl unserer Mitgeschöpfe oberste Priorität einräumen, dann dürften Eintagsküken nicht mehr geschreddert werden. Außerdem wäre zum Beispiel die Zucht körperbehinderter Puten, die nach spätestens 30 Tagen an Kreislaufversagen verenden, zu untersagen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Fleisch würde damit etwas teurer, was vernünftig ist, aber das ist mit Blick auf den Markt derzeit offensichtlich nicht durchsetzbar.

Entlang dieser Linien, die in direkter Konkurrenz zueinander stehen, verlaufen unsere **Debatten zur Landwirtschaft**. Während CDU und FDP tendenziell die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Blick haben, sehen PIRATEN und Grüne eher den Schaden für unsere Umwelt und drängen auf einen ethisch einwandfreien Umgang mit unseren Nutztieren.

Das Problem aus meiner Sicht ist, dass keiner der beiden Seiten absolut recht oder absolut unrecht hat. Doch führen wir die Debatte häufig so, als sei die Auffassung der Gegenseite falsch. Am Ende lassen sich die Argumente aller Seiten auf eine einfache Formel reduzieren: Unsere Argumente sind die gewichtigeren, die anderen hören wir uns gar nicht mehr an. In Wahrheit nutzen wir alle die gleiche Formel, nur unter vertauschten Vorzeichen.

Bei der CDU und der FDP heißt es: Natürlich sind uns die Umwelt und das Tierwohl wichtig, nur darf es nicht so weit gehen, dass die Landwirte nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wir hingegen sagen: Natürlich ist uns das Wohl der Landwirte wichtig, nur muss die Landwirtschaft eben auch die Umwelt schützen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

So weit alles in Ordnung! Ärgerlich wird es erst dann, wenn eine Seite anfängt, ihre Position als alternativlos darzustellen, etwa indem allseits bekannte Lösungsoptionen bewusst verschwiegen werden. Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel nennen. Die CDU behauptet immer wieder, dass es nicht möglich sei, alle Menschen mit Biolebensmitteln zu versorgen. Der Oppositionsführer Daniel Günther hat in einem Kommentar in einer Zeitung unter der Überschrift „Verbraucherinformation statt Agrarromantik“ Aussagen getroffen. Da findet sich das Übliche. Man setzt ein Ziel, das gar nicht realistisch angestrebt wird, arbeitet sich daran ab und macht die Alternative grundsätzlich schlecht. Die-

(Angelika Beer)

ser Diskurs ist kein Diskurs, sondern das ist ein Manifestieren von Vorurteilen, das weder den Landwirten noch den Tieren oder unserer Umwelt hilft.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen davon wäre es natürlich möglich, alle Menschen mit Biolebensmitteln zu versorgen. Es ist allein eine Frage der Priorität. Dies frage ich jetzt auch die FDP und die CDU: Wissen Sie nicht, dass mehr als 90 % des von uns importierten Sojas in der Tiermast landen? Würden wir dieses Soja selbst essen, statt es an unsere Schnitzel zu verfüttern, dann könnten wir damit zehnmal mehr Menschen satt machen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstellen wir, dass der Ertrag bei Biosoja nur halb so groß ist, so wären es noch immer fünfmal mehr Menschen, die gesättigt werden könnten. Die Information, die Sie stets unterschlagen, ist also: Unser übertriebener und zudem ungesunder **Fleischkonsum** ist das eigentliche Problem.

Ein zweites Beispiel: Die CDU betont gern die Bedeutung des Marktes, an dessen Preisen sich die Landwirte zwangsläufig orientieren müssten. So weit richtig, das ist die Realität. Wenn nun aber Umweltgruppen zum Beispiel Land erwerben, das den Landwirten dann nicht mehr zur Verfügung steht, dann ist das der freie Markt, auf den sich die Ökos mit Ackerland eindecken, und das finden Sie plötzlich blöd. Das ist vollkommen unlogisch, da Sie den Markt nur dann bemühen, wenn er Ihrer Ideologie und Ihren Interessen entspricht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und vereinzelt SPD)

Wir PIRATEN sagen: Ganz oder gar nicht, halbe Sachen gibt es nicht. Irgendeine Form der Verlässlichkeit muss es geben, auch in der Debatte, denn wer sich nicht festlegen will, der bleibt beliebig. Beliebigkeit ist aber keine Antwort auf die komplexen Probleme in der Landwirtschaft. Diese ergeben sich - wie gesagt - aus dem Bericht. Deshalb sage ich wie schon oft in diesen Debatten: Lassen Sie uns die **ideologisch geführten Grabenkämpfe** endlich beenden. Lassen Sie uns realistisch debattieren, und zwar nicht nur entlang der Linien, die unserem Interesse und unserer Klientel dienen. Lassen Sie uns auch die Anliegen der Gegenseite ernsthaft erwägen, und lassen Sie uns offen dazu stehen, dass alle Seiten ein berechtigtes Interesse haben.

Die Zielkonflikte in der Landwirtschaft sind, wie ich eingangs sagte, ohnehin schon kompliziert genug. Wir sollten die Schwierigkeit und die Komplexität der Lage anerkennen und in der Sache weiter diskutieren. Herr Günther, der jetzt nicht mehr zuhört, schreibt in diesem Artikel selbst, was auch dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen ist, nämlich dass **Qualitätssiegel** ein Weg sein können, Verbraucher über die Produktherkunft und die Produktqualität zu informieren und dass darüber auch angemessene Preise erzielt werden können. Mit Blick auf unseren Antrag zur Kennzeichnung von Lebensmitteln, die tierische Bestandteile enthalten, sage ich: Hier haben wir doch Gemeinsamkeiten, auf denen wir weiter aufbauen können.

Hinsichtlich der Vermarktung regionaler Produkte habe ich noch eine Frage, über die wir auch im Ausschuss diskutieren können. Ich dachte, dass vielleicht jemand von Ihnen vorher schon eine Antwort darauf geben kann. Sie kennen vermutlich alle die Marke „Unser Norden“ in der blauen Verpackung. Neulich habe ich echten Bohnenkaffee von dieser Marke gesehen und mich gefragt: Wer zum Henker kommt auf die Idee, bei uns im Norden Kaffeeplantagen zu betreiben? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, sinnvoller erscheint mir da der folgende Versuch: Für irische Butter bezahlen einige Verbraucher gern etwas mehr, und ich frage mich seit Jahren: Warum gelingt es uns eigentlich nicht, unsere Butter von der Küste als schleswig-holsteinische Salz-Wiesen-Butter auf den Markt zu bringen? Das wäre doch eine gute Alternative. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort. - Bis er kommt, teile ich Ihnen mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen darauf geeinigt haben, den Tagesordnungspunkt 23, Perspektiven für die Westküste, auf die nächste Landtagstagung zu verschieben.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Herzlich willkommen, Herr Meyer. Nun hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer vom SSW das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage deutlich hervor. Auch ich möchte mich sowohl bei der Fragestellerin als auch bei dem Ministerium für die Beantwortung sowie beim Minister für seinen Bericht bedanken. In den Antworten werden alle Aspekte der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein beleuchtet; von der Produktion über die Veredelung und Vermarktung bis hin zu Fördermöglichkeiten, um nur einige Bereiche zu nennen.

Es mag auch niemanden verwundern, dass dies so ist, da Schleswig-Holstein nach wie vor stark von der Landwirtschaft und der Fischerei sowie dem dazu gehörenden verarbeitenden Gewerbe geprägt ist. Aber wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen auch, lässt sich gerade in der **Landwirtschaft** ein **Strukturwandel** feststellen. Hierbei handelt es sich nicht um ein Phänomen der letzten Jahre, sondern vielmehr der letzten Jahrzehnte. Daher gilt es, Strategien zu entwickeln, um diesen Prozess abzufedern.

Der Strukturwandel ist insbesondere auf die Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft, der Ernährungsindustrie und im Lebensmittelhandel sowie auf die Verlagerung der Verarbeitungsstätten in andere Bundesländer zurückzuführen. So geht beispielsweise aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor, dass große Schlachtkonzerne heute das Bild beherrschen. Die relativ günstigen Transportkosten für Schlachtvieh sowie überregionale Überkapazitäten verschärfen den Wettbewerb. Daher muss das Bestreben sein, die **Schlachtkapazitäten** in Schleswig-Holstein zu halten und neue zu schaffen. Dabei sollte das Augenmerk insbesondere auf die Förderung, Verarbeitung und Vermarktung von Tieren aus kleinen und regional orientierten Unternehmen gerichtet sein. Dies schafft qualifizierte Arbeitsplätze in den Regionen und steigert die Wertschöpfung.

Auch die zunehmende Globalisierung stellt die schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft vor große Herausforderungen. Sie bietet aber auch Chancen für unsere Land- und Ernährungswirtschaft. Daher ist die Ausweitung des **überregionalen Exports** ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Entwicklungsstrategien. Die wichtigsten Exportabnehmer für Waren der Ernährungswirtschaft sind derzeit Dänemark und die Niederlande.

Der Umsatzanteil der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft von 19,1 % liegt zwar über dem Bundesdurchschnitt von rund 11 %, was natürlich sehr erfreulich ist, aber er macht auch deutlich, dass Schleswig-Holstein viel zu verlieren hat. Und weil dies so ist, sind Konzepte vonseiten der Landesregierung notwendig. Die Landesregierung ist hier nicht allein in der Verantwortung. Die Ernährungswirtschaft hat mit der Landesregierung aber einen verlässlichen Partner an ihrer Seite. Gemeinsam müssen langfristige Konzepte und Strategien erarbeitet werden, um die Ernährungswirtschaft weiterhin so gut dastehen zu lassen.

Erfreulich ist, dass das Thema **Regionalität** beim Verbraucher in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Ernährungswirtschaft reagiert bereits auf diesen Verbrauchertrend, indem zunehmend regionale Produkte angeboten werden. Aber auch Aspekte wie Tierwohl oder Nachhaltigkeit rücken stärker in den Fokus der Verbraucher. Diese Entwicklung gilt es jetzt weiter auszubauen. Sie bietet insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in unserem Land Zukunftschancen neben dem globalen Markt. Aus diesem Grund hat die Landesregierung Schwerpunkte herausgearbeitet, um auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet zu sein. Zu nennen sind hier unter anderem der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, der Schutz der Lebensgrundlagen, das Tierwohl, regionale Wertschöpfung oder Lebensmitteltransparenz. All dies sind Aspekte, die einem verantwortungsvollen Kaufverhalten gerecht werden.

Diese Entwicklung ist auch in der Gastronomie zu verzeichnen. Auch dort wird stärker auf die Regionalität von Produkten geachtet. Somit ist dies auch ein touristischer Aspekt, der nicht zu vernachlässigen ist. Qualitativ hochwertige und regionale Produkte und Angebote gehören zu einem modernen Tourismusmarketing heute ganz einfach dazu.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Dies gilt für Produkte aus der Landwirtschaft ebenso wie für Produkte aus der **Fischereiwirtschaft**. Wer heute nach Schleswig-Holstein kommt, um hier Urlaub zu machen, der möchte auch den Fisch oder die Krabben frisch vom Kutter kaufen können, und es wird erwartet, fangfrischen Fisch in den Restaurants bestellen zu können. Das gehört einfach zum Urlaubserlebnis dazu.

Die traditionelle Fischerei in Nord- und Ostsee kann nicht regionaler sein. Daher brauchen wir weiter die Fanggründe vor unseren Küsten.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und FDP)

Die Maßnahmen der Landesregierung hinsichtlich der **Qualitäts- und Absatzförderung** sind wichtig und richtig. Daher sollte nach Auffassung des SSW die Regionalisierung der Ernährungswirtschaft weiter ausgebaut werden. Rohstoffe aus der Region sollten in der Region verarbeitet werden und nach Möglichkeit auch in der Region gehandelt und verzehrt werden. Das trägt dazu bei, die Wertschöpfung im Land zu steigern.

Darüber hinaus erzielen wir Effekte, die nicht unerheblich sind. Es kommt zu einer Verringerung des Transportaufkommens, und das schont die Umwelt und ist auch aus tierschutzfachlichen Aspekten sehr positiv. Die Direktvermarktung schafft zusätzliches Einkommen für die Landwirte, und regionale Produkte stärken das regionale Lebensmittelhandwerk.

Die **Verknüpfung** der **Branchen** spielt hierbei eine große Rolle. Die Landwirtschaftskammer hat - mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung - im Rahmen einer Fachveranstaltung die Themen Nachfrage des Handels, Qualitätsanforderungen und Logistik mit Beteiligten aus der Land- und Ernährungswirtschaft und des Handels diskutiert. Mit dabei waren Akteure aus der Landwirtschaft, des Ernährungshandwerks, der Ernährungswirtschaft, des Lebensmittelhandels und der Gastronomie. Daraus entstand seinerzeit der Verein „Nordbauern Schleswig-Holstein - Vereinigung Norddeutscher Direktvermarkter Schleswig-Holstein“. Der Verein verfolgt das Ziel, Qualität und Absatz von Produkten heimischer Direktvermarkter zu verbessern und den einzelnen Mitgliedern eine Stimme nach außen zu geben. Zur Vereinsarbeit zählen Weiterbildungsmaßnahmen, gemeinsames Auftreten sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit in Vertrieb und Logistik, auch im Hinblick auf den Lebensmittelhandel. So kann man das unter anderem auf seiner Homepage lesen.

Die Möglichkeit, das **Gütezeichen „Geprüfte Qualität Schleswig-Holstein“** zu nutzen, verschafft den teilnehmenden Betrieben zusätzliche Vorteile. Das Gütezeichen hat sich in Schleswig-Holstein und darüber hinaus bewährt. Durch die Zusammenarbeit mit dem Gütezeichen werden Doppelstrukturen vermieden und gleichzeitig das Qualitätsmanagement gesichert.

(Beifall SSW und SPD)

Auch wenn die Zusammenarbeit der Branchen zum Teil noch in den Kinderschuhen steckt, so hat die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein mittlerweile den regionalen Markt für sich erkannt. Wir

können davon ausgehen, dass dieser Sektor in den kommenden Jahren weiter ausgebaut wird. Das Potenzial ist da, die Verbraucher wollen es, und wir haben das Pfund, mit dem wir in diesem Land wirklich wuchern können.

Die Ernährungswirtschaft und die Politik müssen weiter in engem Kontakt bleiben. Nur so können die richtigen Schritte angegangen werden.

Da wir hier und heute zu diesem sehr umfangreichen Fragenkatalog nicht alle Aspekte erörtern können, sollten wir das im Ausschuss fortsetzen. Hierbei sollten wir die Möglichkeit in Betracht ziehen, auch Vertreter der Ernährungswirtschaft einzuladen, um auch deren Meinung zur Großen Anfrage zu hören und zu erfahren, wie sie denn die zukünftige Entwicklung in Schleswig-Holstein einschätzen. - Jo Tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat sich erneut der Herr Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gemeldet. Ich erteile nun Robert Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich weiß, dass die Zeit am heutigen Freitag fortgeschritten ist. Aber Sie wollen als Parlament ja auch ernst genommen werden. Vor allem die Opposition möchte hier ernst genommen werden. Deswegen habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

Mir wurde einige Male gesagt, ich hätte nicht den Bericht vorgestellt, sondern lediglich über den Bericht geredet. Nun ist natürlich die Frage, wie man Lesen versteht. Wenn man Lesen als Verstehen versteht, dann habe ich sehr wohl Antworten gegeben. Bevor wir in den Ausschuss gehen, möchte ich Ihnen aber zwei Fragen mit auf den Weg geben, die Sie nicht beantwortet haben.

Die erste Frage lautet: Wie verhält sich Ihr Gerede vom freien Markt zu den 5 Milliarden € Subventionszahlungen, die die Landwirtschaft bekommt? Und leitet sich daraus kein Anspruch der Öffentlichkeit ab, politische Forderungen zu stellen?

Die zweite Frage lautet - diese muss man klar aussprechen, und deshalb habe ich auch so angesetzt -: Wie verhält sich das, was Sie vorgeschlagen haben,

(Minister Dr. Robert Habeck)

zu dem im Strukturwandel genannten Höfesterben in Schleswig-Holstein?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das, was Herr Kumbartzky und Herr Rickers gesagt haben, heißt doch im Klartext: weiter so wie bisher! Alle 20 Jahre die Hälfte der Betriebe weg! Das kann man so machen, und man kann sagen: Das ist die Strategie dieser Gesellschaft. Aber dann muss man das auch aussprechen.

Hören Sie auf, von der Intaktheit des ländlichen Raums zu reden und von der Bedeutung der Landwirtschaft im ländlichen Raum, wenn Ihre Politik de facto sagt: Alle 20 Jahre die Hälfte der Betriebe weg, jetzt 15.000, in 20 Jahren 7.000, 20 Jahre später 3.500. Dann hat der Bauernverband nur noch 10 % seiner heutigen Mitgliederzahl. Wenn das Ihre Politik ist, dann verstehe ich diese nicht mehr. Beim Bauernverband kann es mir ja noch recht sein, für Schleswig-Holstein jedoch kann dies falsch sein. Die Politik der Landesregierung jedenfalls verfolgt eine Strategie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nachdem die Märkte uns hier hingeführt haben, heißt diese Politik: Wir müssen das, was der Markt im Moment nicht vergütet, was die Wirtschaft aber will, als neuen Markt definieren. Das tun wir in der Förderung, das wollen wir bei den Preisen.

Das, was Sie als Einschränkung begreifen, ist in Wahrheit die einzige Chance für den ländlichen Raum, jenseits des **Höfesterbens** Wertschätzungen zu entwickeln. Das, was Sie machen, ist keine Strategie, sondern das ist eine Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Politik. In Wahrheit werden Sie mit Ihrem Kopf in der Wand stecken bleiben.

Wenn wir uns im Ausschuss wiedertreffen, dann erwarte ich von Ihnen auch Antworten auf diese Fragen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers von der CDU-Fraktion zu einem Dreiminutenbeitrag.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich will ich gern eine Antwort geben, und das mache ich jetzt zunächst spontan.

5 Milliarden € kommen jedes Jahr aus der EU für die Flächen, die in 28 Mitgliedstaaten der EU bewirtschaftet werden. Warum kommen diese Mittel auch nach Deutschland? - Die Antwort ist relativ platt und wird nur selten öffentlich geäußert. Gerade wenn die Mittel in den Beitrittsländern gezahlt werden, Herr Habeck, und wenn wir besonders im Ackerbau internationale Märkte haben, dann gibt es riesige **Wettbewerbsverzerrungen**, wenn Rumänien 300 € pro Hektar bekommt, Schleswig-Holstein nicht aber auch 300 € pro Hektar.

(Beifall CDU und FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum überhaupt verteilen?)

- Ja, das ist eine gute Frage: Warum überhaupt verteilen? Ich erkläre es gern, auch wenn es nicht jeder gern hören mag. Die Mittel werden deshalb verteilt, weil das dem Aufbau ganz wichtiger Strukturen in den Beitrittsländern dient, um diese auch in Richtung Osten politisch stabil zu halten. Wenn Herr Voß dazu eine andere Meinung vertritt, dann ist auch das in Ordnung. Wenn die Mittel aber dort gezahlt werden, dann müssen sie auch in ganz Europa gezahlt werden, weil die Wettbewerbsverzerrungen anderenfalls einfach zu groß werden würden. Das ist eine relativ einfache Antwort. Alles das, was Herr Habeck mit der zweiten Säule gern machen möchte - -

(Zuruf Minister Dr. Robert Habeck)

- Das sind die 5 Milliarden €! Natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Minister, ich verstehe - -

(Zuruf Minister Dr. Robert Habeck)

Heiner Rickers [CDU]:

Das war die Begründung für die 5 Milliarden €. Die politische Konsequenz daraus bedeutet, dass die Gesellschaft bei uns einen Anspruch hat, für dieses Geld auch eine Leistung zu bekommen. Insoweit sind wir doch gar nicht auseinander. Deswegen gibt es doch Vorgaben, deswegen gibt es doch ein Greening, und deshalb wird doch fein abgestimmt.

(Beifall CDU)

(Heiner Rickers)

Soviel zu den 5 Milliarden €, zum Höfesterben und zum Strukturwandel.

Herr Habeck ist im Kreis Steinburg beim Kreisbauernntag gewesen. Dort hat es auch fachliche Vorträge von Wissenschaftlern zum **Höfesterben** gegeben. Das ist für uns ebenso ein Problem wie für Sie. Auch wir sind nicht begeistert, wenn es immer weniger Höfe gibt, finden aber nur schwer Antworten darauf.

Aber - jetzt kommt wieder der technische Fortschritt, Herr Voß, darauf haben auch Sie keine Antwort - es stellt sich auch hier die Frage, wie wir das letztlich aufhalten können. Mit Kleinklein - das habe ich eben in meiner Rede darzustellen versucht - ist es eben schwierig.

Wenn es Ihnen gelingt, über regionale Strukturen eine bessere Wertschöpfung zu schaffen, und wenn Sie vernünftige Vorschläge haben - solche habe ich heute aber relativ wenige gehört -, dann sind wir doch gar nicht auseinander. Wir sind doch auch dafür, dass es mehr Höfe gibt. Wir müssen den Leuten vor Ort aber eine Perspektive geben und nicht dazu anregen, dass Landeigentümer über Prämien ihr Land nur deshalb nutzen, weil sie dafür eine Menge Geld bekommen. Damit werden Sie niemanden im ländlichen Raum locken können, und dann werden noch mehr Höfe sterben, als dies die CDU-Politik vielleicht propagiert. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haut dem Fass den Boden aus, wenn Sie die **erste Säule** damit begründen wollen, dass damit **Entwicklungspolitik** in den **neuen Beitrittsländern** gemacht werden soll. Die armen neuen Beitrittsländer wie Lettland und Estland haben bisher gerade einmal 70 €/ha bekommen, während andere 500 €/ha bekommen haben. Wir haben hier bei uns in Deutschland riesige Differenzen, irgendwo bei 350 €.

(Zuruf Heiner Rickers [CDU])

Daran wird mehr als deutlich, dass irgendwo an diesem System etwas reformiert werden muss. Dieser Punkt ist reformiert worden, begleitet von riesigem Getöse des Bauernverbands dagegen. Das gilt

im Grunde auch für alle weiteren Punkte. Das sind ja 5 Milliarden € in Deutschland. Europaweit sind es 60 Milliarden €, in der ersten und zweiten Säule zusammen, 40 Milliarden € an Direktzahlungen. Gerade von der CDU, vom Bauernverband und von genau diesen Kreisen ist es seit Jahrzehnten bekämpft worden, dass diese Zahlungen wirksamer verteilt werden, dass sie sich auch an Arbeitskräften und an ländlicher Entwicklung orientieren, dass in diesem Bereich etwas passiert, dass sie an einem stärkeren **Greening** orientiert sind, damit sie gesellschaftlich akzeptabler sind. Das ist intensiv bekämpft worden.

Diese Zahlungen führen letztlich doch dazu, dass die Bodenpreise hoch bleiben, dass im Wettbewerb ein begrenzter Kreis an Landwirten und Grundeigentümern begünstigt wird. Das sind so einfache ökonomische Betrachtungen. Von daher finde ich es einfach gaga, wie es hier dargestellt wird, insbesondere wenn ich bedenke, wie intensiv aus Ihren Kreisen heraus ein effizientes Greening bekämpft worden ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege - -

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn ich dann höre: In Wilster konnte man einen wissenschaftlichen Vortrag hören!

(Heiner Rickers [CDU]: Ich habe gesagt: von einem Wissenschaftler!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Voß, ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Rickers zulassen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist der Fall. Dann hat Herr Rickers jetzt das Wort.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Voß, haben Sie zur Kenntnis genommen - deshalb sind die politischen Entscheidungen ja auch so gefallen -, dass die Prämie abgeschmolzen wurde? Haben Sie überhaupt zur Kenntnis genommen, dass sich der Weltmarkt so entwickelt hat, dass auch Sie, der Milch produziert, und die Ackerbauern, dass alle in den vergange-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

nen zehn Jahren auf diesem freien Markt gute Erlöse erzielt haben und dass wir deswegen auch langsam dazu übergehen wollen - das ist politisch Konsens -, diese Prämien abzuschmelzen und die Landwirte auch in Deutschland auf einen freien Markt vorbereiten wollen?

Quote weg, Prämie runter - das ist genau das, was Sie gesagt haben. Die CDU steht voll dahinter, im Übrigen auch die SPD. Haben Sie das zur Kenntnis genommen?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die **Prämie** ist doch im Grunde europaweit fast überhaupt nicht abgeschmolzen worden.

(Heiner Rickers [CDU]: Natürlich!)

Sie ist bei uns, in den Ländern, wo es mehr gab, abgeschmolzen worden. Sie ist zwischen den Bundesländern, sie ist europaweit wesentlich abgeschmolzen worden. In der Summe ist sie nicht abgeschmolzen worden. Es ist auch keine Antwort darauf gegeben worden, weil insbesondere Bauernverband und CDU und FDP, diese Kreise, intensiv bekämpft haben, dass wir eine Landwirtschaft bekommen, die sich stärker **am Markt ausrichtet**. Sich am Markt auszurichten, heißt auch, dass der Erzeuger irgendwie auf den Markt reagieren kann. Das zu dieser Geschichte. Von daher ist es einfach falsch, wenn Sie sagen, insgesamt sei es in der Summe abgeschmolzen worden. Das ist es überhaupt nicht. Die größten Ungerechtigkeiten zwischen den europäischen Regionen sind ein Stück weit heruntergefahren worden.

Ich darf jetzt zu dem heroisch gelobten **wissenschaftlichen Vortrag** von, wenn ich mich nicht irre, **Professor Hennings** in Wilster kommen. So etwas habe ich selten erlebt, dass bei einem Wirtschaftsverband - letztlich ist der Bauernverband das ja - irgendwo im Colosseum - das hört sich ja schon groß an - 600 oder 700 Landwirte sitzen und man ihnen sagt: Das ist ein Naturgesetz. Ihr werdet demnächst - vielleicht in zehn Jahren, vielleicht schneller - nur noch die Hälfte sein. Das gilt auch für die Immobilien im ländlichen Raum. - So ungefähr wie in der Wüste Gobi: Da wohnt auch keiner. Alle diese Gaga-Beispiele werden gebracht, und es wird noch Beifall geklatscht. All das, weil im Grunde über Jahrzehnte nichts oder viel zu wenig getan worden ist, um eine Vertiefung der Erzeugung oder Alternativen auszugucken. Das ist überhaupt keine Argumentation gegen den technischen Fortschritt. Ich finde, man muss es wirklich unter diesem Vor-

zeichen sehen, wenn Professor Hennings solche monokausalen Zusammenhänge darstellt.

Eines noch zu Herrn Kumbartzky.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte auf die Zeit achten. Das war jetzt nicht mehr die Beantwortung der Frage.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Zeit läuft schon wieder. Ich sehe es. - Eines noch zum Kollegen der FDP, zum **Landesnaturschutzgesetz**. Ich frage mich, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie jetzt als Verbotsparterie einsteigen? Wollen Sie verbieten lassen, dass Kinder Drachen steigen lassen?

(Hauke Göttsch [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Ich finde das schon etwas affig bei all diesen sinnvollen Anpassungen, die erforderlich sind, um wieder Ruhe zwischen Landwirtschaft und die anderen Anforderungen der Gesellschaft an die Fläche einzubringen und dort voranzukommen.

Eines noch zu Ihrem Märchen von **Friedrichskoog**.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es war die FDP - das ist der letzte Satz -, die diese Schritte in Friedrichskoog eingeleitet und die seit sechs Jahren hohe Unsicherheit in die Region gebracht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Jetzt hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag, ebenfalls von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Rickers, das waren teilweise ja auch etwas leisere Töne, als Sie sagten: Auch der Bauernverband sollte einmal über einen Strukturwandel nachdenken.

(Detlef Matthiessen)

(Heiner Rickers [CDU]: Natürlich!)

So habe ich es bei Ihnen eben gehört. Normalerweise sagen Sie ja irgendetwas gegen die Grünen, um sich in Ihrer Mitgliedschaft einer strategischen Debatte zu entziehen.

(Heiner Rickers [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

- Das ist die Wahrheit.

Nun hat es mich aber doch noch einmal hierher gerissen, weil Sie gesagt haben, in den **Beitrittsländern** bestehe ein besonderer Förderbedarf und darum fließe Geld dorthin, **Subventionen der EU**. Wieso ist es dann aber logisch, dieselbe Fördersumme in einem Land auszuschütten, in dem dieser besondere Förderbedarf nicht besteht?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke für diese Frage!)

Dem konnte ich nicht folgen. Da sagen Sie plötzlich: Ich will in einem Gebiet etwas fördern. - Okay, das kann man ja nachvollziehen. Aber wieso sagen Sie dann: Dann ist das eine Wettbewerbsverzerrung durch diese Besserstellung, die mit den Subventionen gewollt ist. Die müssen wir hier ausgleichen. - Ich finde das logisch ziemlich daneben. Der Kollege Voß sagte „gaga“. Ich kann mich dieser Bewertung nur anschließen. - Danke schön.

(Wortmeldung Heiner Rickers [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage? - Sie gestatten keine Frage.

(Hauke Götsch [CDU]: Das versteht er so wieso nicht.)

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Es wurde beantragt, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in der Drucksache 18/2478 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dies so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Hospize und palliativmedizinische Versorgung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2481

Ich erteile das Wort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit. Bitte schön!

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Menschen mit schweren Erkrankungen, bei denen eine Heilung nicht mehr möglich ist, bedürfen einer Versorgung, bei der nicht Heilung oder Lebensverlängerung im Vordergrund stehen, sondern bei der der bestmögliche Erhalt von Lebensqualität, Nähe, Zuwendung und auch die Linderung von Schmerzen und anderen Symptomen die wichtigen Punkte sind. Im Mittelpunkt steht der kranke Mensch, seine Angehörigen und die ihm Nahestehenden.

Das **Ehrenamt**, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die tragende Säule der **Hospizarbeit**, vor allem im ambulanten Bereich. Das ist bei Hospizinitiativen in ganz Deutschland so und auch bei uns in Schleswig-Holstein. Allen dort Engagierten gilt daher unser gemeinsamer Dank.

Da heute Vertreterinnen und Vertreter der Hospize anwesend sind und die Diskussion verfolgen, ist, denke ich, ein Applaus aus diesem Hause als Anerkennung für die täglich geleistete Arbeit angemessen. - Schön, dass Sie da sind!

(Beifall)

Um der Versorgung der schwerstkranken und sterbenden Patientinnen und Patienten umfassend Rechnung zu tragen, müssen **Teams** da sein, die **multiprofessionell und sektorenübergreifend** arbeiten. Regionale Netzwerke müssen auf- und ausgebaut werden. Nur so kann Versorgungskontinuität sichergestellt werden. Darüber hinaus ist gute Kommunikation zwischen allen Beteiligten Grundvoraussetzung dafür, dass eine gute Begleitung der betroffenen Menschen und auch ihrer Angehörigen gelingen kann.

Die Landesregierung unterstützt daher seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Hospiz- und Palliativverband Schleswig-Holstein e.V. den Auf- und Ausbau der hospizlichen und palliativmedizinischen Versorgung bei uns im Land. Dies werden wir auch weiterhin tun. Und zwar mit der - so denke und hoffe ich - Unterstützung aller hier in diesem Hause.

(Ministerin Kristin Alheit)

Der vorliegende Bericht zeigt die rasante **Entwicklung** in diesem Bereich in den vergangenen Jahren deutlich auf. In 25 Jahren ist es gelungen, ein differenziertes Netz an Einrichtungen der Hospiz- und der Palliativversorgung in Schleswig-Holstein auf- und auszubauen. Viele Angebote von Trauerbegleitung ergänzen landesweit die Angebote der verschiedenen Hospizinitiativen und der Palliativversorgung. Ihre Bedeutung wird in Zukunft, denke ich, noch weiter steigen.

Das Land hilft kräftig und unterstützt diese wichtige Arbeit. Ziele der **Förderung** auf Grundlage des **Landespflegegesetzes** sind die Verbreitung des Hospizgedankens in der Öffentlichkeit, die Erhaltung und der Ausbau eines flächendeckenden Angebots an ambulanten Hospizdiensten, die Unterstützung und Förderung der Bereitschaft zur Betreuung von schwerstkranken und sterbenden Menschen durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und natürlich auch deren Qualifikation.

Im Jahr 2012 wurde die Förderung der Hospizarbeit neu geordnet. Dabei konnte der Betrag der Förderung von 40.000 € auf 45.000 € jährlich erhöht werden. Mit dieser Förderung werden die ehrenamtlich organisierten ambulanten **Hospizinitiativen** in der Anfangsphase so unterstützt und ausgebaut, dass sie auch in struktureller Hinsicht die Voraussetzungen für eine Förderung durch die Krankenkassen, die entweder nach den Grundlagen des SGB V oder nach der Krankenhausvergütung erfolgt, erfüllen.

Anders sieht die Finanzierung der **stationären Hospize** aus. Hier werden Tagessätze zugrunde gelegt, die sich an den Sätzen der Altenpflegeeinrichtungen, also der Vergütungssätze nach Pflegestufen orientieren. Diese werden zwischen den Hospizen und den Kassen individuell ausgehandelt. Grundsätzlich wird der Aufenthalt in einem stationären Hospiz von den Krankenkassen, den Pflegekassen und dem Hospizträger finanziert; denn die Träger haben einen Anteil von 10 % des Tagessatzes - bei Kinderhospizen sind es 5 % - selbst aufzubringen. Sie sind deswegen immer auf Spenden und auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen. In diesem Bereich gibt es absichtlich keine volle öffentliche Finanzierung. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Hospizgründungen aus rein wirtschaftlichen Interessen zu verhindern sind.

Derzeit - das ist ganz wichtig - werden Neuverhandlungen mit den zuständigen Kassenvertretern durchgeführt. In diesem Zusammenhang haben sich erstmals alle **stationären Hospize** in einer **Arbeitsgemeinschaft** zusammengeschlossen und eine genaue Kostenaufstellung aller Hospize erarbeitet, um

auf dieser Grundlage die Verhandlungen gemeinsam zu führen. Ich habe mich vor Kurzem in einem Gespräch mit Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaft über die Positionierung bei den **Verhandlungen** informieren lassen. Unter anderem wird gefordert, die **Vergütungssätze** pflegestufenunabhängig zu gestalten, wie dies übrigens in allen anderen Bundesländern üblich ist. Dies wird damit begründet, dass viele Gäste, die in einem Hospiz aufgenommen werden, nur eine sehr niedrige oder gar keine Pflegestufe haben und aufgrund der kurzen Verweildauer, die im Schnitt bei 14 Tagen liegt, es gar nicht mehr möglich und auch nicht angemessen ist, eine Pflegestufenanpassung durchzuführen. Bei der Verweildauer gibt es eine riesige Bandbreite: zwischen zwei Stunden und 130 Tagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Bericht finden Sie eine Vielzahl interessanter Informationen über die hospiz- und palliativmedizinische Versorgung in unserem Land. Hinweisen möchte ich, obwohl ich die Redezeit schon leicht überschritten habe, noch einmal ganz explizit auf ein Projekt, nämlich auf die **hospizliche Begleitung von Kindern sterbenskranker Eltern**. Das ist ein Projekt zur Implementierung eines flächendeckenden Angebotes der psychosozialen Begleitung von Kindern lebensbedrohlich erkrankter Eltern. Ehrlich gesagt war dieses Projekt längst überfällig.

Die Landesregierung nimmt den Bericht zum Anlass, sich insbesondere noch einmal bei den Menschen zu bedanken, die sich ehrenamtlich auf vielfältige Weise engagieren, um Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt sowie deren Angehörige und Nahestehende zu begleiten und zu unterstützen: Schleswig-Holstein dankt Ihnen für Ihr Engagement und Ihr Interesse an dieser wichtigen Aufgabe. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Frau Kollegin Katja Rathje-Hoffmann. Die Redezeit ist dadurch, dass die Ministerin ihre Redezeit leicht überzogen hat, verlängert worden. Wir stellen jetzt eine Redezeit von 6 Minuten ein.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Beteiligte! Liebe ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus den Hospizen in Schleswig-Hol-

(Katja Rathje-Hoffmann)

stein! Frau Ministerin, wir danken Ihnen für den Bericht. Dank dieses Berichtes haben wir einen aktuellen und guten Überblick sowie eine gute Zusammenstellung der Angebote im ambulanten und stationären Hospizdienst und auch im Bereich der Versorgung von todkranken Menschen mit Palliativmedizin in Schleswig-Holstein.

Als Gemeinschaft ist man leicht geneigt, sich über alles Mögliche Gedanken zu machen, über viele Themen zu beraten, zu diskutieren und zu streiten. Die Gesellschaft ist oft aber auch geneigt, ein Thema möglichst auszuklammern, auszusparen und zu umgehen. Dieses Thema ist das Sterben und die schwere Zeit kurz davor. Wir erhalten mit diesem **Bericht** einen wirklich umfangreichen **Überblick** über die Versorgung im **Hospiz- und Palliativwesen in Schleswig-Holstein**. Von rund 31.000 Menschen, die im Jahr im Land versterben, ereilt dieses Schicksal 13.400 Menschen, also 42 %, während eines vollstationären Krankenhausaufenthalts.

Im Jahr 2013 wurden in stationären Hospizen 826 Gäste und von ambulanten Hospizdiensten an die 1.800 Menschen bis zu ihrem Tod betreut. Aktuell gibt es bei uns in Schleswig-Holstein **50 Initiativen**, die in der **ambulanten Hospizarbeit** flächendeckend in allen Kreisen und kreisfreien Städten tätig sind. Zudem gibt es sechs ambulante Kinder- und Jugendhospizdienste, die sterbende Kinder und Jugendliche betreuen. Im gesamten Hospizwesen und in der Palliativmedizin wird die einfühlsame Trauerbegleitung, die ehrenamtlich angeboten wird, immer wichtiger. Im **stationären Bereich** gibt es bei uns **sechs Einrichtungen** mit insgesamt 66 Plätzen. Laut einer Umfrage in diesen Hospizen ist damit der derzeitige Bedarf insgesamt gedeckt. Die Auslastungsquote dieser sechs Häuser beträgt 89 %. Das waren 826 Sterbebegleitungen im Jahr 2013.

Die **palliativmedizinische Versorgung**, die in der Pilotphase ab 2007 bis 2010 vom Land gesondert gefördert wurde, ist aktuell etabliert und bietet ein flächendeckendes Angebot zur spezialisierten Palliativversorgung inklusive der pädiatrischen Versorgung an acht Standorten im Land.

Die **Finanzierung** der verschiedenen Angebote im Bereich der Palliativversorgung erfolgt ebenso wie in der ambulanten Hospizbetreuung auf der Grundlage des SGB V. Stationäre Hospize müssen einen 10-prozentigen Eigenanteil aufbringen - bei Kinderhospizen sind es 5 % -, der verhindern soll, dass kommerzielle und wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen könnten. Diese Vorgabe ist

nach Auffassung der Fachverbände durch Spenden und ehrenamtliche Arbeit durchaus umsetzbar.

Die durchschnittliche Verweildauer im Hospiz liegt - das wurde schon erwähnt, Frau Ministerin - bei 17 Tagen. Die Spanne beträgt zwischen zwei Stunden - man möge sich diese Dramatik einmal vorstellen - und 130 Tagen.

Hauptmotor für die Hospizbewegung in Deutschland ist das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement. Männer und Frauen engagieren sich, bilden sich in ihrer Freizeit fort, um Kranke und Sterbende zu unterstützen und zu begleiten.

(Beifall)

Hier bei uns sind es im ambulanten Bereich 1.200 Menschen, die rund 1.800 Sterbende im Jahr 2013 begleitet haben; das habe ich vorhin schon erzählt. Potenzial zur Verbesserung der **Zusammenarbeit** von **Ehren- und Hauptamt** im stationären Bereich in der Altenpflege bei der Begleitung von sterbenden Bewohnern ist vorhanden. Bei vielen Fachkräften gibt es noch Unsicherheiten im Umgang mit externen ehrenamtlichen Hospizinitiativen. Erfreulich ist, dass palliative Maßnahmen Einzug in den Ausbildungsgang von Kranken- und Altenpflege genommen haben.

Wir alle sind uns bewusst, dass Schwerstkranke und ihre Angehörigen in dieser letzten Lebensphase fachkundige Unterstützung brauchen. Diese erhalten sie zurzeit noch gut in Schleswig-Holstein. Eine Fortschreibung des seinerzeit durch Ministerin Trauernicht in Auftrag gegebenen Rahmenkonzeptes im Hospizwesen mit der Ergänzung um die Palliativmedizin wäre wünschenswert und sehr sinnvoll. In der weiteren Diskussion im Sozialausschuss sollte auch das von Bundesgesundheitsminister Gröhe vorgestellte Eckpunktepapier zur Verbesserung des Hospiz- und Palliativwesens in Deutschland berücksichtigt werden. - Vielen Dank. - Vielen Dank auch Ihnen, den Helfern.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort der Frau Kollegin Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern mit einem Zitat beginnen:

(Birte Pauls)

„Ich möchte, dass einer mit mir geht,
der auch im Schweren zu mir steht,
der in den dunklen Stunden
mir verbunden. Ich möchte, dass einer mit
mir geht.“

Dieser Liedtext von Hanns Köbler ist nicht nur das Motto des Schleswiger Hospizdienstes. Er bringt wohl genau das zum Ausdruck, was viele Menschen sich wünschen, wenn sich ihr Leben dem Ende zuneigt: nicht alleine sein, sich geborgen und sicher fühlen, respektvoll angenommen in Stärke und Schwäche, in Angst und Zuversicht und unter Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche, Persönlichkeit, Herkunft und Weltanschauung und ohne Schmerzen.

Die moderne Hospizbewegung hat sich genau das zur Aufgabe gemacht. Das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist wesentliches Merkmal der Hospizarbeit. Sie arbeiten sektorübergreifend und in multiprofessionellen Teams aus Pflege und Medizin eng zusammen.

Dieses außerordentliche, fachlich hohe und gleichzeitig zutiefst menschliche **Engagement von Ehren- und Hauptamt** verdient unser aller Respekt. Ich möchte mich im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich bei all denen bedanken, die auf vielfältige und wunderbare Art und Weise sterbende Menschen und ihre Angehörigen begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Das Sterben gehört selbstverständlich zum Leben, und doch sind dies meist die schwersten Stunden, Tage, sogar Wochen für den Sterbenden selbst, aber auch für Angehörige. Zu einem Zeitpunkt, zu dem nicht mehr die Heilung und Lebensverlängerung im Vordergrund steht, bedarf es Rahmenbedingungen, die auf die Wünsche und Bedürfnisse des Sterbenden eingehen und diese ermöglichen können, nämlich die gewünschte Nähe von Angehörigen, Freunden und anderer zugewandter Begleiter, einen respekt- und würdevollen Umgang und eine professionelle pflegerische und medizinische Betreuung, die Schmerzen und Symptome zu lindern weiß.

Diese Rahmenbedingungen findet man in Schleswig-Holstein in einer besonderen Art und Weise in den sechs stationären Hospizen, auf den Palliativstationen in den Krankenhäusern, in der persönlichen Häuslichkeit - ermöglicht durch 50 ambulante Hospizinitiativen -, durch die spezialisierte ambulante Palliativversorgung und spezialisierte ambu-

lante pädiatrische Palliativversorgung, die in 14 Palliative-Care-Teams organisiert sind. Auch in der stationären Altenpflege, aber auch in den Akutkrankenhäusern wächst das Zusammenwirken der ehrenamtlichen Kompetenz und der Kompetenz der SAPV-Teams so ganz allmählich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die notwendige Begleitung hört mit dem Tod aber nicht auf. Während Angehörige in der oftmals langsam gewachsenen letzten Phase, zum Beispiel bei Krebserkrankungen oder anderen chronischen Erkrankungen, bis zum Tod und bis zur Beerdigung noch irgendwie „funktionieren“ und sich selber dabei zurücknehmen, fallen sie nach dem Tod oft in eine große Leere. Ein plötzlicher und unerwarteter Tod stellt die Angehörigen vor ganz andere psychische Herausforderungen.

Für diese Situationen bieten zunehmend die Hospizdienste, aber auch schon seit Längerem andere Initiativen eine **Trauerbegleitung** an. Auch Familien, die ein Kind verloren haben - man mag sich das gar nicht vorstellen, aber auch das passiert schimmerweise -, bekommen zum Beispiel beim Verein „Verwaiste Eltern“ die dringend notwendige professionelle Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Wichtig ist dabei auch die Wohnortnähe. Die Situation ist für Angehörige schwer genug. Dabei ist eine große räumliche Distanz nicht nur aus organisatorischen Gründen oft sehr belastend. Das gilt besonders für den ländlichen Raum sowie für oft immobile ältere Menschen.

Ich freue mich daher sehr, dass sich die Große Koalition auf einen Ausbau der Hospizangebote, eine bessere finanzielle Förderung der Hospiz- und Palliativangebote auch der Pflegeeinrichtungen und sowie eine verbesserte individuelle Beratung und Hilfestellung verständigt hat.

(Beifall SPD und SSW)

Die Frage der **Finanzierung** stellt sich immer wieder. Die Vergütungssätze sind zurzeit noch pflegestufenabhängig. Wenn man aber bedenkt, dass die durchschnittliche Verweildauer in einem Hospiz bei circa 17 Tagen liegt - bei einer Schwankungsbreite von 2 Stunden bis 130 Tagen - dann ist eine Eingruppierung in entsprechende Pflegestufen zeitlich oft gar nicht mehr möglich oder menschlich einfach nicht mehr zumutbar.

Es gibt viele weitere Aspekte, die wir künftig stärker beachten wollen und die wir gern gemeinsam mit Ihnen im Ausschuss beraten wollen: Wie können wir zum Beispiel sicherstellen, dass zukünftig

(Birte Pauls)

genügend Fachpersonen für die Palliativversorgung zur Verfügung stehen? Wie gehen wir mit den Menschen um, die aufgrund von Demenz oder Behinderungen ihre Wünsche gar nicht formulieren können? Haben wir in unseren jetzigen stationären oder ambulant betreuten Wohnungen für Menschen mit Behinderung auch die entsprechenden Möglichkeiten? Das sind nur einige Punkte, die diskutiert werden sollten.

Ich möchte mich herzlich beim Ministerium, bei der Ministerin sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen guten Bericht bedanken, der uns einen wunderbaren Überblick bietet. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir möglichst allen Menschen - egal welcher Herkunft sie sind und egal wie alt sie sind - ein **würdiges Abschiednehmen** und eine würdige letzte Lebensphase gemeinsam mit ihren Angehörigen oder in Begleitung ermöglichen wollen. Denn am Ende steht der Mensch. Wie wir mit den Schwächsten umgehen, ist immer auch ein Zeichen für die Stärke unserer Gesellschaft. Deswegen freue ich mich auf eine weitere Diskussion im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Kollegin Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tod ist gewiss, doch ungewiss die Stunde. So drückte es Matthias Claudius aus.

Der Tod gehört zum Leben. Er ist der Endpunkt des Lebens beziehungsweise der Übergang in eine andere Welt - je nachdem, an was wir glauben.

Niemand denkt gern an den Tod, schon gar nicht ans Sterben. Wir weichen gern aus und verdrängen. Es gibt aber Situationen im Leben, da ist es nicht möglich, auszuweichen und zu verdrängen, nämlich dann, wenn man selbst - oder ein Mensch im engsten Umfeld - unheilbar krank und pflegebedürftig ist und sterben wird.

In dieser Situation sind wir erschüttert und hilflos. Aber so muss es nicht bleiben. Jeder und jede braucht in dieser Situation Hilfe, zu allererst die kranken Menschen selbst, aber auch ihre Freunde und ihre Angehörigen. Genau in dieser Lebenssituation unterstützen uns die Angebote der Hospizversorgung und der Palliativmedizin.

Es ist wichtig, dass diese Hilfen überall in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen und dass sie je nach Situation und Bedarf stationär und ambulant geleistet werden können.

Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft. Weniger Kinder werden geboren. Menschen leben länger. Am Ende der individuellen Lebensspanne stellt sich in vielen Fällen Krankheit ein. Den wenigsten Menschen ist es vergönnt, einfach einzuschlafen und nicht wieder aufzuwachen. Auch wenn sich das die allermeisten wünschen: Wir sollten an dieser Stelle nicht ausweichen. Wir müssen uns mit der Realität auseinandersetzen.

Schleswig-Holstein hat sich früh auf den Weg gemacht. Das wird im vorliegenden Bericht deutlich, für den ich mich sehr herzlich bei Ministerin Alheit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung bedanke.

Schon 1989 wurde bei uns die erste Hospizinitiative gegründet. Das bestehende Angebot kann sich sehen lassen. 50 Hospizinitiativen, sechs stationäre Hospize mit insgesamt 66 Plätzen, 6 Palliativstationen an Krankenhäusern mit 57 Planbetten. In vielen Krankenhausabteilungen wird darüber hinaus in der Inneren und in der Geriatrie eine palliativmedizinische Versorgung geleistet.

Die **Situation in unserem Land** ist nicht schlecht, aber sie kann und sie sollte noch besser werden. Wir sollten prüfen, ob die bereits vorhandenen Angebote wirklich ausreichen. Dies gilt zum Beispiel für die größeren Städte. Hier leben und arbeiten viele Menschen. Ein Angehörigenbesuch vor oder nach der Arbeit bietet sich an. Wir müssen uns fragen, ob die Angebote auch in der Fläche und in den nächsten fünf bis zehn Jahren noch ausreichen werden.

Der Anteil älterer und sehr alter Menschen wird weiter deutlich zunehmen. Das müssen wir in der Pflege berücksichtigen und auch bei der **Hospizversorgung**. Bei der Sterbebegleitung ist es wichtig, **kurze Wege** zu haben. Es wirkt sich extrem belastend auf alle Beteiligten aus, wenn der Weg ins Hospiz lang ist und nur mit dem Auto oder per Bahn bewältigt werden kann. Ein solcher Aufwand kann nicht von jedem täglich geleistet werden. Aber gerade eine intensive familiäre Begleitung wäre wünschenswert.

Sterben gehört zum Leben. Die Aufgabe ist es, den unheilbar Kranken und den Sterbenden zu helfen, Schmerzen zu verhindern oder zumindest zu lindern, Angehörige zu stärken und zu unterstützen. Die Aufgabe ist es, den letzten Tagen mehr Leben

(Ines Strehlau)

zu geben und Würde und Selbstbestimmung bis zum Ende zu gewährleisten. Das ist ein hoher Anspruch. Es gibt aber keinen anderen Weg. All das leisten die Menschen, die in der Hospizarbeit und in der Palliativversorgung tätig sind.

In Schleswig-Holstein gibt es allein im ambulanten Bereich 1.200 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin zutiefst beeindruckt, was diese Menschen tagtäglich für andere tun, hauptberuflich und auch ehrenamtlich. Sie haben meine Hochachtung. - Vielen Dank Ihnen allen.

(Beifall)

Im Bericht wird dargestellt, dass die **Zusammenarbeit** zwischen **Hauptamt und Ehrenamt** im Hospizbereich reibungslos läuft, dass diese Kooperation sogar zur Grundidee der Hospizbewegung gehört. Es wird aber auch deutlich, dass diese gemeinsame Arbeit in vielen stationären Einrichtungen der Altenpflege noch Neuland ist. Dort sind Pflegeeinrichtungen sowie Hospiz- und Palliativverband dabei, hospizliches Arbeiten in den stationären Pflegeeinrichtungen stärker zu verankern. Das erscheint uns richtig und wichtig, denn die Arbeitsbelastung in Pflegeheimen ist hoch, sodass ehrenamtliche Mitarbeiterinnen eine gute Ergänzung sein können, um den Bewohnerinnen und Bewohnern eine intensivere Begleitung zuteilwerden zu lassen.

Der Bericht macht klar: Schleswig-Holstein ist bei der Hospiz- und Palliativversorgung insgesamt auf einem guten Weg. Wir werden die Akteure aktiv weiter begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der FDP hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Ehrenamtler! Lassen Sie mich im Namen der FDP unseren Dank an all die **ehrenamtlich Tätigen** im Land Schleswig-Holstein aussprechen, die sich in der **Hospizbewegung** engagieren und dies mit großer Herzenswärme, Anteilnahme tun sowie bei gleichzeitiger Professionalität schwerstkranke Menschen und ihre Angehörigen auf dem letzten Weg begleiten. Sie sind an dieser Stelle für alle dort eine unersetzbare und wichtige Hilfe.

(Beifall)

Ganz besonders möchte ich aber die ganz wertvolle Arbeit der ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienste hervorheben.

Die Kollegin Strehlau hat es eben schon angesprochen: Wir müssen uns auch mit der **Zukunft** beschäftigen. Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Wir brauchen dafür Lösungen. Denn es ist gesellschaftlich gewollt und für viele wirtschaftlich notwendig, dass mehr Menschen einer Berufstätigkeit nachgehen - nicht nur in Teilzeit, sondern immer mehr in Vollzeit. Dadurch haben sich auch Familienstrukturen verändert. Es ist heute durchaus üblich, dass Angehörige viele Kilometer voneinander entfernt leben. Die Wohnungssituationen sind in der Regel knapp bemessen.

Somit ist es für Menschen, die durch eine schwere Krankheit auf dauerhaften Pflegeaufwand angewiesen sind, nur noch selten möglich, die letzten Tage zu Hause im familiären Umkreis zu verbringen. Daher ist die Frage nach den Gästezimmern in Hospizen durchaus berechtigt. Auch hierfür sind Lösungen zu finden, denn es geht tatsächlich immer auch um die Finanzierung. Die stationäre Krankenhausunterbringung wird von den Betroffenen als unpersönlich und unangemessen bewertet, obwohl auch wir feststellen können, dass sich sehr viel verändert hat und dass palliativmedizinische Abteilungen ein weiterer Schritt sind.

Schleswig-Holstein hat sich seit dem Jahr 2006 parteiübergreifend zum Ziel gesetzt, eine **Vorreiterrolle** in der **Palliativmedizin und Hospizversorgung** zu übernehmen. Vergleicht man die Zahlen aus 2006 mit den heutigen, so ist durchaus festzustellen, dass sich einiges getan hat. Ein Anstieg von 38 ambulant tätigen Hospizgruppen in 2006 auf heute 50 ist ein kleiner Erfolg, auf dem man sich nicht ausruhen darf.

Bedauerlicherweise konnte in dem Zeitraum von 2006 bis heute nur ein weiteres **stationäres Hospiz** eingerichtet werden, wobei sich merkwürdigerweise die Bettenzahl nur um ein Bett erhöhte. An dieser Stelle sollten wir von der Landespolitik nach den Gründen fragen. Aus Stormarn kann ich dazu berichten, dass es seit vielen Jahren eine Hospizgruppe gibt. Dort gibt es auch den Wunsch, ein stationäres Hospiz einzurichten. Es gab auch immer wieder Denkmodelle zu Lösungsansätzen. Trotzdem sind wir nicht vorangekommen, weil wir an landesplanerischen Vorgaben gescheitert sind.

Denn ein Grundstück, das uns zweckgebunden für die Errichtung eines Hospizes geschenkt wurde,

(Anita Klahn)

grenzt an ein weiteres Grundstück, das unter landesplanerischem Vorbehalt steht, weil es Naturschutzbelange erfüllt. In den Gesprächen war es nicht möglich zu erreichen, dieses Grundstück mit nutzen zu können, weil es für die Größe des Hospizes dringend notwendig wäre.

An der Stelle ist mein Appell an uns alle - ich beziehe mich mit ein -, dass wir unsere Verordnungen und Gesetzesgrundlagen genauer angucken, um an dieser Stelle **flexiblere Lösungen** zu finden. Solche Initiativen sollten nicht vor großen Hürden stehen, denn es sind Ehrenamtler, die das tun.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Daher freue ich mich, dass die Kollegin Rathje-Hoffmann das Thema wieder auf die Agenda gesetzt hat. Ich würde mich auch freuen, wenn wir im Sozialausschuss weiter darüber berieten. Denn nach wie vor haben wir in Kreisen wie Lauenburg, Ostholstein und insbesondere an der Westküste nur eine ganz dünne Versorgung und vorwiegend ambulante Angebote. Mir ist durchaus bekannt, dass es auch dort durchaus den Wunsch nach stationären Einrichtungen gibt. Heute wurde schon mehrfach gesagt: Das hat auch etwas mit den Anfahrtswegen zu tun. Es kann doch nicht sein, dass man in die Situation gerät, sich im Voraus durch frühzeitiges Anfragen einen Platz sichern zu müssen. Das halte ich für unmenschlich.

Das Thema „Hospiz und Palliativmedizin“ wird uns in Zukunft noch häufiger begleiten. Ich freue mich, dass wir an dieser Stelle das parteipolitische Gezänk außen vor lassen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihren Bericht. Vielen Dank auch der Kollegin Rathje-Hoffmann für die exakte Situationsbeschreibung. Vielen Dank, Birte Pauls, für die richtigen Fragen, die gestellt worden sind.

Beide Vorrednerinnen haben darauf aufmerksam gemacht, was wir dem Personal und den Ehrenamtlichen schuldig sind, nämlich einen heftigen Dank. Ich komme darauf gleich zurück.

Daher könnte ich mir eigentlich meine Rede sparen, weil wir uns bei der Einschätzung der **Lage** völlig einig sind. Schleswig-Holstein ist an dieser Stelle bundesweit führend und hat einen tollen Standard. Aber es gibt etwas, das ich anmerken möchte. Dabei geht es um ein Denkverbot. Der Kollege Flemming Meyer und ich haben vorhin draußen darüber nachgedacht, ob es so etwas geben darf. Vor dem Hintergrund, dass in etwa zehn Jahren ein Drittel aller Menschen über 60 Jahre alt sind, werden wir ganz andere Herausforderungen zu bewältigen haben als derzeit - geriatrisch, aber auch palliativmedizinisch. Darauf möchte ich eingehen. Denn mir gefällt der Satz nicht, dass eine weitere Ausstattung mit Palliativstationen die derzeit existierenden gefährden würde. Das sehe ich nur als Momentaufnahme an. Ich kann das als **Perspektive** nicht akzeptieren.

Die Anerkennung und der Respekt vor der Arbeit der Ehrenamtlichen und davor, wie die zahlreichen Ehrenamtlichen in der Hospizbewegung das tun, müssen dabei die zentrale Planungsgrundlage sein - nichts anderes. Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, dass diese Menschen oder ihr Idealismus durch finanzielle Überlegungen ausgenutzt werden. Vor diesem Hintergrund muss man noch einmal - jetzt komme ich auf das Denkverbot zu sprechen - darüber nachdenken dürfen, ob es wirklich stringent so gehandhabt werden muss, dass **Palliativmedizin, Hospize** und damit das Sterben nicht **kommerzialisieren** dürfen.

Der **Bedarf** steigt, und er wird enorm steigen. Diejenigen, die das leisten, werden immer weniger werden. Es ist also eine Milchmädchenrechnung zu sagen: Mit dem Angebot, das wir derzeit haben, kämen wir aus. Das ist bei Weitem nicht der Fall.

Da sind wir gefragt. Wir müssen darüber nachdenken, ob es wirklich ausreicht, mit 10 % zu stützen und zu helfen, oder ob andere Beträge in die Hand genommen werden müssen, um das System zu erhalten.

Wir haben uns an anderer Stelle, der Geburtshilfe, geradezu ohnmächtig im letzten Jahr der Kommerzialisierung einfach gestellt. Das haben wir einfach hingenommen und akzeptiert. Jede andere Ethik musste sich dem Kommerziellen unterordnen. An diese Werteverchiebung haben wir uns gewöhnt. Ich bin nicht bereit dazu, mich weiter daran zu gewöhnen.

Professor Scholz hat mit seinem Mantra des optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses im Klinikbereich in seinem letzten Beitrag im „Ärzteblatt“ mit

(Wolfgang Dudda)

stolzgeschwellter Brust dargestellt, wie toll alles laufen werde, wenn der Umbau fertig sei. Was also nachweislich von der Geburt bis ins Erwachsenenleben als Grundgedanke akzeptiert wird, nämlich die Kommerzialisierung, die Ökonomisierung des Sozialen, das darf für die letzten Tage nicht so gedacht werden. Das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall PIRATEN)

Bei der Palliativversorgung darf auch der Hinweis auf das Verdienst der Vorgängerregierung nicht fehlen, die sich 2010 erstmals im Krankenhausplan dafür eingesetzt hat und diese Schwerpunkte eingeführt hat. Das war nur ein Einstieg, hat aber immerhin dazu geführt, dass wir bundesweit damit im Spitzenbereich liegen.

Der **letzte und schwerste Weg** eines Menschen heraus aus dieser Gesellschaft muss, wenn dies als Spiegelbild der Qualität unserer Gesellschaft gesehen wird, würdevoll gegangen und den Ansprüchen einer humanitären Gesellschaft gerecht werden. Damit wird aus medizinischer Qualitätssicherung eben auch eine **gesellschaftliche Qualitätssicherung**. Auch das haben Flemming und ich vorhin erörtert. Diesen Anspruch haben wir zu bedienen. Wegen des leider zu beobachtenden Wertewandels weg von Begriffen wie Herzenswärme und Spiritualität hin zu kalt organisierter Funktionalität sind die Betreuung eines leidenden Menschen in seinen letzten Tagen und schließlich auch sein Sterben besonders solidarisch von uns zu gestalten.

Damit habe ich die besonderen Verdienste all derer umrissen, für die Herzenswärme und Spiritualität etwas Selbstverständliches sind und die sich deshalb in der Hospizbewegung einbringen. Ich schließe mich dem Dank aller Vorrednerinnen und Vorredner an. Was sie leisten, kann man gar nicht hoch genug einschätzen, unser Dank kann gar nicht groß genug ausfallen.

(Vereinzelter Beifall)

Ihr Rat und ihre Expertise sind in der Zukunft so unentbehrlich wie ihr tagtäglicher Einsatz bei den leidenden, sterbenden Menschen. Das sage ich, und das sage ich ausdrücklich, obwohl ich mit den Positionen der Hospizbewegung zur ärztlichen Assistenz bei Selbsttötungen nicht einverstanden bin. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die CDU sagt es in ihrem Ursprungsantrag zu diesem Bericht klar und unmissverständlich: Zu einem menschenwürdigen Leben gehört auch ein humanes Sterben. Das ist in meinen Augen absolut richtig. Humanes Sterben bedeutet für die meisten Menschen, dass sie in ihrer letzten Lebensphase eben nicht aus ihrem vertrauten Umfeld herausgerissen, sondern dort betreut und begleitet werden, wo sie sich zu Hause fühlen. Dies geschieht zum größten Teil auch durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Ministerin sagte vorhin, ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch noch für den Bericht bedanken, dass sie die tragende Säulen des gesamten Hospiz- und Palliativbereichs seien. Ich glaube, so war das.

Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung halte ich es für ein unheimlich großes Glück, dass immer mehr Menschen dazu bereit sind, sich haupt- oder auch ehrenamtlich für Sterbende und unheilbar Kranke einzusetzen. All diesen Menschen möchte auch ich bei dieser Gelegenheit für ihren unheimlich großen Einsatz danken.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Eins ist mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Nicht zuletzt weil **Ehrenamtler** intensiv im sensiblen Bereich der Sterbe- und Trauerbegleitung eine so wichtige Rolle spielen, hält der SSW eine **professionelle Unterstützung** dieser engagierten Menschen für ungeheuer wichtig. Zwar bestätigt der Bericht meinen Eindruck, dass es hier in Schleswig-Holstein eine gute Versorgungssituation und vor allem auch ein ausreichendes Maß an Begleitung für Ehrenamtler gibt. Als Beispiel lassen sich hier die verschiedenen Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung nennen. Und doch bleibt es für uns eine unverändert wichtige Aufgabe, die wir niemals aus dem Blick verlieren dürfen, und an die ich deshalb auch an diesem Punkt erinnern möchte.

Wenn wir von Sterbe- und Trauerbegleitung reden, dann reden wir bei Weitem nicht nur über die letzten Tage oder Stunden eines sterbenden Menschen. Die Phase, in der unheilbar Kranke und ihre Ange-

(Flemming Meyer)

hörigen von ihrem Schicksal wissen und begleitet werden wollen, ist oft sehr viel länger, als die meisten unmittelbar denken. Umso wichtiger ist der Einsatz der hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um den Schwerstkranken ein schmerzfreies und würdevolles Leben zu ermöglichen. Hierdurch und durch die soziale Begleitung der Kranken und ihrer Angehörigen wird in dieser letzten Phase ganz konkret zu ihrer Lebensqualität beigetragen. Ich denke, diese Arbeit lässt sich gar nicht hoch genug bewerten.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Was mich mit Blick auf die **hospiz- und palliativ-medizinische Versorgung** in Schleswig-Holstein freut, ist die **Konstanz**, mit der alle Landesregierungen der vergangenen 20 Jahre dieses wichtige Thema vorangetrieben haben und bis heute vorantreiben. Gerade weil die finanzielle Situation des Landes schon seit Längerem angespannt ist, will ich hier also auch unseren Vorgängern ausdrücklich für ihren Einsatz danken. So konnte zum Beispiel im Zeitraum zwischen 2007 und 2010 ein flächendeckendes Netz von spezialisierten, **ambulanten Angeboten** für schwerstkranke und sterbende Menschen aufgebaut und etabliert werden. Dieses ambulante Netz leistet einen sehr wertvollen Beitrag zur insgesamt guten Versorgungssituation und ist mittlerweile nicht mehr wegzudenken.

Aus Sicht des SSW ist eins völlig klar: Was bei der Versorgung kranker Menschen gilt, gilt bei der Versorgung von Schwerst- und Sterbenskranken allemal: Ihre Wünsche und Bedürfnisse und ihre Lebensqualität müssen im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Selbst wenn eben keine Aussicht mehr auf Lebensverlängerung oder Heilung besteht, haben diese Menschen natürlich ein Recht auf Zuwendung, Betreuung und höchstmögliche Lebensqualität.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Dies sicherzustellen, ist eine Daueraufgabe, die wir selbstverständlich auch in Zukunft erfüllen wollen und erfüllen werden.

Es ist richtig, dass ich mit dem Kollegen Dudda über Verschiedenes gesprochen habe. In einem sind wir uns ganz einig: Es darf **keine Denkverbote** geben. Ob die Kommerzialisierung das Richtige ist oder nicht, dazu will ich hier nicht Stellung neh-

men, aber Denkverbote darf es eben nicht geben. Darüber sind wir uns ganz einig. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, deshalb schließe ich die Beratung.

Es ist, wenn ich es richtig verfolgt habe, der Antrag gestellt worden, im Ausschuss weiter darüber zu beraten. Deshalb frage ich Sie: Wer den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2481 zur abschließenden Beratung dem Sozialausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Vierter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst - Vierter Gleichstellungsbericht (2009 - 2013)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2498

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden werden zu Protokoll gegeben. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Nun rufe ich die Tagesordnungspunkte 24 und 26 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Situation der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2667

b) Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013; Berichtsraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2689 (neu)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Die Reden werden zu Protokoll gegeben. Ich schlage Ihnen vor, die Berichte der Landesregierung Drucksache 18/2667 sowie 18/2689 (neu) dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Vorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nähern uns dem Ende dieser Tagung.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/2718

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/2718. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder

kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich weise auf folgende Änderung hin: Zu Tagesordnungspunkt 2, Gesetz zum 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, ist die Beschlussempfehlung Drucksache 18/2703 als neu herausgegeben worden. Diese Neufassung ist damit Gegenstand der Sammeldrucksache. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 18/2718 einschließlich der eben bekanntgegebenen Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig so bestätigt.

Ich schließe die Tagung und teile Ihnen abschließend mit, dass die 31. Tagung des Landtags am Mittwoch, dem 18. März 2015, um 10 Uhr, hier beginnen wird. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:09 Uhr

Reden zu Protokoll

Vierter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst - Vierter Gleichstellungsbericht (2009 - 2013)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2498

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Seit 20 Jahren wird die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst mit dem Gleichstellungsbericht alle vier Jahre dokumentiert. Man könnte meinen, dass man nun - nach 20 Jahren - auch einmal am Ziel sei. Am Ziel sind wir noch lange nicht, aber es gibt seit Jahren eine eindeutige Tendenz. Es geht voran mit der Gleichstellung von Frauen und Männern in Schleswig-Holstein. Die Gesamtsituation hat sich auch dieses Mal, im vierten Berichtszeitraum von 2009 bis 2013, weiter verbessert.

Dazu ein paar Fakten: Bei gleichem Beschäftigungsvolumen stellen Frauen mit einem Anteil von 52,3 % die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Besonders hervorzuheben ist die erstmalige Ausgewogenheit der Geschlechter auch bei den Besoldungsgruppen A13 bis A16. Das war vor fünf Jahren noch nicht so. Wir sehen, gleichstellungspolitische Maßnahmen wirken, aber bedauerlicherweise sehr, sehr langsam.

Aber gerade in den höheren Leitungsfunktionen und vor allem in den B-Besoldungen stehen wir nahezu auf demselben Stand wie vor fünf Jahren. Hier hat sich fast nicht verändert. Nur etwa jede fünfte Stelle in dem B-Besoldungsbereich ist mit einer Frau besetzt. Eine Ursache dafür ist, dass Frauen viel häufiger in Teilzeit beschäftigt sind. Von den 17.287 Teilzeitbeschäftigten des Landes sind 86,2 % Frauen. In der Elternzeit beträgt der Frauenanteil sogar 94,3 %. Nur 41,8 % aller Vollzeitbeschäftigten sind Frauen - immer noch mit der Auswirkung, dass Teilzeitbeschäftigung meistens schlechter bewertet und beurteilt wird und mit der Erschwernis, legt man den 94-prozentigen Anteil der Frauen an der Elternzeit zu Grunde, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses zu bewältigen und in den Einklang zu bringen, ist meistens immer noch reine Frauensache.

Wir dürfen nicht aufhören, alle gemeinsam an einer besseren und passgenauen Betreuung unserer Kin-

der aller Altersgruppen zu arbeiten. Eine gute Kinderbetreuung, die bedarfsorientiert und qualifiziert ist, ist der wichtigste Garant für die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern. Nicht allein nur Frauen sollten sich um Möglichkeiten kümmern müssen, um Erwerbsarbeit und Familienarbeit optimaler miteinander zu verbinden.

Die im Bericht aufgezeigten kleinen, aber stetigen Verbesserungen basieren auch auf der Tatsache, dass die Kinderbetreuung in den letzten Jahren stetig besser geworden ist. Der massive Ausbau von Krippenplätzen und der Rechtsanspruch auf Betreuung von unter Dreijährigen seit 2013 hat elementar dazu beigetragen, genauso wie der Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagschulen. Trotzdem gibt es so etwas wie die sogenannte gläserne Decke für Frauen. Wir finden es ganz deutlich und offen im Bericht. Diese „gläserne Decke“ steht einer wirklichen Gleichstellung immer noch im Weg. Wir müssen umdenken! Führungskräfte müssen nicht automatisch in Vollzeit arbeiten, um erfolgreich zu leiten und zu führen.

Die Erziehung von Kindern und die Betreuung von Angehörigen ist immer noch hauptsächlich die Angelegenheit von Frauen. Es braucht einen Appell an die Männer, wesentliche Teile dieser Sorgearbeit für die Kinder und auch die Pflege kranker und alter Angehöriger zu übernehmen. Das muss Schule machen! Dazu brauchen wir mehr Akzeptanz und mehr praktische Vorbilder. Es ist nicht immer automatisch der Beste, der am längsten im Büro sitzt. - Herzlichen Dank.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Die Gleichstellungsarbeit gleicht einem Hindernislauf über eine Marathonstrecke. Hierbei eine Spitzenzeit hinzulegen, haben wir längst verpasst. Seit Langem gilt nur noch durchhalten, weitermachen und Ziel erreichen. Was ich hier nicht gelten lasse, ist das Mantra, der Weg sei das Ziel. Nein, meine sehr verehrten Herren und Damen, wir stellen anhand des Gleichstellungsberichtes fest, dass wir die Hosenbeine noch einmal ordentlich hochkrepeln müssen, um nun auch die letzten Hindernisse zu überwinden.

Der Gleichstellungsbericht 2014 zeigt auf, dass wir ein gutes Stück weitergekommen sind. Angesichts dieser zentralen Befunde hat die Landesregierung

(Simone Lange)

für die laufende Legislaturperiode eine nachhaltige Förderung der Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten von Frauen initiiert:

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2014 zur geschlechterparitätischen Gremienbesetzung einen Meilenstein in der Gleichstellung gelegt.

Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe hat den Auftrag, mit Blick auf die erkannten Diskriminierungsrisiken aus dem Regelbeurteilungsverfahren 2012 Vorschläge zu erarbeiten, um künftig eine chancen-/geschlechtergerechte Beurteilungspraxis zu gewährleisten.

Die Umsetzung der Methode des Gender Mainstreaming soll intensiviert werden.

Mit der Erprobung des Prinzips von Gender Budgeting, bezogen auf einzelne Ausgabetitel des Landeshaushalts, wurde 2014 begonnen. Gender Budgeting bedeutet die systematische Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsprozess bei der Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung sowie aller haushaltsbezogenen Maßnahmen auf die ökonomischen Effekte für Frauen und Männer sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse.

Der Frauenanteil im unmittelbaren Landesdienst stabilisiert sich bei 56,1 %. Erstmals wird ressortübergreifend eine Geschlechterparität auch bei den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 erreicht. In fünf von acht Geschäftsbereichen der Landesverwaltung sind über alle Laufbahngruppen mehr Frauen als Männer beschäftigt. Es gibt Überrepräsentanz im Bereich des Bildungsministeriums - Lehrerinnen -, Unterrepräsentanz im Polizeidienst und weiterhin in den Geschäftsbereichen mit starker naturwissenschaftlicher/technischer Ausrichtung beim Landwirtschaftsministerium und Wirtschaftsministerium.

Innerhalb von knapp 15 Jahren hat sich der Frauenanteil bei den Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten nahezu verdoppelt. Frauen sind heute fast hälftig vertreten. Sie haben vier der fünf absoluten Spitzenpositionen inne.

Der Bericht zeigt uns aber auch auf, welche Türen zur Erreichung der echten Gleichstellung noch immer geschlossen sind. Eine dieser Türen ist der Zugang zu Führungspositionen mit Teilzeitmöglichkeiten. Hier spreche ich vor allem Führungspositionen im Bereich der B-Besoldung an. Die Unterrepräsentanz von Frauen in der B-Besoldung - nur knapp jede fünfte Stelle der B-Besoldung ist mit ei-

ner Frau besetzt - zeigt sich deutlich, verbunden mit der Feststellung, dass das Führen in Teilzeit auf Abteilungsebene die Ausnahme darstellt. Nur zwei Abteilungsleiterinnen arbeiten Teilzeit; das ist eine Quote von 2,9 %.

Von den insgesamt 205 Referaten werden 60 Referate von Frauen und 145 Referate von Männern geleitet. Das entspricht einem Frauenanteil von knapp 29,3 % der besetzten Positionen. Im Vergleich zum Jahr 2007 ist dies ein Anstieg um 2,1 Prozentpunkte. Von den 205 Referatsleitungen arbeiten neun in Teilzeit - sechs Frauen und drei Männer), das ist eine Quote von 4,4 %.

Fast ein Drittel aller Beschäftigten im Landesdienst ist in Teilzeit tätig. So arbeitete im Jahr 2013 fast jede zweite Frau, aber nur jeder zehnte Mann in Teilzeit. 86,2 % der 17.297 Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Demgegenüber sind Frauen bei den Vollzeitbeschäftigten nur mit einem Anteil von 41,8 % repräsentiert.

Männer sind im Durchschnitt in der Regelbeurteilung 2012 immer noch besser beurteilt worden als Frauen. Teilzeitbeschäftigte sind insgesamt in der Regelbeurteilung 2012 schlechter beurteilt worden als Vollzeitbeschäftigte. Nach wie vor sind Frauen in Gremien von landeseigenen Einrichtungen und von Institutionen, in die das Land Vertreterinnen und Vertreter benennt beziehungsweise entsendet, stark unterrepräsentiert.

Die Zahlen sprechen für sich und machen deutlich: Es gibt noch viel zu tun!

Führen kann man auch in Teilzeit! Das einzige, was ich dafür brauche, sind gut organisierte Teilzeitmodelle und die Bereitschaft der Arbeitgeber, solche Modelle anzuwenden.

Gleichstellung ist und bleibt eines unserer Kernziele. Wir danken der Landesregierung für die bereits ergriffenen Maßnahmen und wir werden bei unseren Anstrengungen nicht nachlassen, bis echte Gleichstellung erreicht ist!

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Im vergangenen November haben wir das 20-jährige Jubiläum des Schleswig-Holsteinischen Gleichstellungsgesetzes gefeiert. Es war das erste bundesweit und beispielgebend! Darauf können wir mit Recht stolz sein. Gemeinsam mit der ersten Frauenministerin, Gisela Böhrk, und der amtierenden Ministerin, Kristin Alheit, haben wir auf 20 Jahre Gleichstellungsarbeit zurückgeblickt. Die Bilanz für Schleswig-Holstein

(Dr. Marret Bohn)

kann sich sehen lassen. Trotzdem liegt noch eine ganze Menge vor uns. Dasselbe Bild zeigt uns der aktuelle Bericht.

Gleichstellung braucht einen langen Atem. Gleichstellung kann nur gemeinsam funktionieren. Gleichstellung braucht mutige Männer und Frauen, die vorangehen - heute wie damals. Wir wollen Frauen in Führungsposition und Männer am Herd! Nur so werden wir Rollenklischees von beiden Seiten aufbrechen. Nur so sorgen wir dafür, dass jede und jeder so leben kann, wie er und sie es möchte - ganz egal, ob Frau oder Mann.

Wir debattieren heute über den vierten Gleichstellungsbericht. Ein Bericht in jeder Legislaturperiode, seit 1994. Nach 20 Jahren Gleichstellungsgesetz gibt es dafür eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz: Frauen können und sollen alles machen, was Männer auch tun. Trotzdem haben wir das Ziel der Gleichstellung in der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht vollständig erreicht - auch nicht im vorgelegten Bericht.

Erstmalig gibt es eine Geschlechterparität in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16. Das ist gut. Aber nur jede fünfte Stelle der B-Besoldung ist mit einer Frau besetzt. Der Frauenanteil bei den Richterinnen hat sich fast verdoppelt. Auch das ist gut. Aber nur jede dritte beziehungsweise vierte Leitungsfunktion insgesamt wird von einer Frau ausgeübt.

Frauen arbeiten sechsmal häufiger in Teilzeit als Männer. Sie werden regelmäßig schlechter beurteilt als ihre männlichen Kollegen. Nicht auszuschließen ist, dass das eine mit dem anderen zusammen hängt. Das ist nicht gut. Deshalb ist eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet worden, die genau dieses Problem in den Blick nimmt.

Meine persönliche Bilanz des vierten Gleichstellungsberichtes heißt: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Es gibt noch viel zu tun, um einer wirklichen Gleichstellung näherzukommen. Wir brauchen gemeinsam einen langen Atem.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung geht jetzt das Thema Gremienbesetzung an. Das Kabinett hat im Juli vergangenen Jahres auf Vorschlag der Frauen- und der Finanzministerin hierzu einen Beschluss gefasst. Auf der Basis konkreter Maßnahmen werden alle Ressorts verstärkt auf die Umsetzung in ihrer Personalpolitik hinwirken. Die Ergebnisse wird uns der nächste Bericht zeigen.

Gleichstellung ist nicht nur für die Regierung eine zentrale Aufgabe, sondern überall im Land. In den

Kommunen sind die Gleichstellungsbeauftragten ein zentrales Element. Anfangs skeptisch beäugt, haben sich die Gleichstellungsbeauftragten bewährt und sind inzwischen - fast - überall anerkannt. Trotzdem ist ihre Arbeit kein Selbstläufer. Wir dürfen die Gleichstellungsbeauftragten nicht alleinlassen. Das ist unsere grüne Meinung. Um die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu stärken, haben wir mit dem Haushalt 2015 Gelder für eine zentrale Geschäftsstelle bereitgestellt. In einem zweiten Schritt werden wir uns für angemessene Arbeitsstandards für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten einsetzen. Mit weniger als einer halben Stelle ist dieser Job nicht zu machen.

Die Küstenkoalition geht in Sachen Gleichstellung entschlossen voran!

Zum Schluss möchte ich ein Thema ansprechen, das mir persönlich am Herzen liegt: Gender Budgeting. Das ist ein sperriger Begriff und ruft bei den meisten Menschen Unverständnis oder Kopfschütteln hervor. Die wenigsten können auf Anhieb sagen, was genau sich dahinter verbirgt. Geschlechtergerechte Haushaltspolitik meint, dass titelscharf und haushaltsübergreifend überprüft werden sollte, in welchem Ausmaß Frauen und Männer jeweils von öffentlichen Mitteln profitieren. Ich finde, das ist angemessen und gerecht.

Wir Grüne haben dieses Thema schon vor Jahren auf die politische Agenda gesetzt und wir haben es in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Ich bin sehr gespannt, was die Auswertung der Pilottitel, auf die exemplarisch in 2014 Gender Budgeting angewendet worden ist, ergeben wird. Dass es möglich ist, Gender Budgeting grundsätzlich auf einen ganzen Haushalt anzuwenden, haben uns zum Beispiel Berlin und Österreich vorgemacht. Gehen wir den beschrittenen Weg mit Ausdauer weiter! Klar ist aber, dass wir auch hier einen langen Atem brauchen. Aber den haben wir!

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Der vorliegende vierte Gleichstellungsbericht für den öffentlichen Dienst ist einerseits relativ dürftig, da er sich ausschließlich auf die Darstellung der Zahlen begrenzt und keinerlei Maßnahmen, Konzepte oder Strategien aufzeigt, mit denen erstens Frauen insbesondere und zweitens Erziehende bei ihrer beruflichen Entwicklung und Karriere gefördert und unterstützt werden, andererseits belegt er durchaus zarte Verbesserungen im Vergleich zum dritten Gleichstellungsbericht. Im Ergebnis sind es aber immer noch mehrheitlich

(Anita Klahn)

Frauen, die in Teilzeit arbeiten und dadurch anscheinend weniger in verantwortliche Position kommen. Dabei nehme ich durchaus wahr, dass dieser Mechanismus auch für die wenigen in Teilzeit arbeitenden Männer zunehmend eintritt.

Somit besteht meines Erachtens die vorrangige Aufgabe darin, Strategien zu entwickeln, die es zukünftig Mann und Frau gleichermaßen ermöglichen, Verantwortung in Teilzeit auszuüben. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als festen Bestandteil moderner und nachhaltiger Personalpolitik gleichberechtigt auszubauen.

Im Übrigen ist es diese Landesregierung, die Tarifabschlüsse nicht zeit- und wirkungsgleich übernimmt und damit gerade Frauen in Teilzeitarbeit trifft.

Es geht aber längst nicht mehr nur um unzureichende flexible Arbeitszeitmodelle oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sondern es sind immer noch eingefahrene alte Strukturen, die es manchmal so schwer machen. An dieser Stelle hätte ich von der Ministerin für Gleichstellung eine ausführliche Analyse erwartet.

Gleichstellungsberichte anderer Bundesländer sind an dieser Stelle wesentlich umfangreicher und weisen umfangreiche Förderkonzepte auf.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Zum vierten Mal legt die Landesregierung einen Bericht zur Durchführung des Gleichstellungsgesetzes vor. Ich danke der Ministerin und Ihrem Haus für die Zusammenstellung der Daten, die für uns alles erfreulich sind. Gleichstellung im Sinne von Chancengerechtigkeit und der vorbehaltlosen Gleichbehandlung zwischen den Geschlechtern in Bezug auf die Rollen im Berufsleben ist zwar immer noch nicht erreicht, aber das Land befindet sich auf einem guten Weg. Der Dank aller hier geht in diesem Zusammenhang an die Gleichstellungsbeauftragten und die Personalvertretungen, die die Ziele der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit beharrlich und allen seit vielen Jahren aufgebauten und in Teilen versteinerten Strukturen zum Trotz, verfolgen und realisieren.

Der Bericht zeigt deutlich die großen Baustellen auf, die immer noch nicht abgearbeitet sind: Bei Frauen in Führungs- und Leitungspositionen sowie bei Gremienbesetzungen besteht immer noch erheblicher Nachholbedarf. Teilzeitkräfte - Frauen stellen hier immer noch den weitaus größten Teil - werden in aller Regel in ihrem Leistungsvermögen schlech-

ter beurteilt als Vollzeitkräfte. Vollzeitbeschäftigte Frauen werden immer noch schlechter beurteilt als ihre männlichen Gegenüber. Tradierte Rollenerwartungen beeinflussen diese schlechteren Beurteilungen für Frauen immer noch.

Der Bericht weist sehr eindringlich auf diese Defizite hin und zeigt uns so den Rahmen für verstärkte Bemühungen auf. Die Landesregierung ist hier nicht untätig. Im Gegenteil ist es sehr gut, dass Schleswig-Holstein das erste Bundesland, das ein Mentoringprogramm für kommunale Gleichstellungsbeauftragte initiiert hat. Das stärkt deren Arbeit vor Ort.

Ich gehe davon aus, dass wir als Sozialausschuss, als Landtag über die Ergebnisse der systematischen Analyse der ökonomischen Effekte im Rahmen des Gender Budgeting informiert werden. Informationen dazu fehlen im Bericht; 2014 wurde das Instrument in zwei Haushaltstiteln unter der Federführung des Finanzministeriums erprobt; sobald die Auswertung dazu vorliegt, sollten wir auch darüber noch einmal eingehend sprechen.

Bilanzierend kann ich - wie meine Vorredner - zusammenfassen: Es tut sich etwas dank des Gleichstellungsgesetzes, dank der Menschen, die dieses Instrument nutzen und das Signal, das von diesem Landtag denke ich geschlossen ausgeht, ist: Wer Frauen stärkt und ihre Leistungsfähigkeit anerkennt, stärkt unsere Gesellschaft insgesamt. Es wurde schon viel geschafft, aber es bleibt noch viel zu tun. Es ist gut, dass Männer und Frauen gemeinsam am Ziel der Gleichstellung arbeiten. - Vielen Dank.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Lassen Sie mich zu Beginn eines ganz deutlich sagen: Auch wenn diese Debatte zum Thema Gleichstellung genauso wichtig ist wie viele andere vorher, gibt es in kaum einem Bereich ein solches Missverhältnis zwischen Worten und Taten. Egal ob hier im Land, im Bund oder auf europäischer Ebene: Seit Jahren wird immer wieder über die Gleichstellung von Frauen in verschiedensten Lebensbereichen geredet. Darüber, dass man Geschlechtergerechtigkeit will, ist man sich ja zum Glück schon lange einig. Dem Bericht entnehme ich, dass es uns als Land auch gelungen ist, innerhalb unserer unmittelbaren Zuständigkeit ein gutes Stück voranzukommen.

Aber ich denke, wenn wir uns die gesamte Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der Frauen von heute ansehen, stellen wir fest, es gibt noch erhebli-

(Jette Waldinger-Thiering)

ches Potential für Verbesserungen. Auch mir ist klar, dass wir hier dicke Bretter bohren. Und doch halte ich es für dringend notwendig, dass alle Verantwortlichen noch eine Schippe drauflegen.

Wir alle kennen die immer wiederkehrende Berichterstattung über das Problem der gläsernen Decke. Wir alle wissen, dass es bis heute enorm hohe Hürden für Frauen gibt, wenn es um den Zugang zu Führungsetagen und Vorständen der Wirtschaftsunternehmen geht. Alle Jahre wieder führen wir anlässlich des Equal-Pay-Day Debatten darüber, wie ungerecht die unterschiedliche Entlohnung von Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation ist. Darüber, ob die Politik zum Beispiel eine Frauenquote verordnen sollte, lässt sich natürlich trefflich streiten. Das können wir hier gar nicht entscheiden. Aber die Tatsache, dass diese Diskussion in einem Land wie Deutschland auch im Jahr 2015 noch geführt werden muss, stimmt mich wirklich sehr nachdenklich.

Aus Sicht des SSW gibt es in Sachen Gleichstellung noch jede Menge zu tun. Das wird nicht erst mit Blick auf unsere skandinavischen Nachbarn überdeutlich. Umso mehr freut es mich, dass Schleswig-Holstein in diesen Fragen mit gutem Beispiel vorangeht. Auch wenn es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Der vorliegende vierte Gleichstellungsbericht zeigt die vielfältigen Ansätze und Maßnahmen in diesem Bereich, und er zeigt, welche Anstrengungen von dieser und von früheren Landesregierungen nötig waren, um Frauen allein im kleinen Bereich der Landesverwaltung zu ihrem Grundrecht zu verhelfen. Bei allem Ärger darüber, dass es insgesamt so langsam vorangeht, will ich diesen Einsatz ausdrücklich loben.

Auch die gewählten Schwerpunkte der Landesregierung sind aus Sicht des SSW sinnvoll gesetzt: Denn wir halten die Stärkung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten für unverändert wichtig, genau wie Verbesserungen bei der geschlechterparitätischen Besetzung von Gremien. Auch wir sehen im Bereich der geschlechtergerechten Haushaltsführung Potential, das wir dringend stärker nutzen sollten. All diese Ansätze sind wichtig. Und doch hat für mich die diskriminierungsfreie Beurteilung von Frauen in Voll- und vor allem in Teilzeit besonders viel Aufmerksamkeit verdient. Denn es kann einfach nicht angehen, dass Frauen hier durch die Bank weg schlechter beurteilt und damit strukturell benachteiligt werden. Hier müssen wir dringend besser werden.

Allen dürfte bewusst sein, dass wir nicht nur im Bereich der Landesverwaltung weit von einem diskri-

minierungsfreien und wirklich geschlechtergerechten Arbeitsumfeld entfernt sind. Vor allem in der Wirtschaft muss aus meiner Sicht endlich ein grundlegender Wandel stattfinden. Niedrigere Löhne und verbaute Karrierechancen sind und bleiben ungerecht. Mittel- bis langfristig können wir es uns auch einfach nicht mehr leisten, gut ausgebildete und motivierte Frauen durch eine verkorkste Familienpolitik und fehlende Anreize von Führungsjobs oder gleich ganz vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Hier muss Frauen endlich umfassende Teilhabe und Chancengleichheit gegeben werden. Wenn es um Familie und die Vereinbarkeit mit dem Beruf geht, dann müssen wir echte Wahlmöglichkeiten statt weiterer Fehlanreize schaffen.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass wir heute über den Bericht sprechen können - wenn es auch drei Anläufe gebraucht hat, dies zu tun. Gerne hätte ich diesen Bericht bereits im Dezember des letzten Jahres mit Ihnen erörtert - im Umfeld unserer Feierstunde zu 20 Jahre Gleichstellungsgesetz in Schleswig-Holstein, übrigens eine wirklich gelungene und sehr würdige Veranstaltung für unser nach wie vor wegweisendes Gesetz.

Danken möchte ich in diesem Zusammenhang meiner Amtsvorgängerin und ersten Gleichstellungsministerin Gisela Böhrk und Ministerpräsident Albig, die beide in ihren Beiträgen deutlich gemacht haben, dass Gleichstellung eine andauernde Aufgabe ist - und manchmal auch ein immerwährender Lernprozess. Bedanken möchte ich mich auch explizit bei Ihnen, dass Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen an der Veranstaltung teilgenommen haben. Das war ein gutes Signal.

Meine Damen und Herren, das Gleichstellungsgesetz ist auch Ausgangspunkt des vorliegenden Berichts. Auch diese mittlerweile vierte gleichstellungspolitische Bilanz beinhaltet Licht und Schatten. Der Bericht belegt zunächst Fortschritte bei der Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Landesdienst. Frauen haben heute in vielen Bereichen des Landesdienstes gleichgezogen und stellen oftmals sogar die Mehrheit.

Vier Punkte, die ich herausgreifen möchte:

Der Frauenanteil im unmittelbaren Landesdienst stabilisiert sich bei über 50 %. Frauen stellen sowohl nach der Personenzahl - 56,1 % - als auch

(Ministerin Kristin Alheit)

nach dem Beschäftigungsvolumen - 52,3% - die Mehrheit.

In fünf von acht Geschäftsbereichen der Landesverwaltung sind mehr Frauen als Männer beschäftigt.

Im aktuellen Berichtszeitraum wird erstmals eine Geschlechterparität auch bei den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 erreicht.

Innerhalb von knapp 15 Jahren hat sich der Frauenanteil bei den Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten nahezu verdoppelt und sind heute fast hälftig vertreten. Vier der fünf absoluten Spitzenpositionen sind mit Frauen besetzt.

Aber ich sprach auch von Schatten: Die dem Bericht zugrundeliegenden Daten zeigen auch die noch bestehenden Handlungs- und Entwicklungsfelder im Bereich der Landesverwaltung deutlich auf. Denn Frauen sind in hohen Führungs- und Leitungspositionen sowie in Gremien auch nach fast zwanzig Jahren immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Auch hier greife ich beispielhaft vier Punkte auf:

In den obersten Landesbehörden ist insgesamt nur knapp jede fünfte Stelle der B-Besoldung mit einer Frau besetzt. Eine klare Männerdomäne!

Nur jede vierte beziehungsweise dritte Leitungsfunktion auf Abteilungs- beziehungsweise Referatebene im Bereich der obersten Landesbehörden ist weiblich besetzt.

Seit 2008 sind fast ein Drittel aller Beschäftigten im Landesdienst in Teilzeit tätig. 86,2 % der Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Führungspositionen werden nahezu durchgängig in Vollzeit wahrgenommen.

Nach wie vor sind Frauen in Gremien, in die das Land Vertretungen entsendet, stark unterrepräsentiert. Die Frauenanteile an allen vom Land bestellten Vertretungen bei Aufsichts- und Verwaltungsratspositionen sind über die Jahre sogar gesunken.

Insbesondere der letzte Punkt bietet eine gute Überleitung zu den strategischen Handlungsfeldern zur Verbesserung der Karrieremöglichkeiten von Frauen in der Landesverwaltung. Denn, meine Damen und Herren, die Landesregierung hat vor dem Hintergrund dieser zentralen Befunde strukturelle Fördermaßnahmen für eine maßgebliche Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen auf den Weg gebracht. Diese strategischen Handlungsfelder sind vor allem: eine paritätische Beteiligung von Frauen in Gremien, um die Möglichkeit zu haben, Ent-

scheidungen direkt zu beeinflussen und Politik- und Fachinhalte steuern zu können; die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, um eine gerechte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen zu realisieren; eine chancengerechte Beurteilung von Frauen und Männern, um Frauen überhaupt erst in die Lage zu versetzen, sich in den entsprechenden Auswahlverfahren durchsetzen zu können. Gerade die Frage der Gremienbesetzung haben wir zielorientiert und engagiert angepackt:

Um die Aufstiegs- und Karriereöglichkeiten von Frauen nachhaltig zu fördern, hat die Landesregierung bereits im Juli letzten Jahres beschlossen, die Kopplung von Gremienmandaten an bestimmte Hierachiestufen in der Verwaltung aufzuheben. Damit wird ein wesentliches Hemmnis beseitigt, das in der Praxis vielfach zur Folge hatte, dass geeignete Frauen aus der zweiten Führungsebene bei Gremienbesetzungsverfahren nicht berücksichtigt werden konnten. Mit dieser Maßnahme ist auch verbunden, dass zukünftig die Ressorts bei allen erstmaligen Berufungen in Aufsichtsorgane beziehungsweise erstmalige Besetzungen von Geschäftsleitungen zunächst die Zustimmung des Gleichstellungsministeriums zu ihrem Besetzungsvorschlag einholen müssen. Es gibt also allen Grund, sich heute schon Gedanken zu machen, mit welcher Frau auf dem Ticket man morgen einen solchen Vorschlag einreichen will.

Wie ich es anfangs sagte: Gleichstellung ist eine andauernde Aufgabe und ein immer wäherender Lernprozess.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Ausblick auf künftige Handlungsfelder im kommunalen Bereich geben. Bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes ist die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten von zentraler Bedeutung. Ich erinnere mich gut an die Schilderungen des ehemaligen Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Kiel, der im Rahmen unserer Jubiläumsveranstaltung von seinen guten Erfahrungen mit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten berichtete - aber eben auch von seinem persönlichen Lernprozess.

Ja, Gleichstellungsbeauftragte sind essentiell für gute und wirkungsvolle Gleichstellungsarbeit. Jeden Tag leisten sie einen Beitrag für mehr Gleichstellung in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, teilweise unter - na, sagen wir einmal - schwierigen Bedingungen. Und: Gleichstellungsbeauftragte sind vielfach auf sich allein gestellt und agieren quasi als Einzelkämpferinnen. Eine enge Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten untereinander ist aber aus meiner Sicht unverzichtbar.

(Ministerin Kristin Alheit)

Deshalb unterstützen und begleiten wir die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten bereits seit 2012 im Rahmen eines Mentoring für neue Kolleginnen durch erfahrene kommunale Kolleginnen.

In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen aber auch ein wichtiges neues Vorhaben vorstellen, das - da außerhalb des Berichtszeitraumes - nicht im vorliegenden Bericht aufgeführt ist. Die Arbeit aller kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Land wird mit der Einrichtung einer eigenen Landesgeschäftsstelle gestärkt. Jede Gleichstellungsbeauftragte - egal, ob haupt- oder ehrenamtlich - wird davon profitieren können. Die Geschäftsstelle soll das Netzwerk der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten unterstützen. Mit ihr soll eine themenspezifische Informationsplattform für den kommunalen Bereich geschaffen werden. Ich danke den regierungstragenden Fraktionen, dafür für 2015 50.000 € bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, abschließend lassen Sie mich noch einmal kurz auf die oben bereits angesprochenen Arbeitsbedingungen unserer Gleichstellungsbeauftragten zu sprechen kommen. Sie sind und bleiben die Basis und die treibende Kraft der Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Besorgniserregend ist daher die zunehmende Tendenz, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen mit weniger - zum Teil deutlich weniger - als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zu beschäftigen. Gerade dieser Punkt zeigt: Gleichstellung ist auch heute noch kein Selbstläufer!

Aber die Zielsetzung unseres Gesetzes ist realisierbar, wenn wir alle immer wieder entschlossen für dessen Umsetzung eintreten. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung dabei.

Gemeinsame Beratung**a) Situation der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2667

**b) Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013
Berichtszeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013 (Abschlussbewertung)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2689 (neu)

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Die CDU hat um einen Bericht der Landesregierung zur Situation der Hochschulen im Lande Schleswig-Holstein gebeten. Zur Abgabe hatten wir auf Nachfrage eine Fristverlängerung gewährt, verbunden mit der Hoffnung, dass dann ein aktueller Bericht mit den neuesten Zahlen vorgelegt wird. Doch diese Hoffnung war vergeblich. Die Zahlen der Studierenden an den verschiedenen Hochschulen gehen nur bis 2013, obwohl das neue Semester bereits im Oktober 2014 begonnen hat. Die Darstellung des Verhältnisses, um wie viele Studierende sich ein Professor kümmern muss, bezieht sich ausschließlich auf das Jahr 2012. Gleiches gilt für die Zahlen zur Finanzierung unserer Hochschulen. Das ist nicht nur erschreckend, sondern auch peinlich. Wenn das Ministerium aber über keine aktuelleren Zahlen verfügt, auf welcher Basis planen Sie, Frau Ministerin? Gute Planung braucht gute und aktuelle Zahlen. Wenn Sie diese Zahlen allerdings haben, dann ist dieser vorgelegte Bericht eine Missachtung des Parlamentes. Gerade von der besten Wissenschaftsministerin dürfte man doch mehr erwarten.

Wenn Sie schon diese Aufgabe nicht lösen können, wie wollen Sie denn die Probleme unserer Hochschulen bewältigen? Ich hoffe, dass Sie, Frau Ministerin, meine eingereichte Kleine Anfrage zu den fehlenden Zahlen nunmehr vollständig und zeitgerecht ohne Fristverlängerung beantworten.

Natürlich gehe ich davon aus, dass die vorgelegten Zahlen zumindest richtig sind. Sie zeigen ein stetiges Wachstum an allen Hochschulen, bedingt durch die generell steigende Zahl der Studierwilligen. Aber auch die doppelten Abiturjahrgänge in den anderen Bundesländern sind bei uns spürbar. An der Prognose für 2016, dem Jahr des doppelten Abiturjahrgangs in unserem Land, habe ich allerdings Zweifel - auch wenn diese Zahlen mit der KMK abgestimmt sind. Sie gehen bei bisherigen Zahlen der Studienanfänger von 10.241 in 2014 aus und erwarteten für 2015 einen Anstieg auf 10.580. Hinsichtlich des doppelten Abiturjahrgangs 2016 gehen Sie nur von einer Steigerungsrate von 1.755, also rund knapp 17 %, aus. Ich glaube, hier sollte man reale Zahlen ansetzen und natürlich bei der Planung berücksichtigen.

Aber selbst wenn Sie mit ihrer Erwartung Recht behalten sollten, ist das Land auf diesen höheren Ansturm nicht ausreichend vorbereitet.

Erstens. Wir brauchen im Sommer 2016 - also in einem guten Jahr - zusätzliches Lehrpersonal an al-

(Volker Dornquast)

len Hochschulen, mehrere 100 sind erforderlich. Allein der Präsident der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat in der vergangenen Woche 200 zusätzliche Stellen für den Lehrbetrieb gefordert. Wie soll das erreicht werden?

Zweitens. Wir brauchen zusätzliche Räumlichkeiten für Vorlesungen, Seminare und für die Unterbringung des genannten Personals. Zu Beginn des Wintersemesters 2014/15 mussten Vorlesungen wegen Überfüllung abgebrochen werden, da die Sicherheit nicht mehr garantiert werden konnte. Auch die Mensen sind heute schon zu klein. Müssen noch mehr Studenten auf den Treppen sitzend ihr Mittagessen einnehmen? Sie haben die Universitäten berechtigt Räume anzumieten, sehr schön! Haben Sie einen Überblick, ob es überhaupt ausreichend geeignete Räumlichkeiten in den Hochschulstädten gibt? Frau Ministerin, die Zahl der Kinos hat in unseren Städten stark abgenommen.

Drittens. Wie ist es mit Unterbringungsmöglichkeiten in Studentenwohnheimen und auf dem freien Markt? Steigende Nachfrage bei nur stabilen Angeboten wird zu erheblich steigenden Mieten führen. Die sozialen Probleme der Studenten werden steigen. Handeln Sie nicht, wird das für Sie der Mietmarkt übernehmen.

Viertens. Die 2012 angeschobenen, dringend notwendigen Sanierungen kommen nicht voran. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage zu dem Sondervermögen Hochschulen teilt die Landesregierung mit, dass mit größeren Maßnahmen erst ab 2016 gerechnet wird. Bis dahin nehmen Sie in Kauf, dass zum Beispiel Vorlesungsräume in Kiel bei Sturm nicht zur Verfügung stehen. Der Ministerpräsident macht speziell der CAU pressewirksam Versprechungen zur Hilfe der Landesregierung, die sich aber schon beim ersten Lesen als sehr unspezifiziert, ja als hohl herausstellen. Sie sind auch hier sehr unglaubwürdig, Herr Ministerpräsident, nachdem Sie nicht einmal bereit waren, von den 36 Millionen € BAföG-Mitteln einen Teil an die Hochschulen zu geben. Nur von Lob, selbst von berechtigtem Lob, können unsere Hochschulen nicht existieren.

Der Präsident der Kieler Universität droht mit einem Numerus Clausus für den Fall, dass sich nicht sofort etwas tut. Dieses darf nicht geschehen - deshalb fordere ich Sie auf, endlich für die Hochschulen aktiv zu werden. Sie regieren jetzt fast drei Jahre, drei schwarze Jahre für unsere Hochschulen. Immerhin wurde inzwischen 2014 eine Kommission eingesetzt, eine tolle Leistung von der besten Wissenschaftsministerin.

Wir haben an unseren Hochschulen weitere Baustellen, die dringend gutes Regierungshandeln erfordern: Das Betreuungsverhältnis ist an den Unis im Lande zwar gut durchschnittlich, an unseren Fachhochschulen dagegen grottenschlecht. Fachhochschulen sind aber keine Hochschulen zweiter Klasse.

Bei den Finanzausweisungen wollen Sie die Globalzuschüsse bis 2020 unter Beachtung der Tarifsteigerungen - was selbstverständlich ist - lediglich stabil halten, ebenso die Mittel für den Fachbereich Medizin.

Die Finanzen für die Exzellenzinitiative werden um 25 % sinken, und bei dem Hochschulbaubudgets wird die Reduzierung noch stärker sein. Das heißt, Sie wollen in den nächsten Jahren die Mittel wieder einsparen, die jetzt als Sondervermögen bereitgestellt wurden. Der Sinn war ein anderer: Die Mittel sollten zusätzlich sein. Aber dieses zeigt, welchen geringen Stellenwert die Hochschulen bei dieser Regierung haben.

Der Bericht über die Zielvereinbarung mit den Hochschulen zeigt sehr deutlich, dass diese trotz einer permanenten Unterfinanzierung gute Ergebnisse bei der Forschung und bei der Lehre erreichen. An dieser Stelle möchte ich besonders die Fachhochschule Westküste hervorheben und sie für ihre geleistete Arbeit beglückwünschen. Alle Beteiligten haben dazu beigetragen, dass die FH als einzige Hochschule alle ihre zu erreichenden Ziele erreicht beziehungsweise überwiegend erreicht hat. Aber auch den anderen Hochschulen gratuliere ich zu ihren guten Ergebnissen. Ich hätte mich gefreut, wenn die Regierung in diesem Bericht auch ihre Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen dargestellt hätte. Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen Ergebnisse bei der Zielerreichung?

Ich hoffe, dass wir in den Ausschussberatungen weitere Schlussfolgerungen ziehen.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Was will die Opposition? Ich habe einmal versucht, mich in die Gedanken der CDU hineinzusetzen, um zu ergründen, mit welcher Intention dieser Berichtsantrag gestellt wurde. Empathie ist schließlich ein wichtiger Teil von Dialogkultur.

Möglichkeit 1: Die Opposition will den Nachweis führen, dass die Hochschulen in Schleswig-Holstein strukturell unterfinanziert sind. Allerdings: Die Botschaft ist nicht schön, aber auch nicht neu.

(Martin Habersaat)

Die Hochschulen in Schleswig-Holstein sind nicht bedarfsdeckend finanziert. Das war schon immer so, das ist so, und daran wird sich leider auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Niemand von uns wird bei den Hochschulen Erwartungen wecken wollen, die wir bei der Haushaltssituation des Landes und dem Schuldenstopp nicht werden einlösen können.

Dafür gibt es verschiedene Gründe; einer davon ist die Medizinlastigkeit, weil wir eben nur eine Volluniversität, aber zwei Universitäten mit Mediziner- ausbildung und Universitätsklinikum haben. Zudem ist diesem Umstand auch viel Raum im Bericht über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen gewidmet. Es gibt Hochschulen, die kommen bei der Analyse ihrer Schwächen und Risiken nur zu diesem Punkt. Mit Zusagen über den Hochschul- pakt III hinaus haben wir hier bereits Perspektiven aufgezeigt. Wir suchen nach weiteren Möglichkeiten.

Möglichkeit 2: Die Opposition will beweisen, dass es den Hochschulen in Schleswig-Holstein bedeutend schlechter geht als anderen in der Republik. Die mitunter erhobene Behauptung, Schleswig-Hol- stein tue am wenigsten für seine Studierenden, ist aber nach den Zahlen des Statistischen Bundesam- tes nicht haltbar. Wir liegen mit den Grundmitteln pro Studierenden regelmäßig um etwa 400 € über dem Bundesdurchschnitt, und acht Länder zahlen pro Nase weniger als wir. Das ist für ein Haushalts- konsolidierungsland kein ganz schlechter Befund.

Möglichkeit 3: Sie wollen uns vorrechnen, welche katastrophalen Auswirkungen unser Lehrerbil- dungsgesetz für die Studienanfängerzahlen in Kiel und Flensburg hat. Aber Moment: Sie steigen mun- ter weiter, und das nicht nur wegen des doppelten Abiturjahrgangs. Das gilt besonders für die MINT- Fächer, in die das Land schwerpunktmäßig die HSP-III-Mittel investiert hat.

Möglichkeit 4: Die Opposition will mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang Unruhe schüren, Angst machen, Untergangsszenarien verbreiten. Der doppelte Abiturjahrgang wird die Zahl der Stu- diananfänger im Jahr 2016 um etwa 1.800 auf circa 12.300 erhöhen. Sie verdoppelt sich nicht etwa. Das ist nicht dramatisch und deckt sich mit den Erfah- rungen anderer Länder, in denen der doppelte Abi- turjahrgang auch nicht zu unlösbaren Situationen an den Hochschulen geführt hat.

Schleswig-Holstein wird das letzte aller Länder mit doppeltem Abiturjahrgang sein, und Schleswig- Holstein wird vorbereitet sein.

Möglichkeit 5: Die Opposition will der Regierung vorwerfen, sie tue nichts für ihre Hochschulen. Das Gegenteil ist richtig: Was den Hochschulen hilft, ist Planungssicherheit: Sie kennen ihren Grundzu- schuss und wissen, dass sie keine Risikovorsorge für unerwartet hohe Abschlüsse im öffentlichen Dienst treffen müssen, weil das Land die Tarifstei- gerungen übernimmt.

Trotz des engen finanziellen Rahmens hat sich das Verfahren der Zielvereinbarungen bewährt. Durch- weg ist die große Mehrzahl der angepeilten Ziele realisiert worden, in manchen Fällen mit Verspä- tung und einige auch nur teilweise. Es ist der Aus- nahmefall, dass ein Ziel nicht erreicht oder aufge- geben wurde. Der Bericht der Landesregierung legt auch dar, warum in etlichen Fällen die Ziele nicht erreicht oder von der Tagesordnung gestrichen wur- den.

Dass die Europa-Universität Flensburg, in der Ver- gangenheit der Problemfall unter unseren Hoch- schulen, einen etwas ungünstigeren Wert als die an- deren Hochschulen aufweist, kann dabei nicht wun- dern. Sie hat unter der Führung von Frau Professor Wende und Herrn Professor Reinhart ihren Weg aus einer Krise heraus gesucht und gefunden. Ihre Neupositionierung einerseits als grenzüberschrei- tend agierende Europa-Universität als auch als eine der beiden lehrerbildenden Universitäten des Lan- des bedingt, dass sie sich stärker auf bestimmte Zie- le konzentrieren und sich von anderen verabschie- den muss. Da ist es keine Katastrophe, dass einige Ziele, besonders im Bereich der Internationalisie- rung, nicht fristgerecht erreicht worden sind.

Einige Anmerkungen zur Auswertung des Berichts über die Zielvereinbarungen: Das Hochschulsystem in Deutschland hat ein Genderproblem, nicht was den Frauenanteil an den Studierenden angeht, aber beim Marsch durch die Wissenschaftsinstitutionen. Unter den Promovierenden ist mit 50:50 der Ideal- zustand erreicht, bei den Juniorprofessoren belegen wir mit 56 % Platz 1 im Bundesvergleich.

Wenn es dann aber um die Professuren geht, er- reicht nur die Muthesius-Kunsthochschule mehr als ein Drittel Frauenanteil; alle anderen liegen zwi- schen 0,0 % und 28,6 %. Vor allem stimmt die Dy- namik nicht: Es gibt keinen kontinuierlichen Zu- wachs, sondern Schwankungen. Das hat natürlich mit den geringen Fallzahlen zu tun, die sich gerade an kleinen Hochschulen prozentual sehr deutlich auswirken; auch wurde die Medizin nicht einbezo- gen.

(Martin Habersaat)

Von der Umwandlung der Universität Lübeck in eine Stiftungsuniversität erwarten wir mehr zusätzliche Mittel. Bisher hat sie bereits die meisten Drittmittel pro wissenschaftliches Personal. Warum sich in diesem Bereich die Schere zwischen den Fachhochschulen - FH Westküste 62.500 €, FH Flensburg 20.000 € - so weit öffnet, sollten wir nacharbeiten.

Ich beantrage deshalb, beide Berichte in den Bildungsausschuss zu überweisen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Aus grüner Perspektive gibt es in der Hochschulpolitik große Baustellen. Es wird Zeit, dass wir landespolitisch zur Sachlichkeit zurückkehren. Nicht alles hängt mit Geld zusammen, aber eine bessere Grundfinanzierung ist die Grundlage.

Wir Grüne wollen mehr Autonomie. Berichte zu den Zielvereinbarungen, die vor allem aus wenig vergleichbaren Zahlen bestehen, machen mehr Verwaltungsaufwand, als sie Nutzen bringen. Gleichzeitig hat das Parlament kaum Möglichkeiten, Einfluss auf die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu nehmen. Das wollen wir ändern.

Die Probleme, die bei der Abrufung der Sanierungsmittel gerade auftreten, zeigen, dass wir neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, GMSH und Regierung benötigen. Arbeitsgruppen, angedockt an die Hochschulen, können eine Lösung sein.

Die Hochschulen stehen über den Ansturm an Studierenden der nächsten Jahre hinaus im Wettbewerb zueinander. Das Land muss, ähnlich wie beim Weg zur Europa-Universität Flensburg, diese Bottom-up-Prozesse an den Hochschulen weiter stärken.

Gerade für die Fachhochschulen müssen und werden wir in den nächsten Jahren Maßnahmen ergreifen, um sie weiter zu stärken. Dies gilt für die Forschungsprofile, aber auch für die Mittelverteilung beim Hochschulpakt III.

Die größte Baustelle bleibt die Hochschulfinanzierung. Wir haben mit der Steigerung der Grundhaushalte für die Zielvereinbarungsperiode 2013 bis 2017 und mit der Zusage zum Hochschulpakt III viel getan. Die Sanierungsmillionen und die Verstärkung der Hochschulpaktmittel geben den Hochschulen Planungssicherheit. Trotzdem müssen wir

weiter nachlegen. Wir Grüne werden dafür in den Haushaltsberatungen kämpfen.

Die Hochschulkonferenz der Landesregierung am 11. März dieses Jahres und die eingerichtete Hochschulkommission sind wichtig, um mit den Hochschulen diesen Prozess auszugestalten und unterschiedliche Interessen in der Hochschullandschaft offen zu diskutieren.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich danke der Landesregierung für den Bericht zur Situation der Hochschulen in unserem Bundesland, auch wenn ich mir die Anmerkung nicht verkneifen kann, dass dieser weniger wie ein Bericht und vielmehr wie eine möglichst knapp gehaltene Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten daherkommt. Ich möchte daran erinnern, dass der Berichtsantrag einstimmig vom Parlament verabschiedet wurde. Da hätte sich die „Wissenschaftsministerin wider Willen“ schon ein wenig mehr Mühe geben dürfen. Der Bericht verzichtet leider fast komplett auf Problemlösungen oder konzeptionelle Ansätze. Das scheint es bei dieser Regierung im Hochschulbereich einfach nicht zu geben. Der Hinweis, dass der zuständige Staatssekretär im Auftrag der Landesregierung einen Arbeitskreis einrichten wird, der konkrete Vorschläge entwickeln soll, wie mit den Herausforderungen im Hochschulbereich umgegangen werden soll, ist da schon ein echtes Highlight in diesem Bericht. Die hochschulpolitische Handlungsfähigkeit dieser Landesregierung ist derzeit darauf beschränkt, Arbeitskreise einzurichten.

Diese Landesregierung muss die herausragende Bedeutung unserer Hochschulen für die Chancen junger Menschen in Schleswig-Holstein und damit für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes endlich erkennen, um anfangen zu können, auch entsprechend zu handeln.

Wir haben es erfreulicherweise mit stark gestiegenen Studierendenzahlen zu tun, und diese werden in den nächsten Jahren noch einmal weiter steigen. Nicht nur diese Tatsache zeigt uns, dass unsere Hochschulen gute Arbeit leisten. Es mangelt jedoch an Unterstützung durch die Landesregierung. Die Mittelausstattung ist in den letzten Jahren trotz des starken Anstiegs bei den Studierendenzahlen kaum oder gar nicht angestiegen. Die Tarifierhöhungen wurden zwar zähneknirschend vom Land übernommen, aber auf vielen Kostensteigerungen sind die Hochschulen, die ja sehr fleißig Drittmittel einwer-

(Christopher Vogt)

ben, sitzengeblieben, sodass sie letztlich spürbare reale Kürzungen hinnehmen mussten. Die räumliche und personelle Ausstattung an unseren Hochschulen muss man mittlerweile teilweise schon als prekär bezeichnen, und ihre Hilferufe wurden von der Landesregierung nicht erhört. Der Hochschulpakt III ist zwar richtig, aber er wird nicht ausreichen, und mir ist die geplante Finanzierung des Landesanteils bis heute nicht ganz klar. Der Landesregierung geht es wahrscheinlich nicht anders. Zudem kommen mir die prognostizierten Zahlen bei den erwarteten Studienanfängern 2016 und 2017 angesichts des doppelten Abiturjahrganges zu gering vor.

Nicht nur die Investitionskosten des Landes sind auf einem Tiefststand, sondern auch die Ausgaben für den Hochschulbereich, wie die Landesregierung ja selbst vorrechnet, sinken immer weiter. Betrug der Anteil der Hochschulausgaben während unserer Regierungszeit noch 6,6 % am bereinigten Gesamtbudget, hat es diese Koalition geschafft, den Anteil auf 5,9 % herunterzuwirtschaften - und das bei 1 Milliarde € mehr Steuermehreinnahmen im Vergleich zu 2012. Die Hochschulen fragen zu Recht, wo dieses Geld eigentlich geblieben ist. Die Hochschulen haben zumindest nichts davon gesehen. Auch von den BAföG-Millionen des Bundes haben die Hochschulen keinen Cent gesehen, obwohl diese doch eigentlich ganz besonders davon profitieren sollten.

Der Bericht stellt die Planungen der Landesregierung für die Entwicklung der Finanzmittel in den nächsten Jahren vor. Bis zum Ende der rot-grün-blauen Regierungszeit, also 2017, werden die Globalzuschüsse eingefroren, die Zuschüsse für die Medizin werden eingefroren, das Exzellenz- und Strukturbudget bleibt unverändert, die Finanzierung der Exzellenzinitiative wird abgesenkt und das Hochschulbaubudget wird weiter zusammengestrichen. Die Aussichten sind also richtig düster für die Hochschulen.

Die Landesregierung hat grundsätzlich die falsche Prioritätensetzung, worunter die Hochschulen nicht nur ganz allgemein zu leiden haben, sondern zusätzlich auch noch durch die falsche Hochschulpolitik. Anstatt den Hochschulen mehr Autonomie zu gewähren, wird nicht nur mithilfe der Zielvereinbarungen in die Hochschulen hineinregiert. Der Aufbau von verzichtbaren und rein ideologisch motivierten Doppelstrukturen bei der Lehramtsausbildung mögen zwar nett für die Uni Flensburg sein, für die Hochschullandschaft insgesamt sind sie problematisch.

Der Infrastrukturbericht der Landesregierung weist für den Bereich Hochschul- und Forschungseinrichtungen eine Deckungslücke in den nächsten zehn Jahren von 306,5 Millionen € aus - also über 30 Millionen € im Jahr. Hinzu kommen weitere Kosten, die darin nicht abgebildet sind. So wird die Sanierung der CAU um mindestens 50 Millionen € teurer, weil bestimmte Brandschutzmaßnahmen an einigen Gebäuden umgesetzt werden müssen. Wie wir in der Zeitung lesen konnten, sind die Brandschutzauflagen bis 2020 zu erbringen. Es ist also Eile geboten. Auf die Frage, wie die Mittel aufzubringen seien, antwortete die Ministerin kaum überraschend, dass sie dies nicht sagen könne.

Auch in anderen Bereichen werden die Hochschulen alleingelassen. Die Regierungskoalition beschließt das Lehrkräftebildungsgesetz, aber wie die Umsetzung erfolgen soll, müssen die Hochschulen selbst sehen. Das wird mehr als deutlich, wenn man die Antwort der Landesregierung zu meiner Kleinen Anfrage zu dem Thema liest. Dass Flensburg eine „Europa-Universität“ geworden ist, finden wir richtig und haben wir ja auch gefordert. Kritisch sehen wir jedoch die angekündigten Kürzungen der dänischen Regierung bei der Partnerhochschule. Da würde ich mir wünschen, dass sich die Landesregierung und insbesondere der SSW auch einmal wahrnehmbar kritisch gegenüber unseren dänischen Freunden äußern. Es darf jedenfalls nicht sein, dass das Land beziehungsweise die Flensburger Uni diese Kürzungen kompensieren müssen. Das erfolgreiche Einwerben von Stiftungsmitteln an der Uni Lübeck ist sehr erfreulich, und ich drücke die Daumen, dass es so weitergeht. Die Landesregierung muss nun alles unterlassen, was diese Entwicklung stören könnte.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Wir reden heute über die Situation und die Entwicklung unserer Hochschulen. Das ist ein wichtiges Thema. Denn auch hier gibt es ohne Frage Dinge, die verbessert werden müssen. Und doch muss man gar nicht besonders weit zurückblicken, nur einige wenige Jahre, da sah es noch sehr düster aus: Da sollten in Lübeck ganze Studiengänge gestrichen werden, während die Flensburger Uni gleich komplett in ihrer Existenz bedroht war.

Nicht nur wir, sondern vor allem auch viele Studierende haben die Jahre unter CDU und FDP und die Dialogverweigerung des Wissenschaftsminister Jost de Jager noch sehr gut in Erinnerung. Der AStA der CAU sprach kürzlich davon, dass diese Zeit als

(Jette Waldinger-Thiering)

„schwarze Jahre der Hochschulpolitik in die Geschichtsbücher eingeht“. Unabhängig davon, wie drastisch man es nun formuliert, eines ist für den SSW jedenfalls klar: Wer hier so die Axt angelegt hat, sollte sich mit Kritik doch etwas zurückhalten und ein wenig Demut zeigen.

Ich will hier ganz bestimmt nichts schönreden. Es geht allein um die Tatsache, dass wir großen Wert auf die Meinung und damit auf den Dialog mit unseren Hochschulen legen. Nur weil wir die Arbeit aller Universitäten und Fachhochschulen für so wertvoll halten, dass uns nie in den Sinn kommen würde, Studiengänge oder ganze Standorte infrage zu stellen, sind unsere Hochschulen ja nicht frei von Problemen. Es gibt große Sanierungs- und Investitionsbedarfe - dies nicht etwa erst seit Rot-Grün-Blau, sondern schon seit vielen Jahren. Das wird niemand ernsthaft bezweifeln wollen. Außerdem nehmen die Studierendenzahlen nicht zuletzt wegen dem kommenden, doppelten Abiturjahrgang weiter zu. Es liegt auf der Hand, dass das schon rein logistisch zu großen Herausforderungen führt.

Diese Herausforderungen mögen den einen oder anderen dazu verleiten, uns eine sträfliche oder sogar skandalöse Vernachlässigung der Hochschulen vorzuwerfen. Aber wer genauer hinschaut, wird sehen, dass wir hier schon in der ersten Hälfte der Legislaturperiode sehr viel bewegt haben. Wir haben uns gemeinsam mit der Uni Lübeck erfolgreich auf den Weg zur Stiftungsuni gemacht. Parallel begleiten wir die Uni Flensburg bei ihrer Weiterentwicklung zur Europa-Universität. Und nicht nur mit Blick auf diese zwei Standorte, sondern insgesamt lässt sich mittlerweile zum Glück wieder sagen, dass das Klima sehr vertrauensvoll und konstruktiv ist.

Doch wie Sie wissen, haben wir neben diesen strukturellen Dingen auch rein finanziell vieles auf den Weg gebracht: Mit der CAU haben wir eine Sanierungsvereinbarung im Gesamtvolumen von 165 Millionen € geschlossen. Etwas Vergleichbares gab es hierzulande noch nie zuvor. Wir sind auf einem guten Weg, um endlich den enormen Sanierungsstau am UKSH aufzulösen. Hier werden in den kommenden Jahren um die 1,7 Milliarden € investiert. Durch unser Sondervermögen Hochschulbau stärken wir unsere Hochschullandschaft insgesamt. Darüber hinaus erhalten unsere Universitäten 240 Millionen € Landesmittel im Rahmen des Hochschulpakts III, damit sie für kommende Aufgaben gerüstet sind.

Diesen Weg der Stärkung unserer Hochschulen werden wir in den nächsten Jahren selbstverständ-

lich weitergehen. Gerade weil uns alle Standorte wichtig sind, und gerade weil wir eine Schärfung der individuellen Profile wollen, brauchen wir eine verlässliche finanzielle Grundlage. Dabei muss eins ganz klar sein: Mit landespolitischen Maßnahmen allein stoßen wir hier schnell an Grenzen. Deshalb begrüßen wir die kürzlich vorgenommene Lockerung des Kooperationsverbotes ausdrücklich. Damit hat der Bund endlich die Möglichkeit, Projekte an Hochschulen auch dauerhaft zu finanzieren. Diese Chancen müssen wir jetzt gemeinsam nutzen. Nur so wird es aus Sicht des SSW gelingen, im internationalen Vergleich Schritt zu halten und unser Land wirklich zukunftsfest aufzustellen.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Die Hochschulen in Schleswig-Holstein leisten eine ausgesprochen gute, ja exzellente wissenschaftliche Arbeit und gehören ohne Zweifel zu den starken Standortfaktoren unseres Landes. Dies drückt sich auch in den beiden Ihnen vorliegenden Berichten aus. Natürlich zeigen sich auch Schwachstellen. Und natürlich wissen wir um die nur schrittweise reduzierbare Unterfinanzierung. Aber: Mit Leidenschaft für die Sache und auf Grundlage der Daten arbeiten wir tagtäglich an der weiteren Stärkung unserer Hochschulen. Dies ist das erklärte Ziel der Küstenkoalition - es ist auch mein Ziel als Wissenschaftsministerin.

Meine Damen und Herren, die Berichte geben einen Status quo wieder, aus dem bereits Konsequenzen gezogen wurden. Mit der von mir berufenen Hochschulkommission gehen wir gemeinsam mit den Hochschulen die anstehenden Herausforderungen an. Dabei stehen vor allem die steigenden Studierendenzahlen, vor allem der doppelte Abiturjahrgang, die Umsetzung des Hochschulpaktes III, der Sanierungsstau, die weitere Profilierung unserer Hochschulen, die Fortführung der Exzellenzinitiative und die Grundausstattung der Hochschulen auf der Tagesordnung.

Die Kommission hat ihre Arbeit im Januar aufgenommen und einen ambitionierten Beratungsfahrplan erstellt. Sie arbeitet mit dem von mir klar skizzierten Ziel, die Leistungsfähigkeit unseres Hochschulsystems als Ganzes zu stärken - dies vornehmlich auch mit Blick auf die finanzielle Lage der Hochschulen.

Vor allem die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 450 Millionen € aus

(Ministerin Kristin Alheit)

dem HSP III helfen den Hochschulen, die bevorstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Bezogen auf die neue die Zielvereinbarungsperiode finanzieren wir einen strukturellen Aufwuchs gegenüber der alten Periode in Höhe von 5,1 Millionen € und schreiben die Budgets auf dem Niveau für die gesamte Laufzeit bis 2018 fest. Zusätzlich führen wir das Struktur- und Exzellenzbudget mit 5 Millionen € jährlich fort und fördern daraus innovative hochschulpolitische Programme und strukturelevante Projekte sowie die Forschung.

Sie wissen auch: Die Landesregierung übernimmt darüber hinaus die Besoldungs- und Tarifsteigerungen für das Personal an den Hochschulen. All das sorgt zunächst einmal für einen klaren finanziellen Rahmen. Er bildet die Basis für jegliche weitere Entwicklung.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat Ende 2013 erfolgreich die Leistungs- und Zielvereinbarungen für die Periode 2014 bis 2018 mit den Hochschulen abgeschlossen. Damit haben wir gemeinsam eine klare Perspektive für unsere Hochschulen entwickelt und Planungssicherheit geschaffen. Unsere vorrangige Intention darin ist, die Profilbildung und Profilschärfung bei den Hochschulen voranzutreiben.

Wir haben uns bewusst verabschiedet von der ausschließlichen Betrachtung historisch gewachsener Budgets. Die neue Hochschulfinanzierung ist stärker auf die Profile und Schwerpunkte der Hochschulen ausgerichtet und trägt so der Heterogenität der Hochschulen im Lande Rechnung. Die Hochschulen rücken vor allem Gleichstellungsfragen, Lehre und Studium und damit ihre Qualität und Qualitätsentwicklung in den Fokus. Sie ziehen damit konkrete Konsequenzen aus den Erfahrungen

der vorherigen Zielvereinbarungsperiode. Darüber hinaus werden die Hochschulen den Wissens- und Technologietransfer intensivieren und erleichtern sowie die Forschung und die Nachwuchsförderung stärken.

Meine Damen und Herren, unsere Hochschulen sind autonom und innovativ. Sie sind leistungsstark und überaus forschunggetrieben. Sie sind exzellent und dabei international vernetzt.

Doch nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Und so lassen Sie mich abschließend zwei Punkte ansprechen, wo wir noch besser werden können und woran wir weiter arbeiten werden: Wir müssen uns in der ganzen Breite noch internationaler aufstellen als bisher. Dieses Thema werde ich in den kommenden Monaten - auch vor dem Hintergrund der langfristigen strategischen Aufstellung unseres Landes insgesamt - weiter vorantreiben. Wir müssen den Technologie-Transfer verbessern. Nur Innovationen sichern Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung auf Dauer ab. Der wechselseitige Austausch von Wissen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft spielt dabei eine herausragende Bedeutung. Wir werden daher die Intensivierung des Technologietransfers aus den Hochschulen und in der Wirtschaft vorantreiben.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir stellen uns offensiv auf! Wir schaffen beste Voraussetzungen für eine moderne Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein. Diesen Kurs werde ich, wird die Küstenkoalition weiter verfolgen.